20 Jahre Einheit: Deutsche Versäumnisse S.4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 39 – 2. Oktober 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Die ganze Welt im Blick: Eine doppelte Bewerbung für den UN-Sicherheitsrat hat die Bundesregierung in New York lanciert. Berlin strebt einerseits einen nichtständigen Sitz für die Jahre 2011 und 2012 an. Andererseits drängt Deutschland zusammen mit Japan, Indien und Brasilien auf eine grundsätzliche Reform des Rates, dessen Zusammensetzung immer noch die globalen Machtverhältnisse von 1945 widerspiegelt.

Foto: mauritius

Wirre Debatte um Hartz IV

Die Leistungen steigen eher zu stark – Neuer Denkansatz bei Geringverdienern

Als „soziale Kälte" kreidet die linke Opposition der Bundesregierung die geringe Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um fünf Euro monatlich an. Tatsächlich steigen die Leistungen für Langzeitarbeitslose insgesamt sehr deutlich an – womöglich mehr als gut wäre.

An sich hatte das Bundesverfassungsgericht im Februar nur eine transparentere Berechnung der Leistungen für Hartz-IV-Empfänger gefordert und nicht die vom Kläger angestrebte Anhebung der Sätze für Kinder. Und doch hat sich ein enormer Erwartungsdruck für kräftig höhere Leistungen aufgebaut: Die SPD sprach von einer Anhebung des Regelsatzes von bisher 359 auf bis zu 420 Euro im Monat. Die fatalen Auswirkungen einer so massiven Anhebung auf Staatshaushalt und Beschäftigung sind natürlich auch der SPD bekannt. Doch die steht in der Opposition und meint, keine Rücksichten mehr auf wirtschaftliche Fakten und eigene Beschlüsse früherer Regierungsjahre nehmen zu müssen, im Gegenteil: Mit ihrem Abrücken von der Rente mit 67 und vom Realismus in Sachen Hartz IV ist die SPD in die bisher allein von der Linkspartei besiedelten Sphäre des Utopismus aufgebrochen.

Soziale Kälte? Die Leistungen steigen um eine Milliarde

Mit allem Recht hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) daran erinnert, dass es bei der Vollversorgung für Langzeitarbeitslose eben „nicht nur um Solidarität, sondern auch um Gerechtigkeit" geht. Dazu gehört, dass jeder Arbeitslose wirtschaftlich besser dastehen muss, sobald er Arbeit aufnimmt – auch wenn sie nicht berauschend bezahlt ist. Anders gesagt: Eine aus Steuermitteln finanzierte, unbefristete Grundsicherung muss unvermeidlich ziemlich karg ausfallen.

Gemessen an diesem sogenannten Lohnabstandsgebot und an den geringen Spielräumen im Bundeshaushalt sind die Verbesserungen für die rund 6,7 Millionen Hartz-IV-Empfänger sogar eher zu groß ausgefallen: Allein die höheren Sätze kosten den Bund knapp 300 Millionen Euro, mit gut 40 Millionen schlagen kleinere Verbesserungen zu Buche. Richtig teuer ist aber das sogenannte Bildungspaket: 620 Millionen Euro jährlich wendet der Bund auf, damit die knapp zwei Millionen Kinder von Hartz-IV-Empfängern öfter Sport- und Musikvereine besuchen, und um Schulbedarf, Schulausflüge, Nachhilfe und warmes Mittagessen für sie zu bezuschussen.

Das Geld mag sinnvoll angelegt sein, auch der Ansatz, Sachleistungen für Kinder zu geben statt Geld für Erwachsene, ist nachvollziehbar. Doch die Gesamtkosten für die Umsetzung des Karlsruher Urteils schwellen damit auf rund eine Milliarde an. Doch schon jetzt kostet Hartz IV den Steuerzahler alles in allem über 40 Milliarden Euro.

Vieles spricht dafür, dass die Politik mit einem anderen Schwerpunkt mehr gegen Armut ausrichten könnte: Die Sozialpolitik täte gut daran, darauf hinzuwirken, dass einfache Arbeit in Deutschland wieder besser bezahlt wird (siehe Leitartikel).

Konrad Badenheuer

KONRAD BADENHEUER:

Wahrer Punkt

Viele haben sich verirrt in der Debatte um Hartz IV. Beispielsweise DGB-Chef Michael Sommer, der polternd erklärt: „Wer soziale Kälte predigt, wird heiße Antworten bekommen." Ist ihm wirklich entgangen, dass die Leistungen in der Summe aufgestockt werden? Ärgerlicher ist, dass Sommer offenbar nicht bedenkt, was es für die vielen von ihm vertretenen Kleinverdiener bedeutet, wenn erwerbsfähige Langzeitarbeitslose eine staatliche Vollversorgung bekommen: Sie müssen es mit ihrer Lohnsteuer bezahlen.

Ähnliche Irrtümer häufen sich bei der SPD, die weiterhin laut darüber nachdenkt, die Reform im Bundesrat zu blockieren. Von den Grünen wiederum kam der Einwand, es sei „zynisch", die Hartz-IV-Sätze an den Einkünften der unteren 20 Prozent zu orientieren. Aber wie, bitteschön, soll anders sichergestellt werden, dass Erwerbsarbeit sich auch für Ungelernte weiterhin lohnt?

Und doch berührt dieser Hinweis einen wichtigen Punkt. Es ist ja wahr, dass die Löhne am unteren Ende seit Jahren stagnieren. Zumindest gemessen an anderen Ländern und Einkommensgruppen sind die Ärmeren in Deutschland ärmer geworden. Es gibt wieder arme Arbeiter (neudeutsch sagt man „working poor") im Lande, und es wäre eine große Aufgabe der Sozialpolitik, diesem irritierenden Phänomen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Mindestlöhne sind kaum das richtige Gegenmittel, aber solide Hauptschulen und Maßnahmen zur Qualifizierung könnten helfen. Vor allem aber eine Zuwanderungspolitik, die die einfachen Leute im Land nicht in eine Lohnkonkurrenz mit Afrikanern und Latinos zwingt. Kein Thema für die SPD?!

Schwarz-gelbes Debakel

Merkels Umgang mit Sarrazin als Schock für bürgerliche Wähler

Die neuesten Umfragen belegen ein beispielloses Zustimmungstief für Union und FDP. Laut ZDF-Politbarometer würden die Unionsparteien aktuell nur 31 Prozent der Stimmen gewinnen (-1), die FDP (unverändert) fünf. Wie die Union müsste auch die SPD gegenüber dem letzten Politbarometer 14 Tage zuvor einen Punkt abgeben, sie sank auf 30 Prozent. Dagegen stiegen die Grünen auf noch nie gemessene 19 Prozent. Die „Linke" käme auf neun, die Sonstigen auf sechs Prozent.

Im Gesamtbild stehen damit das rot-rot-grüne, linke Lager bei noch kaum je gemessenen 58 Prozent, das „bürgerliche Lager" hingegen bei nur 36 Prozent. Die „sonstigen" Stimmen entfallen überwiegend, aber keineswegs ausschließlich, auf rechte Parteien.

Für Parteistrategen stellt dieses Meinungsbild eine Herausforderung dar. Eigentlich nur die Grünen können ganz zufrieden sein, schon die SPD muss sich angesichts der doppelten Attacken durch Linkspartei und Grüne Sorgen machen: Erstmalig zogen die Grünen am 22. September in einer bundesweiten Umfrage (Forsa) mit der SPD mit je 24 Prozent gleich.

Kaum je war das linke Lager so stark

Union und FDP wiederum stehen vor einem blanken Debakel. Positive Wirtschaftsnachrichten und Weichenstellungen wie in Sachen Sparpaket und Restlaufzeiten scheinen inzwischen zu verpuffen. Die Politik der „Sozialdemokratisierung" der CDU hat offenbar dazu geführt, dass bisherige Anhänger sich in Scharen abwenden oder sich gleich dem linken Original zuwenden. Eine Art Schock für viele bürgerliche Wähler war zweifellos die Mitwirkung Angela Merkels an der Kampagne gegen den SPD-Politiker Thilo Sarrazin, den die CDU-Vorsitzende „von links her" angriff und sogar mit aus dem Vorstand der Bundesbank drängte. *K.B.*

Nicht ohne Wilders?

Niederlande: Islamkritiker kurz vor der Machtteilhabe

Noch darf die niederländische Königin Beatrix hoffen, dass ihr das Schicksal ihres monarchischen Nachbarn Albert II. erspart bleiben könnte. Der belgische König hat inzwischen zum x-ten Mal neue Vermittler ernannt, die helfen sollen, dass die miteinander zerstrittenen Parteien eine neue Regierung bilden. Doch während in Belgien der nationale Streit zwischen Flamen und Wallonen eine Regierungsbildung blockiert, sind es in den Niederlanden immerhin „nur" politische Differenzen.

Trotz allem liegt die letzte Wahl inzwischen auch schon über 100 Tage zurück, und lange war vor allem deutlich, wer nicht mit wem koalieren könnte. Nachdem die zuvor regierenden Christdemokraten (CDA) unter Jan Peter Balkenende 20 ihrer 41 Sitze verloren hatten, waren sie erst in eine Art Schockstarre verfallen. Als ihnen dann aber bewusst wurde, dass ihr Verbleiben an der Macht allein von der Tolerierung des wegen seiner Islamkritik umstrittenen Geert Wilders abhing, kam es zur parteiinternen Revolte. Doch bis Redaktionsschluss dieser Zeitung schien es so, als habe der neue Parteichef der CDA, Maxime Verhagen, seine Partei dazu bringen können, eine Minderheitsregierung mit den Rechtsliberalen (VVD) unter der Führung von deren Parteichef Mark Rutte und mit Tolerierung von Geert Wilders zu akzeptieren. Zumindest hatte man sich auf einen Entwurf für ein Regierungs- und Duldungsabkommen einigen können.

Christdemokraten noch unsicher

Interessanterweise waren bei den strittigen Punkten auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung die CDA und Wilders „Partei für Freiheit" auf einer Linie. Ob die Christdemokraten auf ihrem Parteitag am Sonnabend die Entscheidungen ihrer Parteiführung mittragen, ist nicht gesichert. *Bel*

MELDUNGEN

Glückwünsche für Zukanow

Hamburg/Königsberg – Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, hat im Namen des Bundesvorstands der Landsmannschaft dem neuen Gouverneur des Königsberger Gebiets, Nikolai Zukanow, zum Dienstantritt gratuliert. Er übermittelte ihm die guten Wünsche der Ostpreußen für ein erfolgreiches Wirken. Gleichzeitig hat er Gouverneur Zukanow auf das deutsch-russische Forum aufmerksam gemacht, das am 16. Oktober in Gumbinnen (Gusew) tagt, und es seiner geschätzten Aufmerksamkeit empfohlen. Das Forum ist ein Gesprächskreis, in dem ostpreußische Kreisvertreter und russische Freunde aus dem Oblastgebiet gemeinsam interessierende Fragen erörtern, von der Lokalgeschichte über den Denkmalschutz bis zur regionalen Wirtschaftsförderung und dem Umweltschutz. *PAZ*

Labour rückt nach links

London – Schon bevor Ed Miliband die Wahl des Vorsitzenden der britischen Labour überraschend gegen seinen Bruder David gewonnen hatte, eilte ihm der Spitzname „Red Ed" voraus. Und so haben sich die Mitglieder des Parteitages ganz bewusst für den linkeren der beiden Brüder entschieden. Doch Ed Miliband betonte gleich bei seiner Antrittsrede, er sei keineswegs der Mann der Gewerkschaften und es würde mit ihm keinen Linksruck geben. Aber auch wenn er bisher noch gar nicht gesagt hat, welche politischen Ziele er im Detail anstrebt, so hat er doch stets das Ende von „New Labour", also einen Abschied vom wirtschaftsliberalen Kurs seiner beiden Vorgänger angekündigt. *Bel*

Die Schulden-Uhr: 0,2 Billionen für die HRE?

Die Pleitebank Hypo Real Estate (HRE) entpuppt sich immer mehr als schwarzes Loch für die deutschen Steuerzahler. Bislang summierten sich die Staatshilfen aus Garantien und stillen Einlagen auf 144 Milliarden Euro. Wie jetzt bekannt wurde, fürchten Experten des Bundesfinanzministeriums jedoch, der Gesamtschaden könnte auf 8,5 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), anwachsen. 2009 betrug das BIP 2400 Milliarden Euro, 8,5 Prozent entsprechen also 204 Milliarden, nach einem geschätzten Wirtschaftswachstum von drei Prozent in diesem Jahr sogar 210 Milliarden Euro. Das entspricht der kompletten Wirtschaftsleistung des Landes Hessen in einem Jahr. *H.H.*

1.715.897.119.633 €

Vorwoche: 1.713.771.431.005 €
Verschuldung pro Kopf: 20 989 €
Vorwoche: 20 964 €

(Dienstag, 28. September 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Einschüchterung und Mobbing«

Der Historiker Alfred M. de Zayas erläutert Fehlentwicklungen beim geplanten Vertriebenenzentrum

Am 16. bis 18. September fand im Zeughauskino des Deutschen Historischen Museums ein Symposium zum Thema „Flucht Vertreibung, ethnische Säuberungen" mit über 250 Teilnehmern statt. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* sprach darüber mit dem US-amerikanischen Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas.

PAZ: *Mit diesem Symposium sollte auch das in Berlin geplante Zentrum gegen Vertreibungen vorbereitet werden. Waren Sie dabei?*

de Zayas: Es waren 264 Personen auf der Teilnehmerliste. Da fehlten allerdings einige der bedeutendsten Experten für diesen Themenkreis wie etwa Prof. Dr. Matthias Stickler, Prof. Dr. Arnulf Baring, Prof. Dr. Hans-Detlef Horn, Prof. Dr. Gilbert Gornig, Prof. Dr. Norman Naimark (Stanford University), Prof. Dr. Stephen Vardy (Duquesne University), Dr. Kearn Schemm vom US State Department und Prof. Dr. Bohumil Dolezal (Prag). Vielleicht wurde der eine oder andere doch eingeladen und war verhindert. Was mich angeht, so wurde ich nicht eingeladen.

PAZ: *Wurden Sie möglicherweise bewusst ausgeschlossen?*

de Zayas: Das müssten Sie die Veranstalter fragen. Im Jahre 2005 wurde ich vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch eingeladen, das Kapitel „Vertreibung und Völkerrecht" für den Katalog der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration" zu schreiben. Ich war auch bei der Eröffnung der Ausstellung dabei. Auch 2005 wurde ich vom Institut für Zeitgeschichte eingeladen, an einer Tagung über die Potsdamer Konferenz und über die Vertreibungsbeschlüsse teilzunehmen.

Meine Positionen und meine Stellung als Experte für diese Fragen haben sich nicht geändert, wohl aber die Verhältnisse in Deutschland. 2009 schrieb ich für die Oxford Encyclopedia of Public International Law den Beitrag „Forced Population Transfer", und ich habe in den letzten zwölf Monaten an mehr als einem Dutzend Panels der Vereinten Nationen in Genf teilgenommen – einige über „ethnische Säuberungen".

PAZ: *Wie beurteilen Sie die Richtung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung?*

de Zayas: Zuweilen bekommt man den Eindruck, dass bestimmte Politiker diese Stiftung kaputtmachen wollen. Es herrschen Einschüchterung und Mobbing, ja Drohung und Erpressung. Dies ist kein guter Ansatz für einen wissenschaftlichen Dialog – noch nicht einmal ein Ansatz für den Beginn einer aufrichtigen Beschäftigung mit der Thematik.

PAZ: *Sagten Sie Beginn? Der Fall des Eisernen Vorhangs liegt 20 Jahre zurück, die Vertreibung selbst 65 Jahre!*

de Zayas: Die Schuld für diese Misere liegt nicht nur bei den betroffenen Ländern wie Polen und der Tschechischen Republik, wo es natürlich Schuldgefühle gibt. Sie liegt auch bei manchen deutschen Journalisten und Politikern und bei manchen deutschen Wissenschaftlern, die die Sache mit einer widernatürlichen Logik anpacken.

PAZ: *Worin besteht diese „Widernatürlichkeit"?*

de Zayas: Dreh- und Angelpunkt ist die These, dass wegen der vorangegangenen NS-Verbrechen eine Wiedergutmachung der Vertreibung nicht in Frage kommt und selbst ein ehrendes Gedenken an die Opfer und eine unvoreingenommene Erforschung dieses Geschehens irgendwie unzulässig sei. Aber das ist aus vielen Gründen absurd.

PAZ: *Nennen Sie uns die Wichtigsten!*

de Zayas: Anachronismen und falsche Zusammenhänge prägen die Diskussion. Anstatt sich mit der Vorgeschichte der Vertreibung, den geopolitischen Interessen der beteiligten Akteure, den Verträgen von Versailles und Saint Germains zu beschäftigen, wird eine monokausale Erklärung für die Vertreibung postuliert. Als ich in den 1970er Jahren als Fulbright-Stipendiat zu Forschungsarbeiten nach Deutschland kam, hätte ich mir nicht träumen lassen, dass die deutsche politische Klasse die Vertreibung so außerhalb ihres Kontextes betrachten und alles nur auf Hitler abstellen würde. Heute werden alle geächtet, die an historische Zusammenhänge wie Versailles erinnern ...

Vertreibung erfolgte aus geopolitischen Gründen

PAZ: *Sie denken an Hartmut Saenger, Arnold Tölg und Erika Steinbach?*

de Zayas: Ja. Und man könnte wohl noch mehr Namen nennen.

PAZ: *Gibt es weitere Argumente, warum die NS-Verbrechen kein Argument gegen die Aufarbeitung sein können?*



Alfred M. de Zayas

de Zayas: Ja, sicher. Die Vorgeschichte kann ein Verbrechen wie die Vertreibung oft mehr oder weniger plausibel machen, aber sie kann es niemals rechtfertigen und deswegen auch Wiedergutmachung nicht ausschließen. Sonst ließe sich fast für jedes große Verbrechen der Geschichte irgend ein „Entschuldigungsgrund" finden. Ein zweiter Grund ist, dass die Masse der Opfer der Vertreibung an den Verbrechen des NS-Regimes auch nicht im Ansatz persönlich schuldig geworden ist. Ein drittes Argument wäre, dass die Vertreibung den betroffenen Ländern selbst am meisten geschadet hat, so dass es schon deswegen absurd wäre, die durch Vertreibung geschaffenen Tatsachen sozusagen für unantastbar zu erklären.

PAZ: *Sie vertreten die gegenteilige Position?*

de Zayas: Nicht nur ich als Völkerrechtler, Historiker, Bürger und Mensch. Das allgemeine Völkerrecht verbietet aus gutem Grund, dass durch Vertreibung und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschaffene Tatsachen anerkannt werden.

PAZ: *Müsste, um dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen, der frühere Zustand („status quo ante") wiederhergestellt werden?*

de Zayas: Das ist nicht immer möglich, vor allem nicht nach so langer Zeit. Gefordert sind aber aufrichtige Bemühungen, dem Recht wenigstens prinzipiell Geltung zu verschaffen durch unzweideutige und öffentliche Anerkennung des verbrecherischen Charakters der Vertreibung und durch eine zumindest symbolische Wiedergutmachung, ohne die alle öffentlichen Erklärungen bloße Worthülsen blieben. Genau das aber lehnen die Gegner des Berliner Zentrums kategorisch ab, und zwar nicht nur Nationalisten in Warschau und Prag, sondern auch ihre Helfer in Deutschland. Nur deswegen gibt es ja diesen quälenden und beschämenden Streit um das Zentrum in Berlin.

PAZ: *Vor zwei Jahren haben Sie Ihre „50 Thesen zur Vertreibung" veröffentlicht, die auf Ihren Büchern „Die Nemesis von Potsdam" und „Die deutschen Vertriebenen" basieren. Wie sind die Thesen von Wissenschaft und Politik aufgenommen worden?*

de Zayas: Obwohl sich die Thesen ausgesprochen gut verkaufen, haben sich die Wissenschaftler zu deren kristallklaren Aussagen ruhig verhalten, genauso ruhig wie die Politk. Ich meine, dass sich die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" früher oder später mit den Aussagen der 50 Thesen beschäftigen muss. Es nutzt nicht, die zentralen Fragen auszuklammern und nur Unwesentliches drum und dran zu diskutieren.

PAZ: *Wo liegen die Versäumnisse der Wissenschaft?*

de Zayas: Man argumentiert anachronistisch und behauptet beispielsweise einen „kausalen Nexus" zwischen Holocaust und Vertreibung. Doch diese ursächliche Verknüpfung gab es nicht. Wenn man die Memoranda des State Department und des britischen Foreign Office 1941 bis 1945 gelesen hat, wenn man die Diskussionen der Allliierten an den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam kennt, fällt auf, dass dort gar kein Hinweis auf den Holocaust erscheint. Die Entscheidungen zur Vertreibung folgten rein geopolitischen Interessen – in erster Linie derjenigen Stalins und seiner polnischen und tschechischen Partner. Erst viel später wurde der Holocaust als anachronistisches Argument dafür herangezogen, warum das in Sachen Vertreibung so eindeutige Völkerrecht für die Ost- und Sudetendeutschen nicht zu gelten habe.

PAZ: *War der Holocaust nicht einzigartig?*

de Zayas: Gewiss, aber dieser Begriff der Einzigartigkeit wird leider von manchen Journalisten, Politikern und Pseudo-Wissenschaftlern instrumentalisiert, um eine aufrichtige Diskussion über die Vertreibung zu erschweren, um die Vertreibung zu relativieren, und sogar in gewissen Sinne nachträglich zu rechtfertigen oder zu legalisieren. Nun, was heißt eigentlich „Einzigartigkeit"? Wenn der Begriff bedeutet, dass ein bestimmtes Geschehen einzigartig ist, ist diese Feststellung ziemlich banal. Wenn es aber bedeuten sollte, dass, wenn ein bestimmter Völkermord als einzigartig eingestuft wird, dann die Opfer von anderen Völkermorden unerheblich sind, dann stellt dies eine Art Negationismus des Leidens der anderen Opfer dar (seien es Armenier, Roma und Sinti, amerikanische Indianer, australische Ureinwohner, Ruander oder eben vertriebene Deutsche) und kann auf eine schwere Verletzung von deren Menschenrechten hinauslaufen, obwohl sie fraglos die selbe Menschenwürde und den selben Anspruch auf Respekt besitzen.

Die Seidenstraße als Heroinstraße

Trotz Scharia und drakonischer Strafen: Der Iran ist eine Drehscheibe für den weltweiten Opium-Handel

Von den 74 Millionen Iranern gelten rund 3,7 Millionen als drogenabhängig. Zusammen konsumieren sie mehr als vier Tonnen Rohopium pro Tag – für eine islamische Republik mit ihrem totalen Verbot jeglicher Rauschmittel ist das ein beschämender und alarmierender Tatbestand. Da etwa 800 000 Perser an der Nadel hängen, ist auch die Aidsrate im Land der schiitischen Ayatollahs erschreckend hoch.

Das Gesundheitsministerium des Landes schätzt sogar, dass rund 20 Prozent der Iraner quer durch alle sozialen Schichten schon einmal mit Drogen in Berührung gekommen sind. Es handelt sich demnach zu über 90 Prozent um Männer, ihr Durchschnittsalter liegt bei 33 Jahren. Allerdings dürfte die Dunkelziffer bei Frauen und Jugendlichen sehr hoch sein.

Zudem fungiert der Iran als Transitbasis für den Drogenschmuggel von Opium, Heroin und Cannabis aus Afghanistan und Pakistan nach Europa und Russland, dem neuen „Goldenen Dreieck" des internationalen Geschäfts mit dem weißen Saft des Schlafmohns, der im Iran meist als Opium geraucht oder geschluckt wird und später auf dem Weg über die Türkei und den Balkan nach Zentraleuropa zu Heroin verarbeitet wird. Die ehemalige Seidenstraße zwischen Afghanistan und dem alten Persien, so die Vereinten Nationen, sei zu einer Heroinstraße verkommen.

Das strenge Regiment des Iran ließ sogar die Billard-Cafés schließen – nun rauchen die Leute eben Opium

Jährlich werden an der langen, gebirgigen Grenze zu Afghanistan Hunderte Tonnen des Suchtstoffes beschlagnahmt und Tausende von Dealern festgenommen. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn nach Schätzungen internationaler Drogenfahnder werden maximal 20 Prozent der tatsächlich ins Land geschmuggelten Drogen aufgespürt.

Nach Angaben der iranischen Sicherheitskräfte gelangen so etwa 30 Prozent der in Afghanistan produzierten Drogen in den Iran, die Hälfte davon bleibt im Staat der Ayatollahs, die andere Hälfte wird nach Europa geschleust. Andere Schätzungen sprechen von bis zu 60 Prozent. Immerhin – so Victor Iwanow, Chef der russischen Drogenbehörde – gelingt es den Behörden des Landes, etwa 40 Prozent der für Europa bestimmten Drogen zu beschlagnahmen. Ein anderer Teil findet seinen Weg nach Russland.

Der Staat versucht mit zum Teil drakonischen Maßnahmen, das Problem in den Griff zu bekommen. Zwischen 1998 und 2002 beispielsweise kamen bei rund 6000 bewaffneten Auseinandersetzungen mit Schmugglern fast 700 Polizisten und Soldaten ums Leben. In den Gefängnissen des Landes, in denen der Drogenkonsum grassiert, sitzen rund 200 000 Menschen, mehr als die Hälfte wegen Rauschmittel-Delikten. Die Grenzschutzanlagen werden laufend verstärkt und dennoch versiegt der Strom der Opiumtransporteure kaum. Von den 388 Hinrichtungen im Jahr 2009 entfällt ein beachtliches Kontingent auf Drogenhändler und -kuriere.

Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es gemessen an der Bevölkerungszahl so viele Drogenabhängige, auch wenn Präsident Mahmud Ahmadinedschad 2005 sinkende Zahlen verkündete. Die Todesrate durch Drogenmissbrauch steigerte sich von 2004 zu 2005 immerhin je nach Jahreszeit um zwischen 15 und 40 Prozent. Zum einen ist der exzessive Konsum eine Spätfolge des Krieges zwischen Irak und Iran, in dem der Schmerzbehandlung mit Opiaten oft die Sucht folgte, zum anderen entsteht er aus dem strengen Regiment der Traditionalisten, das Jugendlichen fast alle Formen von Vergnügungen verbietet und sogar zur Schließung harmloser Billard-Cafés geführt hat. Dafür ist zu niedrigen Preisen an jeder Straßenecke im sogenannten „Ameisenhandel" Teherans Opium, Crack, Crystal und Heroin zu bekommen. Sogar Kokain ist in Mode gekommen.

Inzwischen haben die Behörden erkannt, dass eine rein repressive Drogenpolitik nicht ausreicht. Es wurden Methadonprogramme gestartet und spezielle Suchtkliniken eingerichtet, frische Nadeln und sogar Kondome ausgegeben. Aber trotz aller internationalen Anstrengungen, der Mohnanbau in Afghanistan hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Die mächtigen Drogenkartelle schlugen nach der Hinrichtung des Drogenbosses Abdulmalik Rigi der Rebellengruppe Dschundallah mit blutigen Anschlägen auf Moscheen zurück. Der Terror greift somit auch nach Teheran. *J. Feyerabend*

Abschied von Bärbel Bohley

Von Vera Lengsfeld

Es regnete in Berlin an diesem Sonntag, trotzdem war die Gethsemanekirche gefüllt bis auf den letzten Platz.

Es waren nicht nur die Freunde und Mitstreiter von Bärbel Bohley gekommen, um von der Frau Abschied zu nehmen, die das Gesicht der Revolution von 1989 war. Es waren viele da, die Bärbel nur aus dem Fernsehen kannten, auch Politiker.

Renate Künast nahm dezent in einer hinteren Reihe Platz und vertraute klug darauf, dass Ihr Erscheinen allein genug Aufsehen erregte.

Wolfgang Thierse ließ sich in der ersten Reihe platzieren, verließ aber noch vor der Aussegnung die Kirche und demonstrierte damit, dass er lediglich eine Pflichtübung absolviert hatte.

Alle anderen Gottesdienstbesucher verfolgten gebannt die Zeremonie.

Eine Frau, die sich selbst nie als Christin gesehen hatte, aber der Kirche immer verbunden war, wurde mit einem christlichen Trauergottesdienst geehrt.

Pfarrer Gisbert Mangliers verzichtete in seiner Predigt weitgehend auf politische Bezüge.

Im Mittelpunkt stand der Mensch, der in Gottes Hand ist und Gottes Gnade erfährt, selbst wenn er nicht gläubig ist.

Mit Recht wird die Neigung zu vieler Pfarrer beklagt, sich zu sehr dem Zeitgeist zu unterwerfen und sich einer Sprache zu bedienen, die als hipp gilt, in der Kirche aber unangemessen ist.

Pfarrer Mangliers predigte in gutem lutherischen Deutsch und verlieh der Zeremonie damit eine Würde, wie sie heute nur selten anzutreffen ist.

Als die Gemeinde auf Wunsch der Familie Bohley dann „Eine feste Burg ist unser Gott“ sang, war spätestens bei den Zeilen *„Der Fürst dieser Welt / wie sau'r er sich stellt / tut er uns doch nicht / er ist gericht' / ein Wörtlein kann ihn fällen“*, klar, dass es nicht neumodischer Wortschöpfungen bedarf, um auszudrücken, was den Wert eines Lebens ausmacht, das Geschichte mitgeschrieben hat.

Selbst die anwesenden Journalisten waren gebannt von der Würde der Feier und verschonten die Gottesdienstbesucher mit ihrem Blitzlichtgewitter.

Bevor der Sarg aus der Kirche getragen wurde, verharrte die Trauergemeinde in einer Minute des Schweigens, die tatsächlich 60 Sekunden währte.

Bärbel Bohley war nun in Gottes Hand.

Der Abschied von einer Frau, deren Leben ein Beweis dafür ist, dass Engagement für Andere zu einem Reichtum führt, wie er niemals mit Geld erworben werden kann, hätte nicht gelungener sein können.

Das Personalkarussell leert sich

Potsdam: Rücktritt von Skandalminister Rainer Speer stellt Platzeck vor neue Probleme



Landesgrund zum Vorzugspreis an Vereinskameraden verkauft? Rainer Speer (r.) ist auch Präsident des SV Babelsberg 03, hier mit Trainer Dietmar Demuth. Ein anderes Vorstandsmitglied steht im Verdacht, in ein anrüchiges Immobiliengeschäft mit dem Land verwickelt zu sein.

Bild: imago

Brandenburgs skandalumwitterter Innenminister Rainer Speer (SPD) ist zurückgetreten. Speer gilt als engster Vertrauter des brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und wurde lange als dessen Nachfolger gehandelt.

Die Vorwürfe reichen von Untreue über erschlichenen Unterhalt für das Kind mit einer Geliebten bis zu Vetternwirtschaft bei Grundstücksverkäufen. Der Fall erschüttert das durch Stasi-Verstrickungen und Personalmangel belastete rot-rote Bündnis. Doch die Opposition profitiert kaum davon.

Mit Speer verlässt ein Architekt der Nach-Wende-SPD in den neuen Ländern die Regierungsbank. Seine Partei muss sich nach erster Schockstarre jetzt noch mühsamer von Krise zu Krise arbeiten: Im Februar trat „Superministerin“ Jutta Lieske (Infrastruktur und Landwirtschaft) zurück – drei Monate nach der Regierungsbildung. Platzeck fiel es bereits schwer, einen fachkundigen Nachfolger zu benennen, der nicht von den eigenen Genossen abgelehnt wird. Ausgerechnet Rainer Speer übernahm Lieskes Aufgaben mit.

Längst war der verheiratete Familienvater für alle heiklen SPD-Personalfragen zuständig. Dann geriet Krisenmanager Speer selbst in die Kritik. Im Oktober 2009 ging der Laptop des 51-jährigen Politikers mit der kometenhaften Karriere verloren – aus dem Kofferraum seines Dienstwagens. Speer machte „Rocker“ verantwortlich. Eine Bande habe Daten stehlen und an die Presse verkaufen wollen. Die Laptop-Affäre war geboren. Speer wähnte sich seither unangreifbar, denn Vorwürfe gegen seine Amtsführung blockte er mit Verweis auf die der Presse zugespielten Daten aus seinem vermissten Computer ab: „Ob es sich dabei um authentisches oder manipuliertes Material handelt, weiß ich nicht.“ Statt um Aufklärung bemühte er sich fortan, Veröffentlichungen von Vorwürfen gerichtlich zu verhindern. Auf den raschen Aufstieg folgte so der tiefe Fall.

> Windige Verkäufe und die Sache mit dem Kind

Vom Posten eines Regierungsplaners in Ziehvater Manfred Stolpes Staatskanzlei (1990) war der einstige NVA-Offizierschüler zum Umwelt-Staatssekretär (1994–1999) und Chef der Staatskanzlei (1999) emporgeklettert. In der Regierung Platzeck übernahm er 2004 das Finanzressort. Seit 2009 war er Innenminister.

Der erste Vorwurf: Noch 2007 soll er als Finanzminister den Verkauf eines Kasernengeländes für vier Millionen Euro an einen nebulösen Investor durchgesetzt haben. Ein Gutachter schätzte den Wert auf 25 Millionen. Die Opposition spricht von Vetternwirtschaft. In das Geschäft soll laut „Berliner Morgenpost“ Thilo Steinbach, Vorstandsmitglied des Fußballclubs SV Babelsberg 03, verstrickt sein – Speer ist Präsident des Vereins. Ein Untersuchungsausschuss befasst sich damit, ob Speer Landesgrund zum Vorzugspreis verkauft hat.

Pikant: Sparpolitiker Speer strich sonst im Haushalt, wo er konnte. So ging die Brandenburgische Boden-Gesellschaft (BBG) 2006 auf sein Betreiben in Privatbesitz über. Nur weichen die Bilanz des Käufers und die der BBG beim Kaufpreis deutlich voneinander ab. Auch dieser Käufer sitzt im Vorstand des Fußballclubs. Wieder richten sich die Vorwürfe gegen Speer. Einer Geliebten im Landesdienst soll er gar staatlichen Unterhalt fürs gemeinsame Kind verschafft haben, obwohl er selbst zahlungspflichtig sei, so der dritte Vorwurf. Kaum ist Speer zurückgetreten, folgen Durchsuchungen auf Anordnung der Staatsanwaltschaft – aber nicht bei ihm, sondern in den Privat- und Büroräumen der Ex: Verdacht auf falsche eidesstattliche Aussage. In Sachen Kasernenverkauf und BBG prüft die Staatsanwaltschaft dagegen noch, ob ein Anfangsverdacht vorliegt.

Für die Opposition ist Speers Rücktritt kein Grund zum Jubel. Die CDU ist nach dem allmählichen Rückzug ihrer konservativen Leitfigur Jörg Schönbohm weiter zerstritten. Kämpfe um den Landesvorsitz, die E-Mail-Affäre und das schlechte Abschneiden bei der Landtagswahl 2009, bei der die Partei unter die 20-Prozent-Marke rutschte, wirken nach. Saskia Ludwig (42), seit Juni Vorsitzende der Landtagsfraktion und zugleich der Landes-CDU, gilt als polarisierend. Die junge Mutter wird wegen ihrer kühnen Idee „Neuverschuldung auf 0 bis 2014“ dafür mitverantwortlich gemacht, dass sich die SPD nach der letzten Wahl für ein rot-rotes Bündnis statt für die CDU entschied. Die CDU profitiert nicht einmal von den Skandalen der Linkspartei. Acht Zuträger des DDR-Geheimdienstes stehen in Brandenburg auf deren Wahlliste für Bundestag und Landtag – ein Rekord. Doch den Christdemokraten gelingt es nicht, sich als Bollwerk gegen alte Kader zu profilieren.

Die übrige Opposition ist traditionell schwach vertreten. Die märkische FDP verfügt mit Gregor Beyer (42) seit September nur über einen kommissarischen Generalsekretär. Ihr Hauptprojekt, das Wahlrecht mit 16, haben die Liberalen von der Linkspartei abgeguckt und setzen auf deren Stimmen. Schlechte Voraussetzungen für eine starke Opposition auch bei den Grünen: Ihnen stiehlt das „Grüne Kabinett“, die rot-rote Ökowelle, die Schau. Ausstieg aus der Kohle und erneuerbare Energien verspricht auch Rot-Rot. Den Grünen fehlt vor allem ihr linksbürgerlich-westdeutsches Milieu. Sie schrammten bei der letzten Wahl gerade über die Fünf-Prozent-Hürde.

Bei SPD und Linkspartei rotiert das Personalkarussell unterdessen immer schneller. Speer-Nachfolger und SPD-Fraktionschef Dietmar Woidke (48) darf Speers einschneidende Polizeireform weiterführen – ohne Fachkenntnis, so die Opposition.

Sverre Gutschmidt

Böhmer: Mehr Katholiken!

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident will Zuwanderung steuern

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) hat sich mit einem ungewöhnlichen Vorschlag in die Zuwanderungsdebatte gemischt: Deutschland benötige die Zuwanderung von Katholiken. Böhmer rechnet vor: Frauen in Deutschland bekämen durchschnittlich 1,38 Kinder. In stärker katholisch geprägten Ländern wie Irland oder Frankreich liege der Wert bei 2,1 beziehungsweise 2,0.

Protestant Böhmer präsentiert sich als konservativer Familienmensch: „Das Gefühl, dass Kinder das eigene Leben reicher machen, ist in Deutschland nicht sehr verbreitet. Der Stellenwert der Familie in der Gesellschaft ist dramatisch gesunken. Die Politik muss im öffentlichen Bewusstsein ein Klima dafür schaffen, dass Kinder mehr sind als eine materielle Belastung.“

Zwar will Böhmer bei den Frauen in Sachen Kinderwunsch Überzeugungsarbeit leisten. Doch dem CDU-Politiker zufolge ist die Geburtenrate inzwischen so weit gesunken, dass ohne Zuzug von außen ein „langsames Absterben“ drohe. Allerdings will er den Zuzug nicht allein nach fachlicher Qualifikation steuern, wie es vor allem die Wirtschaft fordert (Facharbeitermangel), sondern auch nach der kulturellen Integrationsfähigkeit der Immigranten.

> »Alles unternehmen, um neue Rechtspartei zu verhindern«

So lobte Böhmer Thilo Sarrazins Thesen und kritisierte den Umgang mit Querdenkern in den Parteien: „Über vieles, was Sarrazin schreibt, kann man durchaus ernsthaft diskutieren.“ Indes, an christdemokratische Dissidenten wie Martin Hohmann, Henry Nitzsche oder René Stadtkewitz hat er dabei nicht gedacht. Böhmer erklärt, nach der Existenz von Konservativen in der CDU befragt, die Kanzlerin selbst sei „wertekonservativ“ genug. Auch mit einem prominenten Querdenker, der in der Union verblieben ist, ging Böhmer zurückhaltend um: Die Kritik des früheren Unionsfraktionsvorsitzenden Friedrich Merz, die CDU sei noch nie so beliebig und orientierungslos gewesen wie heute, teile er „nicht in dieser Schärfe“.

Dennoch treibt Böhmer die Sorge vor einer neuen Partei um – einer rechten Partei: „Die Gefahr, dass in Deutschland eine rechtspopulistische Partei entsteht, besteht immer – auch wenn derzeit nicht erkennbar ist, wer sie anführen könnte“, sagte der Magdeburger Ministerpräsident. „Wir müssen permanent auf der Hut sein und alles unternehmen, um die Gründung einer Partei rechts der Union zu verhindern.“

Theo Maass

Polizisten fürchten Rache

Berlin: Senator Körting plant Namensschilder für Beamte

Berlins Innensenator Erhard Körting (SPD) will seinen Polizisten eine namentliche Kennzeichnungspflicht auferlegen. Die Namensschilder sind eine alte Forderung der Grünen, der Linken und Organisationen wie „Amnesty International“. Nun hat sich selbst die FDP dem Vorhaben angeschlossen.

Polizisten, deren Gewerkschaften, aber auch die CDU befürchten, dass sich linksextreme Gewalttäter nach Demonstrationen an den Polizisten privat rächen oder aber gar gegen die Familien von Beamten vorgehen könnten. CDU-Fraktionschef Frank Henkel protestiert daher: „Ohne uns!“

Auch der Personalrat der Polizei hat der Maßnahme des Dienstherren die Zustimmung verweigert. Nun liegt die Angelegenheit bei der paritätisch besetzten „Einigungsstelle“. Mit der Einführung der „Zwangskennzeichnung“ verletze der Innensenator seine Fürsorgepflicht gegenüber den Beamtinnen und Beamten, kritisierte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) entrüstet. Das ist ein schwerer Vorwurf, denn der oberste Dienstherr ist gegenüber seinen Beamten gerade zu dieser Fürsorgepflicht verpflichtet. Eine Missachtung derselben könnte für Körting nicht nur politische Folgen haben.

> Nur Bremen will dem Beispiel folgen

Um das Votum der Einigungsstelle will sich Körting indes nicht scheren. Sollte sich die Einigungsstelle den Polizei-Gewerkschaften anschließen und die Kennzeichnung ablehnen, werde der Senat zügig über die Einführung entscheiden. Der politische Wille sei ja bekannt. „Man sollte das nicht auf die lange Bank schieben“, drängt Senator Körting. Er glaubt, sich über deren Entscheidung hinwegsetzen zu können.

„Körtings Ankündigung zeigt, dass für ihn das Gespräch mit der Einigungsstelle eine Schaufensterverhandlung ist und er gar keine Einigung will“, kritisierte daraufhin der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Bodo Pfalzgraf. Sofern die beabsichtigte Maßnahme aber der Mitbestimmung unterliegen sollte, würde Körting vor dem Verwaltungsgericht vermutlich gezwungen werden, seine Anordnungen zu annullieren.

Das von der SPD und der Linkspartei regierte Berlin steht mit seinem Bemühen der Namenskennzeichnung von Polizisten bundesweit weitgehend isoliert da. Nur in Bremen versucht die dortige Landesregierung, ähnliche Maßnahmen durchzusetzen.

Hans Lody

Zeitzeugen



Roman Herzog – Mit dem umstrittenen „Bodenreformurteil“ von 1991 trug Herzog als Präsident des Bundesverfassungsgerichts mit dazu bei, dass die zwischen 1945 und 1949 in der SBZ enteigneten Immobilien nicht zurückgegeben wurden. Im Jahre 2009 erklärte er – inzwischen Bundespräsident a.D. – er bedauere, dass es nicht trotz des Urteils zur Restitution gekommen sei.

Michail Gorbatschow – Von 1990 bis 1991 Präsident der Sowjetunion und Generalsekretär der KPdSU, war er maßgeblich an der Wiedervereinigung und der Beendigung des Kalten Krieges beteiligt. Namhafte Teilnehmer an den sogenannten „Vier-plus-zwei-Gespräche“, darunter auch Gorbatschow selbst, bestreiten, dass die UdSSR darauf insistiert habe, dass Berlin das in der SBZ enteignete Land nicht zurückgeben dürfe.



Richard Schröder – Der in Berlin lebende Philosoph und Theologe mit SPD-Parteibuch gilt als einer der kenntnisreichsten Beobachter der Entwicklungen zur Frage der inneren Einheit Deutschlands. 2007 erschien sein Buch „Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit“. Schröder weist des öfteren auf SED-Kontinuitäten in der „Linkspartei“ hin und meldet sich zu politischen und religiösen Themen zu Wort. In der DDR geriet der evangelische Christ mit der Staatsmacht aneinander.

Hubertus Knabe – Der promovierte Historiker und Direktor der Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen nimmt Stasi-Unrecht und Verirrungen der 68er-Bewegung mit spitzer Feder aufs Korn. Besonders hart geht er mit westlichen Stasi-Agenten ins Gericht, denn diese standen anders als die DDR-Bewohner nicht unter dem Druck eines Unrechtsregimes.



Arnold Vaatz – In der DDR war Vaatz als Oppositioneller umtriebig, unter anderem im „Neuen Forum“. Seit 2002 ist der Dresdner Mathematiker CDU-Bundestagabgeordneter. Vaatz drängt auf die Aufklärung von Stasi-Verstrickungen im Westen, insbesondere in Institutionen wie Gewerkschaften und Kirchen sowie im intellektuellen Milieu. Auch gehört er maßgeblich zu den Initiatoren der SED-Opferrente, die schließlich 2007 in Kraft trat.

Lange Liste der Versäumnisse

Trotz aller Erfolge: Bei der Vereinigung von 1990 wurden kapitale Fehler gemacht

Am 3. Oktober werden sie wieder gehalten: Die alljährlichen Feierreden auf die Deutsche Einheit, die doch nur selten einen neuen Gedanken enthalten. So erfreulich die „kleine“ Wiedervereinigung von 1990 ist: Ein Blick auf Fehler und Versäumnisse ist lehrreich.

Keine Frage: Aufs Ganze gesehen ist die Wiedervereinigung gelungen. Die Infrastruktur in den neuen Ländern ist oft moderner als die in den alten, auch der 1989 im rapiden Verfall befindliche Immobilienbestand ist überwiegend tip-top hergerichtet.

Doch große Probleme bleiben: Viel zu niedrige Geburtenraten, verbunden mit hoher Abwanderung haben Mitteldeutschland in die tiefste demographische Krise seit dem Dreißigjährigen Krieg geführt. Vor allem die Abwanderung von Leistungsträgern, die allerdings zu einem großen Teil schon in den Jahren 1949 bis 1961 geschehen ist, hat zu einer dauerhaften, selbst durch die beste Förderpolitik nicht auszugleichenden Schieflage geführt. Zwei Zahlen belegen das schlaglichtartig: Im vergangenen Jahr wurden in Mecklenburg-Vorpommern 191 Erfindungen patentiert, das sind elf pro 100 000 Einwohner. In Baden-Württemberg waren es hingegen 15 532 oder stolze 144 pro 100 000 Einwohner – also fast 14 Mal so viele. Die dahinterstehende Kluft bei Produktivität und Exportkraft kann sich jeder ausmalen. Ursache ist natürlich nicht, dass die Mecklenburger weniger pfiffig wären, sondern dass viele pfiffige Mecklenburger längst in Baden-Württemberg leben.

Die Politik hat dieses Problem kaum thematisiert, geschweige denn zu lösen versucht. Ein Ansatz wäre, Übersiedlern aus den neuen Ländern im Falle der Rückkehr in ihre Heimat eine (befristete und abnehmende) Einkommensteuervergünstigung zu gewähren.

Ein anderer Weg, die Rückkehr von Leistungsträgern nach Mitteldeutschland zu fördern, wäre die Wiedergutmachung der SBZ-Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949. Bis heute ist nicht recht klar, warum die Bundesregierung eine Rückgabe der damals enteigneten Immobilien selbst dann verweigert, wenn diese sich noch in Staatsbesitz befinden. Unabhängige Gutachter haben längst nachgewiesen, dass diese Lösung selbst bei rein fiskalischer Betrachtung für den Staat die vorteilhafteste wäre, weil hohe Investitionen und dauerhaft höhere Steuerzahlungen die Folge wären.

> Mit »Sonder-Afa« am Bedarf vorbei gefördert

Der anfängliche Einwand der Regierung Kohl, die UdSSR habe eine solche Regelung im Einheitsjahr 1990 untersagt, wurde längst von Michail Gorbatschow persönlich dementiert. Dass auch der spätere Bundespräsident Roman Herzog als Präsident des Bundesverfassungsgerichts in einem der umstrittensten Urteile der bundesdeutschen Rechtsgeschichte die Verweigerung der Restitution mittrug, ist mehr als nur eine bittere Fußnote zur Wiedervereinigung von 1990.

Zu den großen Fehlern gehörte gewiss auch die sogenannte „Sonder-AfA“ von 50 Prozent für Investitionen in Ost-Immobilien. Damit wurden zwar buchstäblich Hunderte Milliarden Mark an privatem Kapital mobilisiert. Allerdings wurde oft grandios am Bedarf vorbei gebaut. Im Rückblick wäre es gewiss besser gewesen, diese Förderung niedriger zu dimensionieren; vor allem aber hätte sie nur für Renovierungen, nicht aber für Neubauten gelten dürfen. Denn angesichts der rapide schrumpfenden Einwohnerzahlen fehlt für Neubauten schlicht der Bedarf.

Die Folgen allein dieser einen Fehlentscheidungen waren gravierend: In den Jahren 1993 bis 1996 halbierte (!) sich der durchschnittliche Wert der zuvor massiv überbewerteten Ost-Immobilien. Außerdem geriet die hier besonders engagierte Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in eine so massive Schieflage, dass selbst die Übernahme durch die Bayerische Vereinsbank sie nicht mehr retten konnte. Am Ende wurden beide zusammen von der italienischen Unicredit übernommen, der Finanzplatz München war gründlich entkernt.

Gar nicht falsch war hingegen die Währungsumstellung bei kleinen Guthaben und laufenden Zahlungen im Verhältnis 1:1 – trotz einer schier unausrottbaren anders lautenden Legende (siehe rechts). Umso falscher war hingegen die von Helmut Kohl durchgesetzte sehr schnelle Anpassung der Ostrenten an das Westniveau. Plötzlich lebten viele Rentnerehepaare im Osten wegen langer Lebensarbeitszeiten und der in der DDR üblichen Frauenerwerbstätigkeit geradezu im Luxus, obwohl sie nie einen Pfennig in die notorisch leere bundesdeutsche Rentenkasse eingezahlt hatten. Der Unterschied vergrößerte sich noch durch die oft niedrigeren Mieten im Osten. Gedankt haben es ihm die reich beschenkten Ostrentner kaum, vielmehr wählten sie zu hohen Anteilen PDS. Bis heute staunen Beobachter, warum der Machtpolitiker Helmut Kohl hier nicht die alte Einsicht Macchiavellis bedacht hatte, dass man Wohltaten stets langsam und in kleinen Dosen verabreichen müsse.

Ein bitterer Fehler der Einheit war schließlich sicher die fast ganz ausgebliebene Gerechtigkeit für das SED-Unrecht. Nur eine handvoll Mauerschützen und Folterknechte in den DDR-Zuchthäusern musste für ihre Taten ins Gefängnis. Schlimmer noch: Die Opfer mussten 17 Jahre lang (!) auf eine beschämend mickrige Haftentschädigung warten. Ähnlich schlecht ging es den Vertriebenen in der Ex-DDR: Sie wurden mit einer Einmalzahlung von 4000 D-Mark abgespeist.

Konrad Badenheuer



Die großen Gewinner der Einheit: Rentner in den neuen Bundesländern. Bild: Visum

Die Legende vom falschen Wechselkurs

Zu den offenbar unausrottbaren Legenden der Vereinigung von 1990 gehört, dass damals die Mark der DDR insgesamt im Verhältnis 1:1 in D-Mark umgewechselt worden sei und dass eben dies ein Problem für den Aufbau Ost dargestellt hätte.

Tatsächlich wurden aber nur kleine Sparguthaben bis zu 6000 Mark der DDR pro Person sowie alle laufenden Zahlungen wie etwa Löhne, Renten und Mieten in diesem Verhältnis umgestellt. Für größere Vermögen und für alle Verbindlichkeiten galt der Kurs 1:2. Im Durchschnitt wurde das DDR-Geldvermögen deswegen mit einem Kurs von 1:1,8 umgewechselt. „Wir haben uns einen Kurs von 1,9 gewünscht und 1,8 bekommen“, resümierte

1:1 galt nur für kleine Guthaben

der damalige Chef-Unterhändler der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer deswegen im Rückblick zufrieden – ohne mit dieser Klarstellung die 1:1-Legende überwinden zu können. Tatsächlich hätte die Umstellung im Verhältnis 1:1 einen gewissen (einmaligen) Teuerungsschub auslösen können, weil die DDR-Geldmenge nicht durch marktfähige Waren oder ein entsprechendes Produktionspotenzial realwirtschaftlich gedeckt war. Mit dem Satz 1:1,8 gab es das Problem nicht – die D-Mark blieb hart.

Ein ganz anderes Problem war, dass bald nach der Währungsunion vom 1. Juli 1990 die bis dahin niedrigen Ostrenten fast auf einen Schlag auf Westniveau hinaufkatapultiert wurden. Löhne und Gehälter folgten rasch, wenn auch nicht ganz im selben Tempo. Da die Produktivität bei weitem nicht so hoch war, waren die neuen Bundesländer plötzlich der Standort mit den höchsten Lohnkosten der Welt – Massenarbeitslosigkeit war die unvermeidliche Folge. *K.B.*

Trugbild »Innere Einheit«

Große innere Unterschiede gab es auch nach der Einigung von 1871

Klaus von Dohnanyi erinnerte kürzlich bei einem Fernsehgespräch an eine denkwürdige Sitzung des SPD-Bundesvorstandes im Herbst 1989. Als er sich für die Vereinigung von Bundesrepublik und DDR ausgesprochen habe, sei ihm Walter Momper entrüstet ins Wort gefallen. Der Regierende Bürgermeister attackierte ihn daraufhin: „Du willst ja das Bismarck-Reich neu errichten!“

Momper war nicht allein: In der westdeutschen Linken war es fast durchweg Konsens, gegen die Einheit zu sein. Und auch zahlreiche DDR-Bürgerrechtler erträumten sich eine „reformierte DDR“: „Heute ist unsere Revolution kaputtgemacht worden“, trauerte Bärbel Bohley am Tag des Mauerfalls. Oskar Lafontaine schlug sogar ernsthaft vor, die Übersiedlung von Deutschen aus der DDR von Westseite zu „begrenzen“. Parteigenosse Hans-Jochen Vogel fuhr daraufhin ihn an, eine neue Mauer errichten zu wollen.

Die Einheit kam, schneller als selbst von ihren feurigsten Befürwortern erhofft. Die Lafontaines und Mompers standen als Verlierer der Geschichte da. Doch viele der Überfahrenen rappelten sich schnell wieder auf und stellten sich die Frage, wie sie trotzdem Recht behalten könnten, obwohl die Geschichte sie so erbarmungslos widerlegt hatte.

Einerseits schoben sie fortan mit Vorliebe die wirtschaftlichen und sozialen Probleme von Men-

> Gibt es überhaupt eine »Mauer in den Köpfen der Deutschen«?

schen in der DDR in den Vordergrund, um das „Scheitern“ der verhassten Vereinigung an besonders traurigen Beispielen zu belegen. Zudem erfanden sie, kaum war die steinerne Mauer gefallen, die „Mauer in den Köpfen“, die die Deutschen nach wie vor trenne, weshalb von einem Gelingen der „inneren Einheit“ keine Rede sein könne.

Die DDR-Bürgerrechtlerin und spätere Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld maß dem Begriff „innere Einheit“ in einem *PAZ*-Beitrag kürzlich eine „Schlüsselrolle“ zu, bei dem Versuch, den Prozess der Vereinigung zu torpedieren.

Geschickterweise wurde nie benannt, was jene „innere Einheit“ eigentlich bedeuten soll, in welchem Stadium welches Vorgangs man also ihren Vollzug melden könnte. Somit kann jede Art von Verschiedenheit und Gruppenbildung, wie sie für Menschen natürlich auch innerhalb eines Volkes selbstverständlich ist, als „Riss“ in der „inneren Einheit“ vorgeführt werden.

Erhellend wäre der historische Vergleich: Denn wer im Hinblick auf die deutsche Vereinigung von 1871 nach dem Stand der „inneren Einheit“ fragt, der dürfte Ernüchterndes zu Tage fördern. Allein das ausgeprägte Gefühl für regionale Besonderheit, das für das Selbstverständnis vieler Bayern geradezu konstitutiv ist, deutet auf ein „Scheitern“ hin.

Und die „materielle Einheit“? Laut jüngster Allensbach-Umfrage ist mittlerweile in beiden Teilen des Landes die Mehrheit der Meinung, dass die von Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ Wirklichkeit geworden seien. 1998 sah dies nur eine Minderheit so. *Hans Heckel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6957**

Abwehrkampf gegen Gespenster

SPD-Parteitag ohne inhaltliche Aussage – Sarrazin und der Höhenflug der Grünen als Hauptsorgen

Wo steht die SPD ein Jahr nach ihrer historischen Niederlage bei der Bundestagswahl? Der Parteitag in Berlin belegt eine Konsolidierung an der Oberfläche: Tiefe innere Brüche sind nicht zu sehen, doch ein Programm, mit dem sich regieren ließe, noch viel weniger. Mit der Etablierung der „Linken“ hat sich die SPD abgefunden, gegen die immer stärkeren Grünen ist kein Konzept in Sicht.

Es ist keine zehn Jahre her, dass Umfrageergebnisse von 30 Prozent bei der SPD mit Sarkasmus und schwarzem Humor quittiert wurden. Heute gelten der SPD solche Zahlen ebenfalls als ungewöhnlich – nur mit umgekehrtem Vorzeichen. SPD-Chef Sigmar Gabriel sprach über die 30 Prozent beim Parteitag in Berlin mit Genugtuung als Zeichen der wiedergewonnenen Stärke.

Auch sonst bäckt die älteste deutsche Partei kleine Brötchen. Der Umstand, dass Gabriel im Amt des Parteivorsitzenden, das er erst seit November 2009 bekleidet, nicht schon wieder wankt, gilt in der SPD als wichtige gute Nachricht. Tatsächlich hat Gabriel momentan keine innerparteiliche Konkurrenz: Bundestagsfraktionschef Frank-Walter Steinmeier hat zwar gute Umfragewerte in der Bevölkerung, aber als Vater der Agenda 2010 bis heute keinen leichten Stand in der eigenen Partei. Generalsekretärin Andrea Nahles ist bis jetzt noch nicht so recht in ihrer Funktion angekommen, mehrere Talkshow-Auftritte der vergangenen Monate hat sie vergeigt. Bundesminister stellt die Partei keine mehr, und die vier Parteivizes treten bundesweit wenig in Erscheinung.

Momentan plagen zwei Gespenster die SPD: Der Streit um Thilo Sarrazin und die immer stärker werdenden Grünen. Die SPD-Spitze weiß inzwischen genau, wie viel Rückhalt Sarrazin nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch innerhalb der SPD genießt. Die mehrfachen Windungen und Wendungen Gabriels im Umgang mit dem einst hoch angesehenen Finanzsenator von Berlin belegt überdeutlich die Unsicherheit im Umgang mit einem Mann, von dem jeder weiß, dass er einige große Wahrheiten ausgesprochen hat.

Der Parteitag folgte in diesem Punkt einer sorgfältigen Regie: Früh und prominent durfte Heinz Buschkowsky, der Bürgermeister des Berliner Problembezirks Neukölln, auftreten. Der jahrelang kritisch Beäugte gilt heute gleichsam als die personifizierte einwanderungspolitische Vernunft der SPD, weil er sich nie am „Multi-Kulti-Gesäusel“ beteiligt hat, sondern seit jeher offen und mit berlinerischer Direktheit die Integrationsprobleme benannt hat – sogar das Wort „Unterschicht“ kam ihm schon über die Lippen.

Da Buschkowsky geschickt genug war, sich an der Klassenkeile gegen Sarrazin zu beteiligen, ist er heute der Mann der Stunde in der SPD. Buschkowsky genoss diese Rolle sichtlich, auch wenn klar

> Gabriels Vorgänger Müntefering blieb dem Parteitag fern

war, dass er im Grunde die Rolle des Pausenclowns zu spielen hatte. Gabriel hielt nämlich sonnenklar am Ausschlussantrag gegen Sarrazin fest, und auch Parteivize Klaus Wowereit durfte klarstellen, dass die Politik von Massenzuwanderung ohne richtige Integration weitergehen soll („Multikulti ist nicht gescheitert!“). Das Eingeständnis der Bundesregierung vor wenigen Tagen, zehn bis 15 Prozent der Zuwanderer (also je nach Bezugsgröße zwischen ein und drei Millionen Menschen) seien integrationsunwillig, spielte da schon keine Rolle mehr. Gabriels Hinweis vor wenigen Tagen, „Wer auf Dauer alle Intergrationsangebote ablehnt ... kann nicht in Deutschland bleiben“, war offenkundig nicht ernst gemeint.

Während Gabriel in Sachen Sarrazin eine ruhige, ja ernste Tonlage anschlug, um innerparteiliche Konflikte nicht anzuheizen, sprach er über die Grünen in lokker-ironischem Ton. „Ich bin sicher, dass die Berlinerinnen und Berliner im kommenden Jahr wissen, dass man die Zukunft der Stadt nicht nur mit Bionade und Latte Macchiato allein gestalten kann“, griff er die Grünen an. Sogar „Freude und Gelassenheit“ empfahl er angesichts des Höhenfluges der Konkurrenz: Freude, weil nur starke Grüne eine rotgrüne Mehrheit ermöglichen würden, Gelassenheit, weil auch deren Bäume nicht in den Himmel wachsen würden.

Allerdings ist ein Ende des grünen Höhenfluges vorerst nicht absehbar. Der Aufstieg der Partei begann in den 80er Jahren in den Universitätsstädten, wo halbe Studentengenerationen mehr oder weniger „grün“ fühlten und wählten. Zwanzig Jahre später stehen diese Menschen als Lehrer und Juristen, Journalisten und Mediziner in meinungsbildender Stellung. Solange die Parteiführung größere Fehler vermeidet, kann der Aufstieg weitergehen.

Viel größere Sorgen als die Berliner Senatswahl im Herbst 2011 macht der SPD allerdings die Landtagswahl in Baden-Württemberg Ende März. In Berlin haben die Grünen „nur“ gleichgezogen, im Südwesten hingegen lagen sie zuletzt sechs Prozentpunkte *vor* der SPD. Ein Modethema fördert dort das Geschäft der Ökopartei: Der Streit um „Stuttgart 21“ macht Schlagzeilen; die Grünen waren schon immer dagegen, die SPD hingegen ist vom Ja zum Jein halb gekippt, was nicht ganz überzeugend wirkt. Eine linke Mehrheit in Baden-Württemberg wäre für die SPD ein Traum. Doch ein Land von dieser Bedeutung als erstes unter grüner Führung? Ein Albtraum!

Früher wäre kein Bericht von einem SPD-Parteitag ohne ausführlichen Hinweise auf Programmdebatten und Beschlüsse ausgekommen. Das hat sich geändert. Was die SPD zum Steuerrecht, zur Rente mit 67 und zu Hartz IV beschlossen hat, ist indes nicht der Rede wert, weil überdeutlich signalisiert wurde, dass das Beschlossene nicht zur Verwirklichung bestimmt ist. Die Abkehr von der einst mühsam durchgesetzten „Rente mit 67“ fiel immerhin so deutlich aus, dass Franz Müntefering, vor Jahresfrist noch Parteichef, dem Treffen verärgert fernblieb. Der sozialdemokratischen Harmonie tat das keinen Abbruch. *Konrad Badenheuer*



Wer ist jetzt Koch und wer Kellner? Derzeit liegen die Grünen mit Cem Özdemir (l.) in mehreren Bundesländern vor der angeschlagenen Volkspartei SPD mit Sigmar Gabriel. Bild: action press

MELDUNGEN

Neuer Prozess im Fall Buback

Stuttgart – Seit wenigen Tagen läuft der Prozess gegen die RAF-Terroristin Verena Becker vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht. Auslöser sind neue Erkenntnisse über ihre Rolle beim Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinen Begleitern 1977. Über 30 Jahre nach Bubacks Erschießung in Karlsruhe wurden im August 2009 DNA-Spuren auf Bekennerschreiben entdeckt, die sich Becker zuordnen lassen. Bereits seit 2008 ermittelt die Bundesanwaltschaft erneut gegen die heute 58-Jährige. Ihr wird vorgeworfen, treibende Kraft hinter den Attentatsplänen gewesen zu sein. Indes gilt als sicher, dass sie nicht die tödlichen Schüsse abgab. Die ehemaligen RAF-Mitglieder Silke Maier-Witt und Peter-Jürgen Boock belasteten erneut Stefan Wisniewski. *C. C.*

Streit um Milli Görüs

München – Nach dem die Staatsanwaltschaft München nach 19 Monaten die Ermittlungen gegen die islamistische Vereinigung Milli Görüs eingestellt hat, wird diskutiert, den von ihr dominierten Islamrat an der Islamkonferenz teilnehmen zu lassen. Milli Görüs war Betrug, Geldwäsche sowie die Unterstützung terroristischer Organisationen und die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen worden. „Ich stehe der Teilnahme von islamistischen Organisationen unabhängig davon, ob Straftaten begangen worden sind, skeptisch gegenüber“, so der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU). Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, hingegen betont, dass die Unschuldsvermutung ein hohes Gut im Rechtsstaat sei. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der die Islamkonferenz veranstaltet, teilt Bosbachs Meinung. *Bel*

Lösungen nicht zu erwarten

Kampf um den Vorsitz der NRW-CDU – Integration ein Thema

Armin Laschet und Norbert Röttgen haben inzwischen auf acht Regionalkonferenzen der CDU in Nordrhein-Westfalen jeweils versucht, die Parteimitglieder von sich zu überzeugen. Dabei verlief der Kampf zwischen dem Bundesumweltminister Röttgen und Laschet, dem ehemaligen NRW-Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, für die Zuschauer durchaus unterhaltsam. So spielte Laschet auf die Berliner Regierungsbeteiligung seines Konkurrenten an und verwies darauf, dass dieser beim Atomkompromiss keine gute Figur gemacht habe. Stattdessen hob er hervor, was er als erster Integrationsminister auf Landesebene bereits alles geleistet habe. „Wir haben fünf Jahre ein Integrationsministerium in NRW gehabt. Aber ich glaube nicht, dass man sagen kann, wir haben alle Probleme gelöst“, zischte Röttgen zurück.

Allerdings hat hier nicht nur die NRW-CDU keine überzeugende Arbeit abgeliefert. Auch die Bundes-CDU, die Röttgen derzeit repräsentiert, hat hier nur wenige Erfolge vorzuweisen, wie im Rahmen der Debatte um das neue Buch von Thilo Sarrazin in den letzten Wochen erneut offenbar wurde.

Zu den Erfolgen ist der seit 2007 geltende Sprachnachweis für aus dem Ausland (nicht EU) nachziehende Ehegatten zu betrachten, der von CDU/CSU unter der Großen Koalition durchgesetzt wurde. Doch genau dieser wird derzeit von den Grünen und der Partei „Die Linke“ attackiert. „Das Spracherfordernis führt in vielen Fällen zu erheblichen Eingriffen in das verfassungsrechtlich geschützte Recht auf familiäres Zusammenleben in Deutschland“, so Memet Kilic, Sprecher für Migrationspolitik der Grünen. Die beiden Parteien verlangten von der schwarzgelben Bundesregierung eine Stellungnahme zu den Auswirkungen der Sprachanforderungen. Ihrer Meinung nach, seien diese Schuld daran, dass 2009 nur noch 33 000 Visa für Ehegattennachzug erteilt werden konnten, während es vor Einführung der Tests 40 000 waren.

> Weder Laschet noch Röttgen hinterfragen alle Probleme

Die Union, die in den Sprachtest ein geeignetes Mittel zur Integration zuzugswilliger Ehegatten sieht und so Zwangsheiraten verhindern will, hat bereits vom Bundesverwaltungsgericht die Bestätigung, dass die Sprachnachweiserfordernis mit der europäischen Familienzusammenführungsrichtlinie vereinbar ist. Allerdings scheint sich auch die Union nicht die Frage gestellt zu haben, warum im Jahr 2009 lange nach den Hoch-Zeiten des Gastarbeiterzustroms beispielsweise noch 10 775 (davon bestanden 7311) Ehegatten an Sprachtests zur Visaerlangung teilnahmen. Wieso beispielsweise heiraten in Deutschland geborene Türkischstämmige offenbar zu Tausenden jedes Jahr noch in der Türkei lebende Personen? Offenbar sind die Traditionen und Familienbande der in Deutschland lebenden Türken bis heute so strak, dass auch die Angehörigen der zweiten Einwanderergeneration einen Ehepartner bevorzugt aus der Türkei holen. Dies Problem greift auch Thilo Sarrazin in seinem aktuellen Buch auf. Er verweist darauf, dass deutsche Ehepartner gerade in türkischen Familien oft nicht anerkannt seien.

Doch wer in Nordrhein-Westfalen, etwa im Ruhrgebiet, täglich die Folgen misslungener und schlicht verweigerter Integration vor Augen hat, kann weder von Armin Laschet noch Norbert Röttgen Lösungen für derartige Probleme erhoffen. *Bel*

Tauziehen der Bischöfe

Kontroversen um Missbrauch, Zölibat und um eine Zeitung

Nach tagelangen Beratungen der Herbstvollversammlung der katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK) in der letzten Woche konnte Erzbischof Robert Zollitsch als Vorsitzender nur wenige Ergebnisse bekanntgeben. Er präsentierte ein „Präventionskonzept“ gegen sexuellen Missbrauch und das Ende der katholischen Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“.

Deutlicher als bisher gaben die Bischöfe zu verstehen, dass sie Missbrauchsopfer auch finanziell entschädigen wollen. Wie, in welcher Höhe und woher das Geld kommen soll, blieb mit dem Argument weiter unklar, man wolle sich erst mit den anderen Organisationen am runden Tisch der Bundesregierung abstimmen. Ein Präventionskonzept soll Missbrauch in Zukunft verhindern. Jedes Bistum muss dafür eine Stelle schaffen; Kirchenmitarbeiter müssen ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorlegen.

Unzufrieden über die Ergebnisse äußerten sich Organisationen von Missbrauchsopfern. Sie kritisieren, das sei alles zu wenig und zu schwammig. Auffällig oft sprach Zollitsch von „kontroversen Diskussionen“ bei der Vorstellung der Bilanz der Beratungen. Offenbar haben die 27 deutschen Bistumsleiter bei vielen Themen keine gemeinsame Position finden können. Während die einen sich zu Unrecht von einer Missbrauchs-Medienkampagne getrieben sehen, plädieren andere laut und öffentlich dafür, auch verheiratete Männer zum Priesteramt zuzulassen, so der Fuldaer Bischof Josef Algermissen.

> »Rheinischer Merkur« als Opfer der eigenen Belanglosigkeit?

Sein Münchner Kollege Reinhard Marx findet dagegen, man müsse „die Ehelosigkeit der Priester als einen wertvollen geistlichen Schatz der Kirche wiederentdekken“.

Von der DBK bestätigt wurde der Verkauf des „Rheinischen Merkur“ an die Wochenzeitung „Die Zeit“. Der Pressesprecher der DBK bestätigte gegenüber „kath.net“, dass keine Kirchensteuergelder mehr für die aufgegebene Wochenzeitung bezahlt werden sollen, deren Auflage von einst über 200 000 auf zuletzt etwa 64 000 gesunken war. Bestätigt wurde auch ein alternatives Kaufangebot durch die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Dafür machte sich der prominente katholische Publizist und Sozialethiker Wolfgang Ockenfels stark. Im Gegensatz zur „Zeit“, die „ihre vorgeschobene Liberalität zur antikatholischen Ausfällen missbraucht“, lasse die „Junge Freiheit“ „eine gewisse Nähe zu katholischen Positionen“ erkennen.

Die kirchliche publizistische Landschaft befindet sich derzeit im Umbruch. Nach Aufgabe des evangelischen „Sonntagsblattes“ ist nun auch der katholische „Rheinische Merkur“ – trotz jährlichen Zuschüssen in Höhe von sieben Millionen Euro – gescheitert. Ockenfels schreibt dies dessen „verwaschener Position“ zu. Das Blatt sei an der „eigenen Langeweile und Belanglosigkeit“ zu Grunde gegangen. Auch „mittige“ Bistumszeitungen oder das linksgerichtete „Public Forum“ litten unter starken Auflageverlusten. Dagegen seien profiliert-konservative Titel wie die katholische Tageszeitung „Die Tagespost“, Internet-Portale wie „kath.net“ oder „kreuz.net“ sowie das in Rom erscheinende „Vatican magazin“ im Aufwind, so der Chef der katholischen Nachrichtenagentur (KNA), Ludwig Ring-Eifel. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Netanjahu fordert Abbas heraus

Tel Aviv – Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu stellt trotz der Wiederaufnahme des äußerst umstrittenen Siedlungsbaus im Westjordanland Forderungen an Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Abbas solle doch „die guten und ehrlichen Gespräche, die wir begonnen haben, fortsetzen, um ein historisches Friedensabkommen zwischen unseren beiden Völkern zu erreichen“. Abbas jedoch will erst ein Treffen mit der Arabischen Liga am 4. Oktober abwarten, bevor er Konsequenzen zieht. Netanjahu wiederum zeigte sich vor kurzem verwundert, dass die EU, auch wegen des Siedlungsbaus, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel nicht vertiefen will. Israel hätte gern Zollfreiheit für alle seine Produkte und somit bessere Absatzmöglichkeiten auf dem EU-Binnenmarkt. *Bel*

Bagdad will an Öl der Kurden

Bagdad – Die neue Regierung des Irak folgt im Norden des Landes den Fußstapfen des eliminierten Diktators Saddam Hussein. Seit sich die US-Streitkräfte aus der Region zurückgezogen haben, ist ein erneuter Konflikt um die Ölreichtümer im halbautonomen Kurdengebiet ausgebrochen. Die Zentralregierung in Bagdad sieht die Felder als unverzichtbar für die Wiedererstarkung des Landes an. Die von den Kurden bereits abgeschlossenen Nutzungsverträge mit ausländischen Firmen, etwa aus dem Iran, bezeichnet Iraks Ölminister Hussein al-Sharistani als illegal. Sein bestes Faustpfand im neuerlichen Ölpoker ist der Besitz der einzigen nördlichen Pipeline von den Kirkuk-Feldern in den türkischen Hafen Ceyhan – eine Voraussetzung für eine effiziente Nutzung des geförderten Öls. *J. F.*

Mehr als ein Streit um Inseln

Peking entwickelt imperialen Ehrgeiz – Chinas Anrainer suchen Unterstützung bei den USA

Zwei Jahre hatten sich China und Japan um ein Tauwetter in ihren belasteten Beziehungen bemüht. Das ist jetzt vorbei, denn Peking sucht offen die Konfrontation mit Tokio.

Vor zwei Wochen rammte ein chinesisches Fischereischiff beim Thunfischfang bei den umstrittenen Sentaku Felseninseln (chinesisch: Diaoyu) zwei Patrouillenboote der japanischen Küstenwache, die es aus jenen von China wie Japan beanspruchten Gewässern abdrängen wollten. Japan gab die 14 Seeleute der Mannschaft bald frei, behielt aber den rabiaten Kapitän, Zhang Qixiong, bis zum Wochenende noch in U-Haft.

China spielte diesen – auf asiatischen Meeren mit ihren vielen umstrittenen Seegrenzen nicht seltenen – Zwischenfall zur Staatsaffäre hoch. Der japanische Botschafter wurde fünfmal einbestellt. Spitzenkontakte wurden eingefroren. Der sonst milde Premier Wen Jiabao fand in New York beim UN-Millenium-Gipfel „keine Zeit“, Japans Ministerpräsidenten Naoto Kan zu treffen. 1000 japanische Studenten, die von ihm zur Expo nach Schanghai eingeladen worden waren, wurden kurzerhand wieder ausgeladen. Der Export Seltener Erden, für die China ein faktisches Abbaumonopol hat, wurde nach Japan unterbunden. Vier Japaner wurden in der Mandschurei wegen angeblichen Filmens eines Sperrgebietes verhört, und die chinesische Staatspresse darf zur Rache gegen Japan hetzen. Kurzum, China zieht wieder, wie schon 2005, als es zu tagelangen geduldeten anti-japanischen Krawallen kam, die üblichen Register des Missfallens. Japans Aufrufe zur Ruhe verhallen ungehört. Auch nach der Freilassung des Kapitäns besteht Peking weiter auf einer formellen Entschuldigung der Japaner.

Dabei hatte es vor zwei Jahren beim letzten Besuch von Präsident Hu Jintao in Tokio noch ausgesehen, als würden beide Streithähne sich unter Ausklammerung des Territorialkonflikts auf eine gemeinsame Förderung der Öl- und Gasvorkommen in der strittigen Zone einigen. Die chinesische Offshore-Gesellschaft CNOOC begann prompt zu bohren und errichtete auch einen Förderturm. Doch Japan sah von dem geförderten Gas und der versprochenen Gewinnbeteiligung sehr wenig.

Für China sind die zwischen Okinawa und Taiwan gelegenen unbewohnten Felsen Teil des Chinesischen Festlandsockels und „heiliges Territorium“. Für Japan sind sie seit 1885 kontrolliertes Staatsgebiet, das 1971 von den USA zusammen mit dem 1945 in monatelangen Schlachten blutig eroberten Okinawa als US-Protektorat an Japan zurückgegeben wurde.

Noch bei der Tokio-Visite von Wen Jiabao im Mai hatten die Chinesen guten Willen signalisiert. Warum also der plötzliche Kurswechsel, der ebenso wie die aggressiven Territorialforderungen im Südchinesischen Meer die Asiaten in die Arme der Amerikaner als einziger Schutzmacht gegen das erstarkende China treibt?

Tatsächlich verschärft sich derzeit in Peking der Machtkampf um die 2012 anstehende Nachfolge von Präsident Hu Jintao. Dabei haben die von der Armee und der Marineführung gestützten Hardliner aktuell die Nase vorn. Deswegen wollen die eher moderaten Reformer um Premier Wen nicht ausgerechnet beim Erbfeind Japan als „Weicheier“ dastehen. Ohnehin tritt China bei Grenzkonflikten sehr aggressiv auf. So trat Russland unter Präsident Wladimir Putin im Jahr 2004 die noch 1969 blutig umkämpften Ussuri-Inseln an das damals eng befreundete China ab. Kirgisien gab 2001 von China beanspruchte Bergketten ebenfalls „freiwillig“ ab. Doch beansprucht China von Indien weiter die ganze Grenzprovinz Arunachal Pradesch, eine von einer Million Tibetern und burmesischen Stammesangehörigen bewohnte Berg- und Urwaldlandschaft südlich des Himalaya, die es „Südtibet“ nennt, und im Südchinesischen Meer eine Seegrenze, die bis zum Äquator einschließlich der indonesischen Nantunas reicht und mit den Ansprüchen aller anderen Küstenanrainer: Vietnam, den Philippinen, Brunei, Indonesien und Malaysien kollidiert. China baut derzeit auf seiner Südinsel Hainan einen U-Bootstützpunkt massiv aus, der seine Ansprüche im Südchinesischen Meer auch militärisch mit seiner neu aufgerüsteten Hochseeflotte durchsetzbar machen würde. Gegenüber Indien baut es Seestützpunkte beim Erzfeind Pakistan und in Burma auf und umwirbt eifrig Sri Lanka, das ebenfalls beim Westen wegen seiner Menschenrechtsverletzungen in Ungnade gefallen ist.

> Machtkampf um die Nachfolge von Hu Jintao

US-Außenministerin Hillary Clinton versicherte Naoto Kan, die USA würden jede Gewaltanwendung gegen die Sentaku-Inseln als Beistandsfall für das gemeinsame Verteidigungsbündnis werten. Den beunruhigten asiatischen Ländern bot sie die Vermittlerrolle der USA im rohstoffreichen Südchinesischen Meer an und schlug eine multilaterale Konferenz zur Lösung der Probleme vor. Das ist das letzte, was die mächtigen Chinesen wollen. Sie schüchtern die kleinen Länder Südostasiens lieber in Einzelverhandlungen ein. Eine Vermittlerrolle der an der Freiheit der Meere und Seewege orientierten USA mit ihrer mächtigen Siebten Flotte im Pazifik lehnen sie rundweg als parteiisch ab. Ohnehin, so die neue Doktrin, sei das Südchinesische Meer ein ähnliches Kernland Chinas wie Tibet oder Taiwan. Das heißt, es ist nicht verhandelbar. Historisch kann China für seine Ansprüche freilich nur ein paar diffuse Seekarten und die Gräber gestrandeter Fischer auf unbesiedelten Eilanden vorweisen.

Mit Südkorea veranstaltet die US-Marine in Bälde Seemanöver in einem Teil des Gelben Meeres, das China als seine militärische Sperrzone ansieht. Die Machtdemonstration gilt in erster Linie dem chinesischen Satrapen Nordkorea, das im Frühjahr ungestraft eine südkoreanische Korvette versenkte, doch auch der chinesischen Schutzmacht des Schurkenstaats. Selbst Russland, bislang der getreueste Verbündete und Waffenlieferant Chinas, fühlt sich in seinem sich entvölkernden Sibirien von der chinesischen Immigration bedroht und geht mit einem pro-westlicheren Kurs zunehmend auf Distanz.

Der große Reformer Deng Xiaoping hatte seine Parteigenossen stets ermahnt, bis zum Jahr 2020 zu warten, wenn China mächtig genug geworden sei, um seine Territorialprobleme ohne Furcht vor einer feindlichen Einkreisungskoalition zu lösen. Imperiale Ungeduld seien Deutschland 1914 und Japan 1941 zum Verhängnis geworden, als die etablierten Weltmächte beschlossen hatten, den unerwünschten Herausforderern den Garaus zu machen. Es scheint, als würden die Nachfolger des chinesischen Bismarck seine Lektionen gerade verlernen.

Albrecht Rothacher



Foto: imago

Müssen intern Stärke demonstrieren: Hu Jintao und Wen Jiabao empfangen Mitglieder der Küstenwache.

Neuordnung der Macht

Kenia spielt Schlüsselrolle beim Zerbrechen des Sudan

Der 9. Januar 2011 gilt als Tag der Entscheidung. Dann werden die Karten in Nordafrika neu gemischt. Nach den blutigen Massakern und dem Bürgerkrieg im Südsudan, der Ermordung von 3,5 Millionen Christen und schwarzen Animisten seit 1955 durch muslimische Reiterhorden sowie dem Elend der Flüchtlingslager in Darfur steht die Teilung des größten Flächenstaates in Afrika (siebenmal größer als Deutschland) in eine nördliche und muslimische Diktatur und eine südliche autonome Region kurz bevor.

Salva Kiir Mayardit, Präsident des südlichen Sudans, strebt mit einem Referendum im Januar die Unabhängigkeit seiner Region von der muslimischen Schreckensherrschaft in der Hauptstadt Khartoum an. Bereits im Oktober soll die Erfassung der Wähler beginnen. Als Regierungszentrum des Südens ist die Stadt Juba vorgesehen.

Eine Schlüsselstellung bei dieser Neuordnung des größten Staatsgebildes auf afrikanischem Boden fällt dabei dem benachbarten Kenia zu. Der geplante Ausbau des nordkenianischen Fischerstädtchens Lamu zu einem internationalen Tiefseehafen würde die neue Republik mit ihren Ölausfuhren unabhängig von der bisherigen, 1400 Kilometer langen Pipeline nach Port Sudan an das Rote Meer machen. Denn ohne die neue Verbindung einer 1000 Kilometer langen Ölleitung nach Lamu würde der Süden durch den muslimischen Norden erpressbar bleiben. Die tägliche Fördermenge liegt bei einer halben Million Barrel, gegenüber den zehn Millionen Barrel der Saudis eine vergleichsweise geringe Menge, doch für die Entwicklung der armen Landesteile ein Segen.

> Bisher wird das Öl über muslimischen Norden verschifft

Kenias zuständiges Transportministerium gab am 13. September die Bieterschlacht um den Ausbau Lamus frei, das bislang als unberührte Touristenidylle und Geheimtipp am Indischen Ozean galt. Zudem ließ die Behörde verlauten, dass auch Bieter für die Pipeline und eine Raffinerie bei Lamu gesucht werden. Die japanische Firma Toyota Tsusho Corp. gab bereits ein Gebot ab. Japan ist nach China der zweitgrößte Abnehmer des sudanischen Öls.

Das jetzt bei einem Besuch von Salva Kiir Mayardit in Washington angekündigte Referendum fußt auf drei Säulen: ethnische Unterschiede der überwiegend schwarzen Bevölkerung im Süden zu den arabischen Menschen des Nordens, religiöse Differenzen des christlichen Südens mit dem muslimischen Norden und Schlüsselstellung des Ölbusiness im mit dem „schwarzen Gold“ reich gesegneten Südsudan.

Ein Zeichen für diesen Prozess setzte Mitte September Simon Deng, ehemaliger Sklave, früherer Schwimmchampion des Landes und Führer der Menschenrechtsbewegung des Sudan. Er begann einen 350-Kilometer-Marsch von den UN in New York bis nach Washington, um in Kirchen und bei Kundgebungen die Unterstützung des US-Präsidenten Obama für das Referendum einzufordern. Bereits 2006 hatte er mit einer ähnlichen Demonstration Ex-Präsident George W. Bush und Hillary Clinton auf sein Anliegen und die gewaltsame Islamisierung seiner Landsleute aufmerksam gemacht.

Der mit internationalem Haftbefehl belegte General und Präsident des Sudan, Omar Bashir, hatte nach seiner Machtübernahme 1989 die südlichen Ölfelder unter seine Kontrolle gebracht, und so wird der Erfolg des Referendums – wie US-Beobachter betonen – auch davon abhängen, wie viel Zugeständnisse in diesem Millionengeschäft an den Norden gemacht werden. *Joachim Feyerabend*

Ex-Politiker vereinen sich

Russlands Opposition wagt den Schulterschluss zur Koalition

Nachdem der Machtkampf um den Moskauer Oberbürgermeister Jurij Luschkow einen verfrühten Wahlkampf ausgelöst hat, schöpfen Oppositionspolitiker Hoffnung. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die von der Opposition forcierten Protestaktionen in der Hauptstadt, aber auch in den Regionen, Bewegung in die Politik gebracht haben.

Am 16. September wurde das Bündnis „Für ein Russland ohne Willkür und Korruption“ gegründet. Es ist eine Koalition der Ehemaligen: der Ex-Dumaabgeordnete Wladimir Ryschkow von der „Republikanischen Partei“, Ex-Vizeregierungschef Boris Nemzow von der Bewegung „Solidarnost“, Ex-Regierungschef Michail Kasjanow von der „Russischen Volksdemokratischen Front“ und Ex-Vizeminister für Energiewirtschaft Wladimir Milow von der Bewegung „Demokratische Wahlen“ wagen allen Unkenrufen zum Trotz den Schulterschluss. In Kürze soll Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow („Solidarnost“) dazu stoßen.

Ziel der demokratisch-liberal geprägten Politiker ist es, bereits jetzt Druck mit öffentlichen Demonstrationen aufzubauen, um gegen die Behördenwillkür im Vorfeld der Wahlen anzukämpfen. Immer wieder wurden bei vorangegangenen Wahlen Oppositionelle an ihrer Kandidatur durch extrem hohe formale Hürden behindert. Bis zum Jahresende will die nun gegründete Koalition einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl aufstellen. Bislang fehlt dem jungen Bündnis noch ein Programm, das es jedoch im Frühjahr vorlegen will. Zur Zeit existiert lediglich ein Positionspapier mit dem Titel „300 Schritte zur Freiheit“, das einerseits einen Aufruf zur Befreiung des Unternehmertums und die Minimierung der Rolle des Staates beinhaltet, andererseits dem Volk höhere Löhne, Gehälter und Renten verspricht.



Foto: pa

Mit dabei: Schachweltmeister Garri Kasparow

In den vergangenen zehn Jahren hatte es immer wieder Versuche zur Bildung von Oppositionskoalitionen gegeben, doch waren diese aufgrund harter Kämpfe um die Führung und unüberbrückbarer Gegensätze innerhalb der Koalition stets nach kurzer Zeit zerbrochen. Ob es dem neuen Bündnis gelingen wird, zukünftig eine Rolle in der politischen Landschaft zu spielen, bezweifeln selbst wohlwollende Beobachter.

Der Hauptgrund ist neben Machtkämpfen innerhalb der Koalition das Desinteresse der Bevölkerung. Der Soziologe Denis Wolkow vom Meinungsforschungsinstitut Levada-Zentrum erklärt das so: „Die Menschen brauchen niemanden, der ihnen erzählt, wie korrupt und schlecht die Regierenden sind. Das merken sie selbst. Die Opposition geht nicht auf die Probleme der Menschen ein.“ Freie Gouverneurswahlen oder Pressefreiheit sind den meisten egal. Wenn es aber um lokale Fragen wie den Trassenverlauf einer Autobahn durch den Chimki-Wald oder die Erhaltung von Arbeitsplätzen geht, gehen sie auf die Straße. Immerhin konnte die Opposition in jüngster Vergangenheit Tausende auf die Straße locken. Es sei an die 12000 Demonstranten in Königsberg im Januar erinnert.

Beliebtester russischer Politiker ist aber nach wie vor Wladimir Putin. Geht es um die Nähe zum Volk, hat er die Nase vorn. Von ihm fühlen sich die Russen am besten verstanden. *M. Rosenthal-Kappi*

Weg vom Öl – aber wohin?

Technisch ist vieles möglich, was fehlt, ist ein zukunftsweisendes energiepolitisches Gesamtkonzept

Kein anderer Rohstoff beherrscht die globalisierte Welt von heute ähnlich stark wie das Erdöl – eine gefährliche Abhängigkeit, wie die Katastrophe im Golf von Mexiko auf dramatische Weise zeigte. Bei der Suche nach Alternativen aber tun wir uns schwer.

„Bürgerdialog zur Nachhaltigkeit“ – mit diesem Projekt, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang dieser Woche den Startschuss gab, will die Bundesregierung das Volk an der Gestaltung eines langfristigen, zukunftsfähigen energie- und umweltpolitischen Gesamtkonzepts teilhaben lassen. Der internetgestützte Dialog zwischen Wählern und Gewählten stellt zwar einen demokratischen Fortschritt dar, signalisiert zugleich aber eine erschreckende Rat- und Hilflosigkeit.

Der Diskurs der politischen Klasse beschränkt sich weitgehend auf die Frage „Ausstieg aus der Atomenergie“ oder „Ausstieg aus dem Ausstieg“. Die viel wichtigere Frage, wie wir uns aus der Abhängigkeit vom Rohstoff Erdöl befreien können, ist aber längst wieder unbeantwortet zu den Akten gelegt worden. Die Betroffenheitsrituale nach der Deepwater-Horizon-Katastrophe zeitigten das erwartet kurzfristige Verfallsdatum.

Die Abhängigkeit vom Öl ist nahezu total. Was immer auf dieser Erde an Gütern und Menschen anders als mit Muskelkraft bewegt wird, verbraucht Benzin, Diesel oder Kerosin. Der Anteil der aus Petroleum produzierten Treibstoffe für Verkehr und Transport liegt weltweit bei 90 Prozent.

Alternative Kfz-Antriebe sind technisch längst möglich. Elektroautos gab es schon vor einem Jahrhundert, Hybridfahrzeuge sind keine neuzeitliche Erfindung pfiffiger japanischer Tüftler, sondern waren schon vor 40 Jahren bei Daimler und BMW serienreif entwickelt. Erdgastanks spielen – ebenfalls seit Jahrzehnten – immerhin eine bescheidene Außenseiterrolle, Brennstoffzellen sind seit einigen Jahren in der Erprobung.

Sie alle verbindet: Gegenüber Benzin und Diesel sind sie nach wie vor nicht konkurrenzfähig. Für keinen dieser alternativen Antriebe gibt es eine flächendeckende Infrastruktur. Vor allem aber sind die Erdölprodukte selbst bei Barrelpreisen um 100 Dollar immer noch konkurrenzlos billig.

Das kann sich allerdings bald ändern. Die Deepwater-Horizon-Explosion und ihre Folgen zeigten: Die relativ leicht und gefahrlos zugänglichen Ölquellen versiegen. Es ist zwar weltweit immer noch genug Erdöl vorhanden. Alle Prognosen über das allsbaldige Versiegen haben sich als falsch erwiesen. Aber es wird immer aufwändiger, teurer und gefährlicher, neue Quellen zu erschließen und auszubeuten. Die Unglücksplattform Deepwater Horizon hatte, bevor sie bei 1500 Meter Wassertiefe explodierte, bereits in 3000 Meter Tiefe gebohrt. Nun, nach dem verhängnisvollen Unglück, gestehen die bislang so optimistischen „Experten“ der Öl-Multis ein, dass Bohrungen in solchen Tiefen absolut unkalkulierbare Risiken bergen. Also wird das Öl, das vielleicht einmal aus solchen Quellen gefördert werden kann, erheblich teurer als heute sein. In durchaus seriösen Schätzungen werden bereits Barrel-Preise deutlich oberhalb 200 Dollar genannt.

> Die Ölförderung wird immer teurer und gefährlicher

Dann aber können die heute noch unwirtschaftlichen Alternativen konkurrenzfähig werden. Das gilt nicht nur für Transport und Verkehr, sondern für alle Bereiche, die heute noch vom Erdöl dominiert werden. So werden derzeit noch über 30 Prozent aller Heizungen in Deutschland mit Öl befeuert. Und die chemische Industrie benötigt für über 90 Prozent ihrer gesamten Produktion das „schwarze Gold“ als Rohstoffbasis. Negativbeispiel in jeglicher Hinsicht ist der Flugverkehr: Jeder Gedanke, Verkehrsflugzeuge anders als mit Kerosin in die Luft erheben zu können, ist reine Utopie. Und welche Wachstumsraten (auch beim Ölverbrauch) hier zu erwarten sind, signalisiert der neue Riesen-Airbus A 380 auf eindrucksvolle Weise.

In allen anderen Bereichen sind Alternativen technisch möglich. Oft stützten sie sich auf längst bekannte und erprobte Verfahren, woran deutsche Forscher und Techniker großen Anteil haben. Ein solches Beispiel ist die Verflüssigung oder Vergasung von Kohle. Amerikaner und Chinesen sind derzeit dabei, sich diese Technologie in großindustriellem Maßstab zunutze zu machen. Dabei greifen sie auf ein 97 Jahre altes Patent aus Deutschland zurück. 1913 hatte der aus Breslau stammende Friedrich Bergius an der Technischen Hochschule Hannover ein Verfahren zur Hydrierung von Kohle entdeckt. Er konnte dies aber nicht umsetzen und verkaufte sein Patent 1925 an die BASF. 1931 erhielt er den Chemie-Nobelpreis; das Preisgeld wurde allerdings unverzüglich vom Gerichtsvollzieher gepfändet. Franz Fischer und Hans Tropsch vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohleforschung in Mülheim an der Ruhr waren da geschickter und erfolgreicher. Für die IG Farben, in der die BASF inzwischen aufgegangen war, verfeinerten sie das Bergius-Verfahren bis zur großtechnischen Anwendung durch die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

Danach geriet das Verfahren in Vergessenheit, bis 1973 die erste Ölkrise kam. Plötzlich war Kohle als alternativer Brenn- und Rohstoff wieder gefragt. Zu dieser Zeit hatte Prof. Rudolf Schulten an der Kernforschungsanlage Jülich gerade ein neuartiges kombiniertes Verfahren konzipiert. Der von ihm konstruierte Hochtemperatur-Reaktor (THTR) sollte über einen Helium-Kreislauf Prozesswärme liefern, um in einer Versuchsanlage namens Eva Kohle in Brennstoff für Motoren oder Heizungen umzuwandeln.

Das anfangs auch international vielbeachtete Projekt scheiterte daran, dass die Ölkrise bald vorüber und der Anreiz zu Alternativen damit hinfällig war. In naher Zukunft kann sich das freilich wieder ändern.

In Deutschland wird derweilen über die sogenannten regenerativen Energieträger wie Wind, Sonne oder Biomasse spekuliert, die aber nach heutigem Kenntnisstand allenfalls Teilbereiche abdecken können. Und Kernkraft gilt hierzulande nach wie vor als „umstritten“, im Gegensatz zum Rest der Welt. So bestätigte die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) erst vor wenigen Tagen auf ihrer Generalversammlung in Wien, dass in über 60 Staaten nukleare Neubauprogramme laufen.

Hans-Jürgen Mahlitz



Aus Kohle mach Öl: China nutzt eine 1913 in Deutschland erfundene Technik. Bild: eyevine

KURZ NOTIERT

Loch in der Pflegekasse: Schon ab 2013 drohen höhere Beiträge bei der Pflegeversicherung. Das geht aus einer internen Analyse des Bundesgesundheitsministeriums hervor. Obwohl die Pflegekassen 2009 einen Überschuss von einer Milliarde Euro erzielten, drohten 2011 bereits Defizite. Noch in diesem Jahr soll über Ergänzungen zur Pflegeversicherung beraten werden. Künftig könnten auch Arbeitgeber zur Finanzierung herangezogen werden. *C. C.*

Wirtschaftswachstum lässt von Vollbeschäftigung träumen: Laut einer Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 um 3,3 Prozent steigen. Demnach rechnen die Experten des IWF, der Anfang Oktober seine Ergebnisse vorstellt, mit deutlich weniger Neuverschuldung. Für 2011 rechnet man mit einem Plus von zwei Prozent. In letzter Zeit sprachen verschiedene Experten, darunter Arbeitsagentur-Chef Frank-Jürgen Weise, von Vollbeschäftigung in fünf bis zehn Jahren. *C. C.*

Ärger über hohe Gehälter: Der Unmut über Spitzengehälter bei subventionierten Banken hat die Politik erreicht. Notfalls müsse man Gehälter-Kürzungen gesetzlich erzwingen, so Finanzexperten von CDU und FDP. Auch im Fall der Millionen-Boni der HRE erwäge man ein parlamentarisches Nachspiel. *C. C.*

Reiche Russen verdrängen arme: Russlands Hauptstadt wird 2010 rund 1,5 Millionen Quadratmeter Sozialwohnungen bauen, aber das reicht hinten und vorn nicht. Russland wird auch nicht den „Ukas“ des Präsidenten erfüllen, alle noch lebenden Weltkriegsveteranen mit adäquatem Wohnraum zu versorgen. Zwar hat das Land das Tal der Wirtschaftskrise fast durchschritten, aber deren Folgen sind bei der Wohnungssuche am Moskauer Stadtrand zu spüren: Reiche Russen, die für kleine Wohnungen bis zu 10 000 Euro pro Quadratmeter bezahlen, machen das Wohnen in der Innenstadt für viele Bürger unbezahlbar. *W. O.*

Standort D stärken

Kongress hinterfragte den Euro, die EU und die Berliner Politik

Unser Geld ist in Gefahr!“ „Die Krise des Euro geht weiter!“ „Griechenland war erst der Anfang!“ Viele Menschen denken so, obwohl die veröffentlichte Meinung dies kaum publiziert. Der sich selbst als „Nationalbolschewist“ bezeichnende Jürgen Elsässer hat diese Stimmung aufgefangen und in Berlin zu einer Aktionskonferenz eingeladen: „Der Euro vor dem Zusammenbruch – Wege aus der Gefahr“. Gastredner waren die Professoren Karl Albrecht Schachtschneider, Wilhelm Hankel, Max Otte, der britische EU-Parlamentarier Nigel Farage, Dr. Eike Hamer, der Börsenguru des Fernsehens Michael Mross, Andreas Clauss von der Treuhandstiftung „Novertis“, Klaus Blessing, früher Staatssekretär im DDR-Wirtschaftsministerium, und der Goldexperte Walter K. Eichelburg. Der Andrang war größer als erwartet, so dass kurzfristig noch die Bestuhlung der Halle erweitert werden musste. Trotz gesalzener Eintrittspreise zwischen 25 und 50 Euro kamen 600 Personen, die von 9 bis 20 Uhr den Vorträgen lauschten.

Professor Schachtschneider beklagte den Niedergang der Verfassungsrechtspflege in Deutschland, die sich jüngst erst wieder an den Vorgängen um die angestrebte Entlassung des Bundesbankers Thilo Sarrazin gezeigt habe. Zudem müsse die EU, wenn sie denn einen Finanzausgleich zwischen ihren Mitgliedsländern herstellen wolle, einen neuen Vertrag schließen, weil selbst der Vertrag von Lissabon eine derartige Umverteilungspolitik nicht vorsehe.

> Bürger sollen Konten bei »Zockerbanken« auflösen

Der britische Europaabgeordnete Nigel Farage von der UK Independent Party redete den Deutschen ins Gewissen: „Die Propagandisten des EU-Projektes haben jahrzehntelang das deutsche Schuldgefühl über den Krieg benutzt, um Sympathie und Unterstützung für ihr politisches und bürokratisches Projekt aufzubauen ... Deutschland muss endlich seinen Schuldkomplex überwinden ... Die Deutschen sollten es ablehnen, einen Haufen Geld für die Rettung einer bankrotten Währung zur Verfügung zu stellen.“

Eike Hamer bekannte sich in seinem Vortrag zur liberalen Marktwirtschaft: „Die ordoliberalen Grundsätze sozialer Marktwirtschaft unter der Federführung Ludwig Erhards gehören längst der Vergangenheit an. Eine der vergangenen Prämissen lautete, die Entstehung von Oligopolen zu verhindern und bestehende Kartelle zu zerschlagen.“

Abschließend beschlossen die Teilnehmer fast einstimmig einen Aktionsplan. Er beinhaltet unter anderem die Sammlung der eurokritischen Bürger, um ihnen Stimme und Gehör zu verschaffen: Die Volksinitiative will parallel zu den 2011 stattfindenden Landtagswahlen in Eigenregie Volksbefragungen durchführen, die den Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone, eine Verkleinerung der Euro-Zone oder aber auch einen Ausstieg Deutschlands aus dem Euro zum Gegenstand haben soll. Zudem werden die Bürger aufgerufen, ihre Konten bei Zockerbanken aufzulösen und zu Raiffeisenbanken, Sparkassen und Volksbanken zu wechseln, schließlich soll auf einer Folgekonferenz Bilanz gezogen werden. *Theo Maass*

Washington droht zu verlieren

USA drohen China mit Strafzöllen, falls es den Yuan nicht aufwertet

Selbst US-Wirtschaftsexperten warnen US-Parlament und US-Senat davor, einen Wirtschaftskrieg mit China heraufzubeschwören. Zwar sei es unfair von Peking, den Yuan weiter so massiv unterzubewerten, doch die Drohung mit neuen Importzöllen auf chinesische Waren könne für die USA zum Bumerang werden.

„In den USA als wirtschaftlicher Blutsauger verdammt, wird China hier als Kunde hofiert“, versucht die „Washington Post“ zu erklären, warum Deutschland trotz Chinas Währungspolitik vom Handel mit dem Riesenreich profitieren kann. „Auf Peking einzuprügeln, hilft unserem Handelsdefizit nicht“, warnt das renommierte Brooking-Institut in Washington, vorschnell zu handeln.

Allerdings kann man Washington keineswegs unterstellen, dass es übereilt handelt. Seit geraumer Zeit bitten die USA China immer wieder, den Yuan aufzuwerten. Doch trotz aller Aufforderungen auch internationaler Organisationen, europäischer und auch asiatischen Regierungen hat Peking sich bisher nur sehr wenig auf seine Handelspartner zubewegt. Zwar versprach es im Juni, die Bindung des Yuan an den Dollar aufzuheben, doch bisher hatte dies nur eine Aufwertung von 1,8 Prozent zur Folge. Angesichts der Tatsache, dass Ökonomen davon ausgehen, dass die chinesische Handelswährung 40 Prozent unterbewertet sei, ist das chinesische Entgegenkommen kaum als ein solches zu werten. Doch Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao beteuert, dass es erstens keinen Beweis dafür gäbe, dass sein Land, den Yuan derart manipuliert habe, und zweitens eine weitere Aufwertung eine Pleitewelle chinesischer Unternehmen mit sich brächte, da diese dann nicht mehr international wettbewerbsfähig seien. Und eine Pleitewelle chinesischer Firmen könne auch nicht im Sinne der westlichen Handelspartner sein, profitierten sie doch vom Wachstum Chinas.

> Peking zeigt sich von US-Drohungen unbeeindruckt

Doch angesichts des eigenen Handelsdefizits von 280 Milliarden Euro 2009, der starken Verschuldung des Staates und der Bürger, der wirtschaftlichen Probleme sowie der hohen Arbeitslosenrate sind die USA nicht mehr bereit, Peking gewähren zu lassen. „Chinas Wechselkurspolitik hat einen erheblichen Einfluss auf Unternehmen und Arbeitsplätze in den USA“, so Sandy Levin aus dem US-Repräsentantenhaus.

Der Druck innerhalb der USA, gegenüber dem Ausland Stärke zu zeigen, wächst. Doch Peking ist nicht nur einer der größte Handelspartner der USA, die Volksrepublik ist auch deren größter Gläubiger. Und so befinden sich die seit der Bankenkrise massiv angeschlagenen Vereinigten Staaten gegenüber den Chinesen nicht in der besten Verhandlungsposition.

Hilfreich wäre es, wenn andere westliche Staaten sich den Forderungen der USA anschließen würden. Doch Japan hat gerade andere Probleme mit China (siehe Seite 6) und wird kaum ein neues Fass aufmachen, und die EU – hier vor allem Deutschland – und Russland freuen sich darüber, dass sie dank guter Geschäfte mit dem Reich der Mitte schneller aus der Krise gekommen sind. Moskau hat erst am vergangenen Montag ein Milliarden-Geschäft mit Peking abgeschlossen, dafür ist man bereit, über anderes hinwegzusehen. *Bel*

One man, one vote

Von Manuel Ruoff

Der Präsident eines EU-Mitgliedslandes schiebt Ausländer ab, die in sein Land eingereist sind, um hier systematisch gegen Recht und Ordnung zu verstoßen. Und eine EU-Kommissarin hat nichts Besseres zu tun, als ihm hierfür mit einem Strafverfahren zu drohen. Dass die politische Klasse abgehoben ist, war ja schon bekannt, aber offenkundig ist der Höhenflug umso höher, je größer die Unabhängigkeit vom Wahlvolk. Und bei EU-Kommissaren ist sie besonders groß. Möglicherweise würde hier Linderung schaffen, wenn die EU-Regierung wie in jeder parlamentarischen Demokratie vom Parlament abhängig wäre. Aber von einem demokratisch legitimierten Parlament, das nach gleichem Wahlrecht gewählt wird. Wer für Südafrika „One man, one vote“ gefordert hat, kann es Europa schwerlich verweigern. Aus Rücksicht auf die kleineren EU-Mitglieder könnte daneben eine zweite, eine Staatenkammer gestellt werden, in der jeder Staat eine Stimme hat. Bei einer Bindung wichtiger Entscheidung an die Zustimmung beider Kammern wäre zwar nicht sichergestellt, dass der Mehrheitswille entscheidet, aber doch, dass nichts gegen ihn entschieden wird.

Desorientiert

Von Hans Heckel

In Berlin wollten die Sozialdemokraten demonstrieren, dass sie wieder da sind, zurück auf dem Sprung zur Macht. In Wahrheit gaben sie, allen voran Parteichef Gabriel, ein Zeugnis tiefer Desorientierung. Eingekeilt zwischen lauter sozialdemokratisierter Konkurrenz von der Union bis zu den Grünen wissen sie kaum, wohin sie sich noch wenden sollen.

In ihrer Not versuchte die SPD nun, ihr „sozialdemokratisches Profil“ noch weiter zu „schärfen“. Was dabei herauskam, schwankt zwischen unscharf und unverantwortlich. Einzig bei ihrem Kampf um mehr Geld für den nichtarbeitenden Teil des Volkes vermochte sich die einstige Arbeiterpartei überhaupt noch sichtbar zu profilieren.

Das aber ist nicht das Terrain, auf dem die SPD einst groß wurde. Vielmehr war sie die Partei der aufstiegsorientierten Arbeiter und Facharbeiter, die eben nicht das Geld für sich beanspruchten, das andere erwirtschaftet hatten. Ganz im Gegenteil forderten sie den ihnen zustehenden Teil von jenen Gewinnen, die aus ihrer eigenen Hände Arbeit in den Wirtschaftskreislauf geflossen waren.

Das Dilemma der SPD besteht darin, dass diese Position ebenso Gemeingut aller Parteien geworden ist wie das Bewusstsein, dass in Not Geratenen geholfen werden muss. Um sich trotzdem noch abheben zu können, stürzen sich die Sozialdemokraten in einen dumpfen Verteilungspopulismus, den sie lieber jenen überlassen sollten, denen zwekks Verwüstung der Wirtschaft mit Absicht nichts anderes einfällt: den Kommunisten.

Bis heute politisch nicht korrekt

Von Volker Seitz

Mit der Rede vor der Generalversammlung der UN kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Politikwechsel an, der von Kritikern der Entwicklungshilfe (www.bonner-aufruf.eu) seit langem gefordert wurde. US-Präsident Barack Obama hat es im Juli 2009 in Ghana vorgemacht, jetzt fordert auch Frau Merkel „gute Regierungsführung und Achtung der Menschenrechte“. Sie hat erkannt, dass „eine nachhaltige Entwicklung sowie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt“ anders nicht zu erreichen sind. Das auszusprechen war bis heute politisch nicht korrekt. Es wurden gegenüber korrupten und menschenverachtenden Regimen immer noch zu viele Augen zugedrückt. Mangel an Rechtsstaatlichkeit wurden bagatellisiert. Es wurde auch offiziell nie gesagt, dass bei der Verabschiedung der Milleniumsziele im September 2000 weder gute Regierungsführung noch die Achtung der Menschenrechte als Ziele nicht durchgesetzt werden konnten. Deshalb war für alle Experten absehbar, dass die Ziele bis 2015 weitgehend verfehlt werden.

Tausende Entwicklungshelfer bald ohne Arbeit?

Die Bundeskanzlerin fordert in ihrer Rede auch „mehr Ergebnisorientierung“ und eine „ergebnisbasierte Finanzierung“. Die Norweger probieren bereits das neue Konzept „Cash in Delivery“ (Vergütung für erzielte Wirkung) in Tansania aus. Das Center for Global Development in Washington hat dieses Konzept entwickelt nachdem Entwicklung gekauft wird. Die alleinige Verantwortung zum Beispiel für den Bau einer Schule, eines Krankenhauses oder einer Universität liegt bei dem Entwicklungsland. Es gibt eine konkrete Ergebnisvereinbarung zwischen Geber und Nehmer. Sobald der Nehmerstaat Ergebnisse nachweist, die von unabhängigen Prüfern abgenommen wurden, wird die zugesagte Summe bezahlt. Deutschland wird dieses Konzept übernehmen. Das bedeutet allerdings, dass Tausende von Berufsentwicklungshelfern nicht mehr benötigt werden.

Kritiker sagen, dass die Bundeskanzlerin mit der Rede davon ablenken will, dass Deutschland nicht den zugesagten Anteil von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe erreicht. Die Steigerung der Entwicklungshilfeausgaben auf 0,7 Prozent ist aber eine magische Zahl für erfolgreiche Entwicklungspolitik. Aber die Qualität der Hilfe an der Höhe der ausgegebenen Mittel zu messen ist Unsinn. Die von nationalen und internationalen Geberorganisationen gepriesenen Erfolge sah ich vor Ort selten bestätigt. In der Regel überlebt nur eines von fünf Projekten nach Ende der Hilfe. Der schwedische Entwicklungshilfeforscher Frederik Erixon hat festgestellt, dass ausländische Hilfszahlungen in Kenia und Tansania keinen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum hatten.

*Volker Seitz, *1943, war von 1965 bis 2008 unter anderem als deutscher Botschafter in Benin und Kamerun. Er ist Autor des Buches „Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann“.*



Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) hat geholfen, einen neuen Brunnen in Yunnan in China zu bauen: Nachhaltige Entwicklungshilfe fördert vor allem die Eigenverantwortung.

Bild: GTZ / Michael Kottmeier

Vom Protest zum Widerstand

Moment mal!




Von Klaus Rainer Röhl

Titel-Zeile der linken „taz“: „Aufstand im Anzug. Die neuen Revolutionäre. Plötzlich werden Bürger zu Rebellen. Die neue bürgerliche Bewegung misstraut den gewählten Volksvertretern. Ist das der Anfang oder das Ende der Demokratie?“ Die „FAZ“ überschreibt einen Tag später ihren Leitartikel „Die neue Auflehnungsbereitschaft“. Es geht um die gleiche Sache: Bürgerproteste, Volksbegehren. Volksentscheide, die Regierungsbeschlüsse kippen. Der „Spiegel“ war vor drei Wochen schon mit einem Titelthema da, wortreich und weitschweifig und nach der Lektüre nichtssagend, wie immer „Die Dagegen-Republik – Stuttgart 21, Atomkraft, Schulreform: Bürgeraufstand gegen die Politik“. Die „Bild“-Zeitung tut so, als wenn sie selbst die Bürgerbewegung sei. Immer schon, aber heute besonders. Geschenkt. Die „Zeit“ muss man nicht erst lesen. Sie verkündete schon ewig langatmig und hamburgisch nölig – einerseits – andererseits. Es ist alles kompliziert. Das wussten wir auch so. Aber wir wüssten schon gern, weshalb jetzt alle darüber diskutieren. Irgendetwas ist neu an der Debatte. Die Medien notieren es wie neue Börsenkurse. Es tut sich was in Deutschland. Die Talkshows überschlagen sich und würden am liebsten noch zum dritten Mal Thilo Sarrazin vorladen und in der Luft zerreißen. Aber schön ausgewogen. Recht hat er, aber ... Inzwischen fordert sogar die alte Garde der politischen Tugendwächter wie Alice Schwarzer und Günter Wallraff strenge Maßregeln gegen Zuwanderer, die sich partout nicht integrieren wollen. Zehn bis 15 Prozent sollen das sein. Dabei machen die nur, was 20 Jahre schick und angesagt war: Multikulti. Jetzt sollen sie sich zwangsintegrieren oder – es passiert was? Oppositionschef Sigmar Gabriel legt noch eins drauf. Sarrazin muss aus der Partei, aber seine Analyse stimmt. Das finden die meisten in der Talkshow auch. Nur diese Sache mit den Genen! Dass die Basken ein Gen haben, das bei ihnen gehäuft vorkommt, hätte er sagen dürfen. Die Basken hat es nicht gestört. Dass aber die Juden genetische Gemeinsamkeiten haben, wollte der Zentralrat der Juden am liebsten verbieten. Nur Henrik M. Broder wagte im „Spiegel“ eine Bemerkung über das Juden-Gen: „Wenn Aussehen und Krankheiten vererbt werden, was niemand bezweifelt, dann muss auch die Frage erlaubt sein, warum Juden – von Ausnahmen abgesehen, schlechte Sportler und gute Schachspieler sind.“ Mit dieser Äußerung wird Broder bestimmt nicht Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland werden, obwohl der Satiriker und Zeitkritiker mit eigener Internet-Seite „Achse des Guten“ sich einmal allen Erstes darum beworben hat. Ihn kann man nicht verbieten. Der Zentralrat verlangt häufig von deutschen Behörden, irgendetwas zu verbieten. Letzte Woche forderte er sogar das Verbot eines Films über einen Film. Über „Jud Süß“. Alle haben den Film gesehen und besprochen, aber sehen soll ihn das Volk nicht, und wofür und wogegen die Deutschen demonstrieren und Bürgerproteste organisieren dürfen, darüber entscheiden außer dem Zentralrat und den zuständigen Behörden hauptsächlich die Medien – da könnte ja jeder kommen.

Art der Proteste hat sich verändert ... wie die Stimmung im Land

Manche Bürgerproteste werden wohlwollend durchgewinkt. So der Protest gegen den Abriss des Kölner Schauspielhauses und das Vorhaben, an seine Stelle einen Neubau zu setzen. Vielleicht muss man dazu wissen, dass das Gebäude des Schauspielhauses, in dem seit ein paar Jahren gutes und manchmal auch innovatives Theater gespielt wurde, ein nichtssagender Zweckbau aus den 60er Jahren ist, dem niemand nachtrauern würde. Sobald jedoch bekannt wurde, dass der preisgekrönte Neubau ein paar Millionen kosten würde, mobilisierten Leute in und außerhalb des Schauspielhauses die Öffentlichkeit und fanden Anhänger. Darunter viele, die in ihrem Leben noch nie das Schauspielhaus von innen gesehen hatten, eher in den Kölner Altstadtkneipen herumhingen und höchstens mal ein Musical oder ein Rockkonzert besucht hatten. Das viele Geld, das anderswo gebraucht wird! Für „Projekte“ zum Beispiel, bei denen jeder an seine eigenen Interessen denkt. So macht Bürgerprotest Spaß. Ein Komitee wird gebildet, eine Pressekonferenz organisiert, zu der man ein paar Journalisten einlädt. Voraussetzung ist, dass man die Medienleute kennt und ihnen die Sache plausibel macht. Dann kommt die erste Protestveranstaltung, über die die Medien positiv berichten, zur nächsten Versammlung kommen doppelt so viele Interessenten, man beginnt mit dem Sammeln von Unterschriften für das Volksbegehren, und das geht wieder durch die Medien und schon sind die Unterschriften für das Volksbegehren beisammen. Die Abstimmung kann beginnen.

Richtet sich das Volksbegehren statt gegen den Abriss eines Altbaus gegen den Neubau einer Riesenmoschee mit überdimensional hohen Minaretten, so versagen sich die Medien oder berichten, dass die Initiatoren des Volksbegehrens fragwürdig sind, umstritten, womöglich Rechtextremisten sind oder schon mal mit rechten Extremisten gemeinsam gesehen wurden und dass die Tendenz des Volksbegehrens ausländerfeindlich und vielleicht sogar – rassistisch sei. Und obwohl fast 90 Prozent aller Bewohner gegen die Riesen-Minarette sind, bleibt das Medienecho negativ, und – die Initiative kriegt die nötigen Unterschriften für einen Volksentscheid nicht zusammen. Jetzt erst steigt die Presse wieder voll ein: „Rechte scheitern mit Minarett-Verbot!“

Medien verquirlen alle Bürgerproteste undifferenziert miteinander

Nicht um die Anhänglichkeit an das gewohnte Erscheinungsbild eines Gebäudes wie in Stuttgart und Köln, sondern an die Schulform für die eigenen Kinder ging es dagegen bei den Volksabstimmungen in NRW in den 70er Jahren gegen die sogenannte Coop-Schule und vor kurzem in Hamburg gegen die sogenannte Primarschule. In NRW siegten die Eltern und in Hamburg verhinderten sie, dass ihre Kinder zwei Jahre länger als nötig zusammen mit (schuldlos) eher weniger Lernfähigen und wenig Lernwilligen die Schulbank bis zur 6. Klasse drücken und so zwei Jahre Ausbildungszeit vergammeln sollten. Das von der CDU gerade mit den Grünen durchgebrachte Gesetz wurde gekippt, das Beispiel von Hamburg macht Schule. Überall im Land regt sich Protest und droht zu Widerstand zu werden.

Wie reagieren die seit 1968 herrschenden Medienmacher auf die neue Lage? Mit Nebelkerzen. Schon der „Spiegel“-Titel warf alles in einen Topf. Den Hamburger Bürgerprotest und die allgemeine Zustimmung zu Sarrazin rückte man zusammen mit den uralten Anti-Atom-Proteste, die dort schon zum jährlichen Ritual geworden sind wie ein Schützenfest, zu dem man jedes Jahr die alten Transparente, Requisiten und Kostüme herauskramt. Schon 29 Jahre Gorleben – Protest, getragen von den am meisten betroffenen Guts- und Waldbesitzern und vielen Großbauern. Das Fest findet auch diesmal wieder statt, mit vielen naiven Schulkindern aus der Umgebung und den gar nicht naiven Krawalltouristen. Diese altbacken linke „Bewegung“ verquirlte man mit dem neuen, ein Jahr alten Bürgerunmut und servierte uns das als „Protest mit Krawatte“. Haben wir da eine Verschwörung der Medien aufgedeckt? Sind wir am Ende Verschwörungs-Theoretiker? Nein, es war keine Verschwörung. Es waren nur Dummheit und Intoleranz, je linker, desto dümmer. Und Dummheit macht durch Wiederholung Schule. Mögen wir das? Muss das so bleiben? – Ja oder Nein? Ich verlange eine Volksabstimmung.

Der Autor ist erreichbar unter klausrainer@gmx.de

Seele und Geist zugleich berührt

Ausstellungen in Nord und Süd widmen sich der Kunst des Expressionismus

Verzerrte oder zersplitterte Formen in grellen, unnatürlichen Farben: Der einst von den Nazis als „entartete Kunst“ verteufelte Expressionismus ist den Deutschen wie keine andere Kunstrichtung der letzten 100 Jahre ans Herz gewachsen. In den nächsten Monaten wird er mit zahlreichen Ausstellungen gefeiert.

Volker Rattemeyer, der Direktor des Museum Wiesbaden, charakterisiert den Expressionismus so: „Als Reaktion auf die Zerrissenheit des Großstadtlebens und die damit einhergehende Anonymität, Fremdbestimmung und Vereinsamung des Individuums entwickelten expressionistische Künstler aller Sparten Widerstand gegen bloß naturalistische und der äußeren Erscheinung verpflichtete Darstellungsweisen. Sie machten sich auf die Suche nach einer Erweiterung des künstlerischen Ausdrucksvermögens. Wichtigste Pole der expressionistischen bildenden Kunst in Deutschland waren einerseits die 1905 in Dresden gegründete, später in Berlin ansässige Künstlervereinigung ‚Die Brücke‘ und andererseits die Künstler im Umfeld des ‚Blauen Reiter‘ (1911–1914)“, der seine Aktivitäten von München aus entfaltete.

An den von Franz Marc und Wassily Kandinsky initiierten Ausstellungen und dem Almanach des Blauen Reiters beteiligte sich August Macke, die Galionsfigur des rheinischen und westfälischen Expressionismus. Zu dessen bedeutendsten Vertretern gehören Christian Rohlfs, Wilhelm Morgner, Peter August Böckstiegel und Hermann Stenner. Ihr Schaffen stellt die Kunsthalle Bielefeld vor, um auf die meist Übersehenen hinzuweisen und so das Bild der Avantgarde in Deutschland beträchtlich zu erweitern.

Die Ausstellungen zu den Brücke-Künstlern konzentrieren sich in Norddeutschland und Berlin. Zeichnungen, Druckgraphiken und Gemälde aus allen Schaffensphasen Ernst Ludwig Kirchners präsentiert die Hamburger Kunsthalle. Erich Heckel wird im Brücke Museum Berlin mit einer großen Retrospektive geehrt. Zu den 70 Gemälden aus allen Schaffensphasen gehören berühmte Werke wie „Rote Häuser“ (1908) und „Mühle“ (1909). Zudem werden Aquarelle und Gemälde Heckels in der Kunsthalle Emden gezeigt. Und Max Pechstein wird in der Kunsthalle zu Kiel mit einer spektakulären Retrospektive gefeiert, an der die Erben Alexander und Julia Pechstein mit ihren Leihgaben entscheidenden Anteil haben. Neben bekannten Meisterwerken aus führenden Museen der Welt werden zehn bislang der Öffentlichkeit unbekannte Gemälde ausgestellt, dazu neu entdeckte Grafiken und kunsthandwerkliche Schöpfungen.



Erich Heckel: Badende an der Ostsee (Öl 1913) Bild: Kunsthalle Emden

Zum Verhältnis von Brücke-Künstlern und den Vertretern des Blauen Reiters erklärt Volker Rattemeyer: „Beide Strömungen haben unterschiedliche Wurzeln und unterschiedliche Auswirkungen. Verkürzt gesagt, lässt sich die Kunst der Brücke eher einer figurativen, die Kunst aus dem Umfeld des Blauen Reiters eher einer auf Abstraktion zielenden künstlerischen Haltung zuordnen.“

Ausstellungen in der Mitte und im Süden Deutschlands widmen sich dem Blauen Reiter. Franz Marc und Paul Klee lernten sich 1912 während der Vorbereitung der zweiten Ausstellung des Blauen Reiters kennen. Es entwickelte sich eine Freundschaft, die für beider Entwicklung von herausragender Bedeutung war. Das veranschaulicht eine Ausstellung in der Stiftung Moritzburg Halle, die zuvor im Franz-Marc-Museum in Kochel zu sehen war, mit illustrierten Briefen und Postkarten sowie mit Werken, die Marc und Klee einander verehrten.

„Das Geistige in der Kunst“ nannte Wassily Kandinsky seine 1912 veröffentlichte kunsttheoretische Schrift. In ihr führt er aus, dass die Farben eine direkte Auswirkung auf die Seele des Kunstbetrachters haben und überdies die Formen die Wirkung der Farben beeinflussen. Unter dem Titel „Das Geistige in der Kunst“ wird das Museum Wiesbaden eine Ausstellung zeigen. Ihr Ausgangspunkt ist der Sommeraufenthalt von Kandinsky und Münter sowie Jawlensky und Marianne von Werefkin 1908 in Murnau, während dem sie erste expressionistische Bilder hervorbrachten. Dann behandelt die Schau die Zeit des Blauen Reiters (1911–1914). Die Wirkung von dessen Vertretern auf die Malerei von Mark Rothko, Robert Motherwell und anderen Künstlern im Amerika der 1940er und 1950er Jahre wird abschließend veranschaulicht.

Dass an der Ausformung des Expressionismus Künstler aller Sparten beteiligt waren, wird eine Schau der Mathildenhöhe Darmstadt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Filmmuseum Frankfurt zeigen. Kern der Ausstellung sind die Jahre 1918 bis 1921, in denen „Das Kabinett des Dr. Caligari“ und andere herausragende Filme des Expressionismus gedreht wurden. Veranschaulicht wird, dass die Filme von der bildenden Kunst und Literatur und dem Theater und Tanz des Expressionismus stark beeinflusst worden sind – und ihrerseits eine außerordentliche Wirkung auf andere Gattungen entfalteten. *Veit-Mario Thiede*

***„Westfälischer Expressionismus“**, Kunsthalle Bielefeld, 31. Oktober 2010 bis 20. Februar 2011. **Erich Heckel**: **„Retrospektive“**, Brücke Museum, Berlin, bis 16. Januar 2011. **Erich Heckel**: „Vom Aquarell zum Gemälde“, Kunsthalle Emden, bis 9. Januar 2011. **Ernst Ludwig Kirchner**, Hamburger Kunsthalle, 7. Oktober 2010 bis 16. Januar 2011. **Max Pechstein**: „Retrospektive“, Kunsthalle zu Kiel, bis 10. Januar 2011. **Paul Klee und Franz Marc**: „Dialog in Bildern“, Stiftung Moritzburg, Halle, 24. Oktober 2010 bis 9. Januar 2011. **„Das Geistige in der Kunst: Vom Blauen Reiter zum Abstrakten Expressionismus“**, Museum Wiesbaden, 31. Oktober 2010 bis 27. Februar 2011. **„Gesamtkunstwerk Expressionismus“**, Mathildenhöhe Darmstadt, 24. Oktober 2010 bis 13. Februar 2011.*

Britische Kultur im Sparzwang

Der britische Finanzminister George Osborne stellte Ende Juni seinen „Notfallhaushalt“ vor. Das war notwendig, denn das britische Haushaltsdefizit ist enorm. Das Königreich will seine Ausgaben um 25 Prozent senken und künftig den Bürger mehr in die Pflicht nehmen. Premier David Cameron spricht von einer „neuen Kultur des Voluntarismus, der Philanthropie, des sozialen Handelns“.

Besonders empfindlich reagiert die britische Kunstszene auf die Sparpläne. Nachdem die Künste 2009 noch etwa mit 900 Millionen Pfund (rund 1,07 Milliarden Euro) unterstützt wurden, soll der Etat um 25 bis 30 Prozent gekürzt werden. Kulturminister Jeremy Hunt spricht von „grausamen Zeiten“.

Aus Widerstand startete das landesweite Künstlernetzwerk „Turning Point“ bereits Mitte August die Kampagne „Save the Arts“. Schon etwa 40650 Unterzeichner konnten gewonnen werden, darunter berühmte Künstler wie Damien Hurst, Ikone der weltbekannten „Young British Artists“. Die Kunstfreunde befürchten, dass die Kürzungen ein „Ende der britischen Vormachtstellung als eine globale Kulturmacht“ bedeuten könnten. Vor allem kleinere Projekte stünden vor dem Aus. Sie sehen die Errungenschaften der letzten 50 Jahre in Gefahr.

Sorge um Stellung als »globale Kulturmacht«

Cameron sieht vor, die staatlichen Subventionen durch private Mäzenen zu ersetzen. Vorbild sind die USA: Die New Yorker Kunstszene rangiert weltweit an der Spitze. Hunt wendete sich deshalb an die 200 größten Stifter des Landes und forderte Anregungen, wie man „die Kultur des Gebens und des Bittens“ verbessern könnte. Einer der größten Londoner Kunststifter, John Studzinski, mahnt: „Eine Revolution, wie sie die Regierung plant, wird es nicht geben.“ *Carlo Clemens*

Weltkulturerbe einmal anders

Die Unesco schützt nicht nur materielle Werte – Seit 2003 wird auch »immatrielles Kulturerbe« geschützt

Als die Unesco, die Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, 1972 die „Internationale Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ verabschiedete, übernahm sie keine geringere Aufgabe, als die Kultur- und Naturgüter von außergewöhnlicher universeller Bedeutung unter den Schutz der gesamten Völkergemeinschaft zu stellen. Fast alle Staaten dieser Erde haben das Übereinkommen unterzeichnet und sich damit verpflichtet, für die Erhaltung der eigenen und fremden Stätten weltweit einzutreten. Der Gedanke der Völkerverständigung spielt dabei also eine mindestens genauso wichtige Rolle wie die Pflege des Erbes der Menschheit.

Bis heute verzeichnet die beim Sitz der Organisation in Paris geführte Liste 911 Welterbestätten in 151 Ländern. Deutschland ist darunter mit 33 vertreten. Jüngstes Mitglied aus unserem Land in dem exklusiven „Club“, dem die Chinesische Mauer ebenso angehört wie die Pyramiden von Gizeh, die Serengeti, die Niagara-Fälle und der Grand Canyon, ist seit Anfang August das „Kulturdenkmal Oberharzer Wasserregal“.

Der ungewöhnliche Name steht für ein in dieser Ausdehnung weltweit einzigartiges Wassersammel- und Leitsystem des historischen Bergbaus. Zwischen 1536 und 1866 hatten die Oberharzer Bergleute für die Erzeugung von Wasserkraft mehr als 120 Teiche, 500 Kilometer Gräben, 18 Kilometer hölzerne Wasserleitungen und 30 Kilometer unterirdische Gräben geschaffen, von denen heute noch rund 65 Teiche, 70 Kilometer Gräben und 20 Kilometer Wasserläufe aktiv unterhalten werden.

Harz macht Potsdam Konkurrenz

Damit dürfte die Potsdam-Berliner Kulturlandschaft, ausdehnungsmäßig gesehen die größte unter den deutschen Welterbestätten, nach 20 Jahren Konkurrenz bekommen haben. Denn bereits seit 1990 gehören die Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin offiziell zum Welterbe. Die Entstehung von Potsdams 500 Hektar großen Parks und seiner 150 Bauwerke erstreckte sich über knapp 200 Jahre (1730–1916). Zu den Ensembles auf Berliner Gebiet gehören das für Prinz Karl von Preußen von 1825 bis 1827 von Schinkel erbaute Schloss Glienicke, die Pfaueninsel mit Kavaliers- und Palmenhaus sowie die Parkanlage, geschaffen von Lenné. 1992 und 1999 wurde das Potsdam-Berliner Welterbegebiet um 14 Denkmalbereiche erweitert, darunter die Sacrower Heilandskirche, Schloss und Park Lindstedt, die Russische Kolonie Alexandrowka, der Pfingstberg mit dem Belvedere und die Sternwarte am Babelsberger Park.

Seit 1999 findet sich ein kaum minder ehrgeiziges Preußen-Projekt auf der Welterbeliste: die weltberühmte Berliner Museumsinsel. Die von 1830 bis 1930 entstandene „Tempelstadt der Künste“ mit ihren fünf Museen präsentiert 6000 Jahre Menschheitsgeschichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu 70 Prozent zerstört, die Sammlungen auf Mittel- und West-Deutschland verteilt, impliziert der Unesco-Titel auch die Restaurierung der Gebäude. Bis 2015 soll dies auch vollständig geschehen sein und Berlin kann dann mit dem Louvre in Paris und den Vatikanischen Museen in Rom problemlos mithalten.



Seit August Weltkulturerbe: Oberharzer Wasserregal Bild: wikipedia

Der Motor dieser großen kulturellen Anstrengung war – und ist hoffentlich – der Bildungsgedanke. Keimzelle des Ensembles ist das nach Plänen Schinkels von 1825 bis 1830 erbaute Alte Museum, mit dem König Friedrich Wilhelm III. seinen Beitrag zu den ersten öffentlichen Museen Europas leistete. Den ersten Gesamtbebauungsplan entwarf 1841 Schinkels Schüler Friedrich August Stüler. Nach seinen Plänen wurden 1859 das Neue Museum und 1876 die Alte Nationalgalerie fertiggestellt. 1904 erfolgte die Eröffnung des Kaiser-Friedrich-Museums, heute Bodemuseum, 1930 die des Pergamonmuseums.

Dass Berlin seine Architektur-Geschichte fortgeschrieben hat, beweisen die Gartenstadt Falkenberg, die Siedlung Schillerpark, die Großsiedlung Britz, die Wohnstadt Carl Legien, die Weiße Stadt und die Großsiedlung Siemensstadt. Seit Juli 2008 gehören diese sechs von dem Königsberger Architekten Bruno Taut maßgeblich entworfenen Wohnsiedlungen der Moderne ebenfalls zum Weltkulturerbe. Zwischen 1913 und 1931 entstanden, stehen sie für sozialen Wohnungsbau auf damals höchstem Niveau: rationell geschnittene, modern ausgestattete und bezahlbare Wohnungen in Häusern ohne Hinterhof, dafür mit Licht, Luft und Sonne.

Kroatien bewarb eigene Traditionen

Das materielle Welterbe ist inzwischen jedem ein Begriff. Wer aber weiß schon, dass die Unesco 2003 auch ein Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes verabschiedet hat, dem bisher 116 Länder beigetreten sind, darunter 16 EU-Staaten? Dessen Liste umfasst inzwischen aus allen Weltregionen 166 kulturelle Ausdrucksformen: Brauchtum, Sprachen, Musik, darstellende Künste oder Handwerk. Die tibetische Oper, das Drachenboot-Festival und die Kalligrafie aus China gehören ebenso dazu wie der Radif der iranischen Musik und die altjapanische Hofmusik Gagaku, die malische Manden Charta, die als älteste Verfassung der Welt gilt, die Traditionen und Praktiken der Kayas in Kenias Heiligem Wald Mijikendas, der argentinische und uruguayische Tango sowie die Pfeifsprache El Silbo von der spanischen Kanareninsel La Gomera.

Für Europäer weniger exotisch klingen da die Einträge aus dem abendländischen Kulturraum, welche etwa die katholische Minderheit der Suiti in Lettland oder die Heilig-Blut-Prozession im belgischen Brügge schützen sollen. Europas Land mit den meisten Kulturphänomenen dieser Art ist Kroatien. Auf der letzten Unesco-Konferenz von Abu Dhabi im Herbst 2009 hatte der Balkanstaat es geschafft, sieben seiner Kulturphänomene zu platzieren. Öfter darauf vertreten sind jetzt nur China, Japan und Korea. Damit ließ der Balkanstaat seine bekanntesten Karnevals-Gestalten, die Glockenläuter, genauso zum Kulturerbe aufsteigen wie den Frühlingsumzug von Gorjani, das Sankt-Blasius-Fest zu Ehren des Schutzpatrons von Dubrovnik, die Oster-Prozession der Insel Hvar, die Klöppelarbeiten von Lepoglava, Pag und Hvar, das Holzspielzeug aus der Zagorje sowie die von besonders kleinen Tonintervallen geprägte Zweistimmigkeit in der Instrumentalmusik und im Gesang von Istrien und dem kroatischen Küstenland. Deutschland ist beim immateriellen Kulturerbe bislang nicht vertreten. *Anne Sommer*

MELDUNGEN

NSU mit VW-Zeichen

Der Wechsel Volkswagens weg vom luftgekühlten Boxermotor im Heck, der die Hinterräder antreibt, hin zum wassergekühlten Reihenmotor vor der Fahrgastzelle, der die Vorderräder dreht, wird gemeinhin am „Golf“ festgemacht. Dabei war nicht der „Golf“ und auch nicht das auf seinem Prinzip beruhende Sportcoupé „Scirocco“ der erste VW nach dem neuen Konzept. Es war vielmehr der K70. Hierbei handelte es sich jedoch weniger um einen originären VW als um einen NSU mit VW-Zeichen.

Ein halbes Jahrzehnt vor der Präsentation des K70 durch Volkswagen wurde bei NSU in Neckarsulm mit der Entwicklung begonnen. Der unterhalb des Ro80 angesiedelte Mittelklassewagen sollte weniger avantgardistisch ausfallen. Statt mit einem Wankelmotor mit Rotationskolben wurde der K70 von einem konventionellen Ottomotor mit Hubkolben angetrieben und auf die Keilform des Ro80 wurde auch verzichtet.



Volkswagen K70 Bild: Internet

Die ursprünglich für März 1970 von NSU geplante Präsentation des Autos wurde kurzfristig abgesagt, da die Firma im Jahre 1969 ihre Selbständigkeit verloren hatte und die neuen Herren aus Wolfsburg wenig Interesse an einer hauseigenen Konkurrenz zu den eigenen Mittelklassemodellen VW 411 („Nasenbär“) und Audi 100 hatten. NSU gelang es jedoch, die Presse für das Auto zu interessieren, ja zu begeistern, so dass Volkswagen nolens volens vor 40 Jahren die Produktion des VW K70 in dem hierfür neu errichteten Werk in Salzgitter aufnahm. Bis zum Februar des Jahres 1975 wurden 211127 Exemplare gebaut. Einen Nachfolger hatte Volkswagens ungeliebtes Stiefkind nicht. *M. R.*

Wie Afrika unabhängig wurde

Wie bei der Erreichung der Millenium-Ziele hinkte der Kontinent auch bei der Dekolonisation hinterher

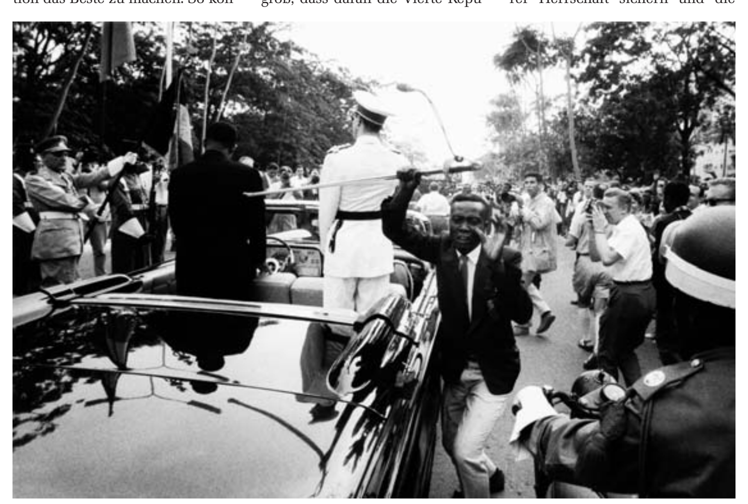
Bei der Verfolgung der Millennium-Entwicklungsziele, die der Millennium-Gipfel im Jahr 2000 verabschiedet hat, hinkt Afrika hinterher. Rückständig war dieser Erdteil auch schon bei der Entkolonialisierung. Obwohl die weltweite Dekolonisation bereits nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte, erreichte sie auf dem schwarzen Kontinent erst vor 50 Jahren im „Afrikanischen Jahr“ 1960 ihren Höhepunkt, als 17 afrikanische Staaten unabhängig wurden.

Die Selbstzerfleischung Europas in den beiden Weltkriegen beendete dessen Vorherrschaft in der Welt. Die neuen Supermächte waren keine klassischen Kolonialmächte und trugen auf ihre Weise zur Beendigung des Kolonialismus bei. Russland förderte die Dekolonisation, um die klassischen Kolonialmächte, die zur westlichen, „kapitalistischen“ Welt gehörten, zu schwächen. Doch auch die mit den größten Kolonialmächten verbündeten USA bekämpften den Kolonialismus. Im Grunde ähnelte ihre Interessenlage der deutschen nach der Reichsgründung: Sie waren bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen, aber wirtschaftlich umso stärker. Ähnlich wie Bismarck auf der Berliner Kongokonferenz von 1884/85, bloß eben mit der Durchsetzungskraft einer Supermacht, versuchten deshalb die USA, Freihandel durchzusetzen und die Abschottung von Märkten durch die Kolonialstaaten zu bekämpfen.

So verpflichteten die USA den von ihnen abhängigen britischen Verbündeten noch während des Weltkrieges mit der Unterzeichnung der Atlantik-Charta auf die Achtung und Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker. Doch nicht nur seitens des US-amerikanischen Verbündeten sahen sich die Briten Widerstand gegen den Kolonialismus ausgesetzt, sondern auch von Seiten ihrer Kolonien. Ebenso wie das Frankreich Charles de Gaulles hatte Großbritannien die menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen seiner Kolonien für den Weltkrieg ausgebeutet. Danach waren viele Kolonialvölker nicht bereit, die Unterdrückung weiter zu akzeptieren, wo ihre Kolonialherren ihnen ihre Opfer doch mit dem Hinweis abverlangt hatten, einen Krieg für die Freiheit zu kämpfen. Und das Beispiel Indien zeigte den Afrikanern, das Dekolonisation auch gegen den Willen der Kolonialherren möglich war.

Nicht dass Nachkriegsengland in Afrika auf Gewalt verzichtet hätte, aber im Großen und Ganzen fügte es sich doch in sein Schicksal und versuchte, aus der Situation das Beste zu machen. So konzentrierte der Inselstaat seine Kräfte darauf, einheimischen Kräften die Macht zu überlassen, die vergleichsweise englandfreundlich waren.

Anders reagierte Frankreich, das die Atlantik-Charta nicht unterzeichnet hatte. Mit dem für einen Staat, der mehr sein will, als er ist, eigenen Prestigebedürfnis glaubte die Grande Nation, auf Kolonien nicht verzichten zu können. Und die erfolgreiche Niederschlagung des Aufstandes in Madagaskar im Jahre 1947 bestätigte Paris in seiner Haltung, dass eine Fortsetzung der Kolonialherrschaft gegebenenfalls auch mit Gewalt möglich sei. Andererseits zeigte der erfolgreiche Befreiungskampf der Vietnamesen, dass Kolonialvölker sich mit Waffengewalt von der französischen Fremdherrschaft befreien können. Am 7. Mai 1954 gelang den Vietnamesen der kriegsentscheidende Sieg von Dien Bien Phu; am 1. November 1954 nahmen die Algerier den bewaffneten Kampf für ihre Unabhängigkeit auf. Vier Jahre später war die Kriegsmüdigkeit in Frankreich so groß, dass daran die Vierte Republik zerbrach. Es war dann an de Gaulle mit seiner Autorität aus dem Zweiten Weltkrieg, Frankreich aus Afrika herauszuführen. Allein im „Afrikanischen Jahr“ 1960 entließ seine Fünfte Republik 14 afrikanische Staaten in die Unabhängigkeit. Zwei Jahre später folgte schließlich auch Algerien.



Voller Symbolgehalt für den unharmonischen Charakter der Machtübergabe in Belgisch-Kongo: Ein Schwarzer entreißt dem belgischen König dessen Waffe. Die Aufnahme Robert Lebecks war unter anderem in der Galerie „Camera Work“ in Berlin zu sehen, die einen Ausschnitt aus dem Lebenswerk des deutschen Fotografen zeigte Bild: AP

Wie die Vierte Republik wollte auch António de Oliveira Salazars „Estado Novo“ (Neuer Staat) anfangs nicht von seinen Kolonien lassen. Nach französischem Vorbild versuchte dabei die portugiesische Regierung den anachronistischen Kolonialismus per Ersetzung des Begriffes „Kolonie“ durch den Euphemismus „Überseegebiet“ in die Nachkriegszeit zu retten. Seinen Kolonien hatte Lissabon dabei eine ähnliche Rolle zugedacht wie Ankara der Bundesrepublik. Die hohe Arbeitslosigkeit in Portugal sollte durch die Migration portugiesischer Arbeitsloser in die Kolonien gesenkt werden. In einem „Übersee-Entwicklungsplan“ heißt es: „Wir müssen Afrika mit Europäern bevölkern, die die Stabilität unserer Herrschaft sichern und die ‚Portugiesierung‘ der einheimischen Bevölkerung vorantreiben.“ Hätten Portugals Kolonien damals so viele „Gutmenschen“ wie die Bundesrepublik heute gehabt, wären die portugiesischen Migranten wohl als Bereicherung begrüßt, der „Übersee-Entwicklungsplan“ aufgegangen und Portugal immer noch Kolonialmacht. In Portugals Kolonien lebte jedoch ein anderer Menschenschlag. Und als Portugal das Afrikanische Jahr verstreichen ließ, ohne seine afrikanischen Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen zu haben, begann 1961 eine Reihe von Kolonialkriegen gegen das Mutterland. Ähnlich wie die Vierte Republik am Algerienkrieg zerbrach der Estado Novo an diesen Kolonialkriegen. Nach der Nelkenrevolution von 1974 beendete die aus ihr hervorgegangene Dritte Republik die Kolonialkriege und entließ die afrikanischen Kolonien in die Unabhängigkeit.

Aufsehenerregend verlief der Machtwechsel in Belgisch-Kongo. Belgien hatte geglaubt, mit seinem „Wohlfahrtskolonialismus“ die Situation ganz gut im Griff zu haben. Das Bild der Kongolesen von der belgischen Fremdherrschaft war jedoch weniger von den späten Sozialleistungen als vielmehr von der grausamen Ausbeutung durch den belgischen König Leopold II. (1835–1909) geprägt. So sah sich Belgien gezwungen, seine Kolonie ebenfalls im Afrikanischen Jahr in die Unabhängigkeit zu entlassen.

Bei der Unabhängigkeitsfeier stießen die unterschiedlichen Geschichtsbilder von Mutterland und Kolonie in Rede und Gegenrede aufeinander. Nach einer provozierenden Festrede Baudouins (1930–1993), in welcher der noch relativ junge König die „Leistungen“ seines Vorfahren Leopold, die „Errungenschaften“ und die „zivilisatorischen Verdienste“ der Kolonialherrschaft sowie die „Opfer, die Belgien für den Kongo erbracht“ habe, lobte, rechnete der kongolesische Ministerpräsident Patrice É. Lumumba in seinem Beitrag schonungslos mit der belgischen Kolonialherrschaft ab. So undiplomatisch, aber gerechtfertigt diese Abrechnung war, so gewagt war seine anschließende Prognose: „Wir werden der ganzen Welt zeigen, wozu schwarze Menschen in der Lage sind, wenn sie erst frei sind.“ Einen ersten Eindruck konnte die Welt inzwischen gewinnen. Bereits ein halbes Jahr nach der Machtübernahme durch die Kongolesen wurde das Freiheitsidol vieler von schwarzen Landsleuten erst verhaftet, dann gefoltert und schließlich getötet. Und ein halbes Jahrhundert nach dem Afrikanischen Jahr liegen die schwarzen Nachfolger der weißen Kolonialherren dem weißen Steuerzahler noch immer auf der Tasche – Tendenz steigend.

Manuel Ruoff

War es wirklich die Heterogenität?

Ein junger Historiker geht der Frage nach, warum die deutschen Einwanderer in der US-Bevölkerung aufgegangen sind

Dass Deutsch 1794 in den Vereinigten Staaten um ein Haar Amtssprache geworden wäre, ist zwar als Legende entlarvt, aber auch so finden sich viele Belege dafür, dass die Deutschen in den USA durchaus eine dominante Stellung hatten. Heute spürt man davon nicht mehr viel. Wieso das so ist, obwohl über zwei Jahrhunderte lang Deutsche in die Vereinigten Staaten strömten, dafür bietet Alexander Emmerich in „Die Geschichte der Deutschen in Amerika – Von 1680 bis zur Gegenwart“ einen interessanten Erklärungsversuch.

Während aus Irland, Italien Portugal und anderen klassischen Ursprungsländern von US-Immigranten weitgehend arme, katholische Bauersleute in die USA strömten, waren Motive und Herkunft der Deutschen äußerst unterschiedlich. Zumal es schwierig ist von „den Deutschen“ zu reden, da es bis 1871 keinen deutschen Nationalstaat gab, sondern nur einen Flickenteppich verschiedener deutscher Territorialstaaten und Hansestädte.

Die ersten Deutschen, die in die USA auswanderten, waren Religionsflüchtlinge. 1683 erreichten 42 Deutsche mit der „Concord“ den Hafen von Philadelphia. Die Mennoniten und Quäker aus Krefeld nannten ihre erste Siedlung „Germantown“. Schon bald kamen neue Siedler aus Deutschland, die nun verschiedenen Religionsgemeinschaften angehörten. Zwar tolerierte man einander, doch das Gemeinschaftsgefühl untereinander war so schon von Beginn an eingeschränkt.

Emmerich vertritt nun den folgenden Erklärungsansatz: Die

Assimilierte statt Bindestrich-Amerikaner

Heterogenität der deutschen Einwanderer – die Religionsflüchtlinge, freiheitsliebende 1848er, Armutsflüchtlinge oder Abenteurer waren, deren alte Heimat Bayern, das Rheinland, Hamburg oder Schlesien war und die der Unterschicht, dem Handwerk, dem Unternehmertum und sogar dem Adel angehörten – war so groß, dass in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Zusammengehörigkeitsgefühl bröckelte. Während Zuwanderer aus anderen Ländern sogar stolz darauf waren, von den alteingesessenen US-Bürgern als Bindestrich-Amerikaner (Deutsch-Amerikaner, Italo-Amerikaner) beschimpft zu werden, die den USA angeblich schadeten, wollte vor allem die breite deutschstämmige Mittelschicht sich von den zumeist hungerleidendenden Bindestrich-Amerikanern absetzen. „Während des 19. Jahrhunderts waren über fünf Millionen Deutsche in die USA gekommen, so dass um 1900 etwa acht Millionen Deutsch-Amerikaner in den Vereinigten Staaten lebten. Davon waren 2,5 Millionen Angehörige der ersten Einwanderergeneration. Insgesamt machte der deutsche Anteil zehn Prozent an der Gesamtbevölkerung der USA aus. Trotz dieses hohen Anteils war der Zenit des deutsch-amerikanischen Lebens längst überschritten. Der große Strom der deutschen Einwanderer verebbte ab 1893 zusehends, da die Gründung des Deutschen Reichs im Frühjahr 1871 für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation sorgte ... Ohne neue Impulse durch weitere Einwandererströme versandete die deutsch-amerikanische Kultur allmählich. Bereits bestehende deutschsprachige Publikationen verzeichneten geringere Absatzzahlen, darüber hinaus wurden keine weiteren neuen Zeitungen und Zeitschriften mehr gegründet, die gedrukkte deutsche Sprache verschwand aus dem öffentlichen Leben, ebenso die gesprochene“, so Emmerich, der über das Leben des Deutsch-Amerikaners John Jacob Astor an der Universität Heidelberg promoviert hat.

„Lernt Englisch – Schnelle Methode zum Englisch-Lernen mit genauer Angabe der Aussprache“ von E.F. Stahlschmidt war eines jener deutschsprachigen Bücher die sich gut verkauften, aber gleichzeitig der deutschsprachigen Literatur in den USA den Todesstoß versetzten, denn je besser und öfter die Deutsch-Amerikaner Englisch sprachen, desto

Deutschsprachige Englisch-Lehrbücher verkauften sich gut

weniger sprachen sie Deutsch. Nicht von ungefähr gilt die Sprache eines Landes als Schlüssel zur gelungenen Integration.

Leider ist das Kapitel der Deutschen in den USA inzwischen nur noch für Historiker und Ahnenforscher von Interesse. Ortsnamen wie Dresden, Berlin und New Minden zeugen von der deutschen Siedlungsgeschichte. Wobei beim Blick auf die Landkarte auffällt, dass sich die deutschen Einwanderer vor allem im Norden ansiedelten. Der Süden der USA stieß die vor allem auf der Suche nach Freiheit ausgewanderten Deutschen ab, da dort der Besitz von Sklaven bis zum Ende des Krieges zwischen den Vereinigten und den Konföderierten Staaten von Amerika 1865 erlaubt war. Nur wenige offizielle Veranstaltungen wie die Steuben-Parade oder Erinnerungsfeiern an die lange vergessene Schiffskatastrophe auf dem New Yorker East River von 1904, bei der fast 1000 Bewohner von Little Germany ums Leben kamen, erinnern an die deutsche Vergangenheit der USA. Jedoch werden Namen wie Henry John Heinz (Ketchup), Wilhelm Böing (Flugzeuge), Löb „Levi“ Strauss (Jeans), Johann Peter Rockefeller (Milliardär), Margarethe Meyer-Schurz (Gründerin des ersten US-Kindergartens), Carl Schurz (US-Innenminister), Henry Kissinger (US-Außenminister) und Herbert C. Hoover (US-Präsident) stets für die Leistungen Deutscher in den USA stehen. *Rebecca Bellano*

***Alexander Emmerich: „Die Geschichte der Deutschen in Amerika – Von 1680 bis zur Gegenwart“**, Fackelträger, Köln 2010, gebunden, 240 Seiten, 29,95 Euro*

Hindenburgs vorletzte Ruhestätte

Über ein Jahr nach seinem Tod wurde der Reichspräsident und Generalfeldmarschall im Tannenbergdenkmal beigesetzt

Kein Name ist stärker mit der Tannenbergschlacht von 1914 verbunden als jener Paul von Hindenburgs. Vor 75 Jahren wurde der verstorbene Reichspräsident und Generalfeldmarschall am Ort seines größten Sieges beigesetzt.

Eigentlich hatte Hindenburg den Wunsch geäußert, in Neudeck, wo er ein Gut besaß und auch gestorben ist, an der Seite seiner Ehefrau bestattet zu werden. Bereits zwei Tage nach dem Tod Hindenburgs, am 4. August 1934, vermeldete jedoch das Deutsche Nachrichtenbüro, dass Adolf Hitler „im Einvernehmen mit der Familie von Hindenburg" die Beisetzung im Tannenbergdenkmal angeordnet habe. Als Grablegung Hindenburgs war das Denkmal jedoch nicht ausgelegt und so wurden umfangreiche bauliche Veränderungen vorgenommen. Bis zu deren Ende wurden die sterblichen Überreste des Staatsoberhauptes nach einer aufwendigen Trauerfeier am 7. August 1934 im Turm 2 des Denkmals zwischengelagert.

Acht Türme besaß das analog zum Castel del Monte Kaiser Friedrichs II. achtseitige Denkmal, in der Mitte jeder Seite einer. Turm 1 diente als Eingang, der gegenüberliegende Turm 5 als Ausgang. Zwischen ihnen befand sich im Zentrum des gleichseitigen Achtecks ein Grabhügel mit den sterblichen Überresten von 20 unbekannten Soldaten, von dessen Mitte ein Kreuz aufragte.

Ruhestätte für ein Jahrzehnt: Das Tannenbergdenkmal am Tage der Beisetzung Hindenburgs Bild: Archiv

Der Umbau zu Hindenburgs vermeintlich letzter Ruhestätte bestand nun vornehmlich darin, mit dem Grabhügel und dem Kreuz das bisherige Denkmalszentrum zu entfernen und den bisherigen Ausgangsturm 5 zum Gruftturm und neuen Zentrum der Anlage auszubauen. Um den Zugang zur Gruft zu erleichtern, wurde das Niveau des von den acht Seiten begrenzten Innenhofes abgesenkt.

Am 2. Oktober 1935, dem 88. Geburtstag Hindenburgs, war es dann so weit, er wurde mit allen Ehren in der Gruft beigesetzt. Wie schon bei der Trauerfeier über ein Jahr zuvor waren Posten auf den offenen Umgängen des Denkmals aufgestellt, die das Gewehr präsentierten. Ein Feldbischof predigte und weihte anschließend die Gruft ein. Unter den Klängen der Nationalhymne wurden die zuvor vor dem Eingang aufgereihten Fahnen der Hindenburg-Regimenter in die Gruft hineingetragen. Dem Horst-Wessel-Lied und dem Parademarsch des 3. Garde-Regiments zu Fuß, in dem der Verstorbene seine militärische Laufbahn einst begonnen hatte, folgten 21 Schuss Ehrensalut von Batterien, die um das Denkmal Stellung bezogen hatten. Währenddessen wurde der mit der Reichskriegsflagge des Kaiserreiches sowie dem Helm und dem Säbel Hindenburgs geschmückte Sarg von Offizieren der Reichswehr in die Gruft getragen. Den Abschluss der Feierlichkeiten bildete das Lied „Der gute Kamerad". Hitler, der an der Veranstaltung ebenso wie Generalfeldmarschall August von Mackensen teilnahm, erhob noch am selben Tag das Tannenberg-Nationaldenkmal zum Reichsehrenmal. Hindenburgs Bestattungswunsch fand insoweit Erfüllung, als seine Ehefrau Gertrud neben ihm bestattet wurde.

Wenn man die Gruft betrat, passierte man als erstes zwei überlebensgroße Wachsoldaten, die der Bildhauer Paul Bronisch aus Stein gemeißelt hatte. Von einem tonnengewölbten, querrechteckigen Raum aus Granit konnte der Besucher dann durch ein Eisengitter in den eigentlichen Gruftraum mit den von Otto Hitzberger geschaffenen beiden Sarkophagen des Ehepaares Hindenburg schauen.

Der Gruftvorhalle schloss sich zu beiden Seiten je ein ebenfalls tonnengewölbter Raum an. Bei beiden stand in einer Seitenwandnische ein mit einem liegenden Soldaten geschmückter Sarkophag. Wie bei den Wachsoldaten am Grufteingang handelte es sich auch bei diesen beiden von Bernhard Bleeker geschaffenen Kriegern um einen alten und einen jungen Mann. Hinter der jeweiligen Wand war je die Hälfte der 20 unbekannten Soldaten beigesetzt, die ursprünglich im Zentrum des Denkmals unter dem Kreuz gelegen hatten. Das Kreuz schmückte nun die dem Innenhof zugewandte Wand des Turmes 5 und hob ihn damit zusätzlich aus dem Kreis der acht hervor.

Eroberer vollendeten deutsches Werk

Am Ende der Soldatengrabgewölbe führte je eine Treppe zu der oberhalb der Gruft liegenden Hindenburgehrenhalle. Sie wurde beherrscht von einer 3,7 Meter hohen Hindenburgstatue Friedrich Bagdons' aus Porphyr, die ihren rückwärtigen Abschluss bildete. Diese Ehrenhalle, die außer über die Soldatengrabgewölbe auch direkt vom Denkmalsinnenhof aus über mehrere Stufen erreicht werden konnte, bildete mit ihrer überlebensgroßen Hindenburgdarstellung neben der Gruft den zweiten inszenatorischen Höhepunkt des umgebauten Tannenbergdenkmals.

Analog zur zwölfjährigen Dauer des angeblich Tausendjährigen Reiches stand auch die Existenz der vermeintlich letzten Ruhestätte des Siegers von Tannenberg in einem geradezu grotesken Verhältnis zu ihrer Monumentalität. Scheinbar für die Ewigkeit gebaut, bestand das Tannenbergdenkmal nach seinem Umbau gerade einmal ein Jahrzehnt. Um eine Schändung des Reichsehrenmales durch den vorrückenden Feind zu vermeiden, wurde die Anlage gegen Kriegsende von den Streitkräften des Reiches zerstört, dessen Ehrenmal sie war. Groteskerweise hatten die Eroberer das selbe Ziel. Sie setzten das Zerstörungswerk fort. Was die Pioniere der Wehrmacht in der Eile des Rückzugs nicht hatten zerstören können, demontierten nun die Besatzer.

Als das Tannenbergdenkmal beziehungsweise deren Ruine in die Hände der Roten Armee fiel, war es schon nicht mehr Hindenburgs Ruhestätte. Rechtzeitig waren die beiden Särge den Sarkophagen entnommen worden. Über verschlungene Wege führte ihre Odyssee ins westdeutsche Marburg. Dort haben Paul und Gertrud in der Elisabethkirche ihre (bislang) letzte Ruhestätte gefunden. *Manuel Ruoff*

Von Mitschwestern kennen wir ihr grausames Ende

Das Martyrium von 14 ostpreußischen Katharinenschwestern im Jahre 1945 – *PAZ*-Serie über ostpreußische Märtyrer (Teil 7)

Was Augenzeugen vom Einmarsch der Roten Armee 1945 in Ostpreußen berichten, liest sich wie ein grausamer Roman. Doch nicht die Fiktionen eines Schriftstellers, sondern reale und bittere Schicksale liegen den Berichten zu Grunde. Beispielsweise die Ermordung von 14 Schwestern des angesehen Ordens der Heiligen Katharina im Jahr 1945. Sie erlitten in Allenstein, Heilsberg, Rastenburg Wormditt, Schneidemühl oder (als Verschleppte) in der UdSSR das Martyrium.

Die Katharinenschwestern wirkten bis zu ihrer Vertreibung 1945 rund 350 Jahre segensreich in ganz Ostpreußen. Bei der Großoffensive der Roten Armee wurden nicht wenige von ihnen aufgespürt, gefangengenommen oder unsittlich bedroht. Wer von den Schwestern sich weigerte, die vor Gott gelobte Jungfräulichkeit aufzugeben, sah sich oftmals direkt dem Tod ausgeliefert.

Vom Leiden der 14 Katharinerinnen, von denen vier hier besonders vorgestellt werden, weiß die Nachwelt aus den Berichten der überlebenden Schwestern, niedergeschrieben nach ihrer Flucht in den Westen. Schwester M. Christophora Klomfaß, geboren 1903, ist eine der 14 Märtyrerinnen. Sie arbeitete sieben Jahre lang bis 1945 als Operationsschwester am St.-Marien-Krankenhaus in Allenstein, beliebt bei ihren Mitschwestern und Schülerinnen durch ihr freundliches Wesen und ihre wohlklingende Gesangsstimme. Mitte Januar, als der Donner der Geschütze bereits näherrückte, blieb Schwester Christophora als eine der letzten Schwestern im Marien-Krankenhaus. Da der versprochene Zug zum Abtransport der Kranken am Vortage nicht gekommen war, suchten Schwestern und Angestellte zusammen mit den vier letzten Kranken Zuflucht im Bunker des Hauses. Am Morgen des 22. Januar kamen russische Soldaten in den Bunker und nahmen den Schwestern zunächst ihre Uhren ab.

Um 15 Uhr rückte eine „große Horde Russen" an, wie es in einem Bericht heißt. Darunter ein großer und starker Mann mit hasserfülltem Gesichtsausdruck. Er entdeckte Schwester Christophora in einer hinteren Ecke des Bunkers und bemächtigte sich ihrer. Trotz größter Anstrengung gelang es ihr nicht, dem Mann zu entkommen. Wohl eine Stunde wehrte sie sich tapfer gegen ihn, dann wurden ihre Hilferufe schwach und schwächer. Schließlich fand man sie tot auf. Blutverschmiert von Schlägen mit einem Gewehrkolben, mit einem Dolch in der Brust und entkleidet auf einem Stuhl sitzend, entdeckten sie die schockierten Mitschwestern.

Drei weitere Schwestern, darunter die 65-jährige Oberin der Heilsberger Niederlassung des Katharinenordens, Schwester Sabinella Angrick, erlitten ähnliche Schicksale. Am Abend des 1. Februar 1945, am Vorabend des katholischen Feiertags „Maria Lichtmeß", drang die Schreckensmeldung ins Kloster: „Die Russen sind in Heilsberg einmarschiert." Schon viele Tage zuvor hatten die Ordensfrauen wegen des dauernden Beschusses der Stadt im Luftschutzkeller verbracht. Die Schwestern beratschlagten mit der Oberin, was zu tun sei und beschlossen im großen Kloster ihrer Kongregation Zuflucht zu suchen. Dort herrschte bereits Hochbetrieb. Hunderte von Flüchtlingen hatten sich versammelt. Während viele Schwestern vor dem Allerheiligsten die Hilfe des Höchsten erflehten, hieß es plötzlich: „Die Russen sind in das Haus eingedrungen!"

Sie wollten den Patienten beistehen

Eine Gruppe höherer Offiziere nahm das Gastzimmer in Beschlag und forderte gutes Essen und Wein, was sie sofort erhielten. Andere Soldaten durchsuchten das ganze Haus und kommandierten die Ordensfrauen aus ihren Zimmern heraus. Die Oberin Sabinella erhielt den Befehl, in ihr Schlafzimmer zu gehen. Ein Russe trat wenig später ein, riss ihr den Schleier vom Kopf und wollte sie vergewaltigen. Die Oberin wehrte sich und zeigte auch keine Angst, als der Russe ihr sein Gewehr auf die Brust setzte. Schließlich ließ er sie frei, als eine mutige Mitschwester die Tür öffnete und fragte, was los sei.

Doch im Refektorium, dem Speisesaal der Schwestern, ging der Terror wenig später weiter. Ein russischer Oberst erschien mit einer Schar Soldaten, fuchtelte mit seinem Revolver herum, riss den Schwestern Schleier und Kragen ab und schalt sie „Weiber der SS-Männer". Wütend blickte er die Nonnen an und schoss unvermittelt auf Schwester Aniceta Skibowski, eine 63-jährige Ordensfrau. Sie sank, getroffen von einem Bauchschuss, zu Boden. Als daraufhin eine Mitschwester, Gebharda Schröter, neben der tödlich Getroffenen niederkniete, um ihr die Sterbegebete vorzusprechen, empörte das den Oberst so sehr, dass er auch auf sie schoss. Schwester Gebharda starb, mitten im Herz getroffen, ohne noch ein Wort sagen zu können.

Während die anderen Katharinerinnen glaubten, nun habe auch ihre letzte irdische Stunde geschlagen, blieben sie zunächst unbehelligt. Soldaten tasteten sie nach Waffen ab, während andere die beiden Leichen untersuchten. Nach einiger Zeit kam der Oberst jedoch wieder, zielte diesmal ohne Umschweife auf die Schläfe der Oberin Sabinella und drückte ab. Blutüberströmt sank die Getroffene vom Stuhl. Während der dreifache Mörder das Zimmer verließ, gab ein anderer Russe den Schwestern heimlich einen Wink und forderte sie auf, schnell zu fliehen. Auf dem Trockenboden eines Hinterhauses fanden die schockierten Schwestern ein sicheres Versteck. Dort harrten sie halberfroren bis zum Morgengrauen aus. Erst dann trauten sie sich zurück ins Refektorium, um die drei Leichen zu bergen und sie notdürftig im Freien unter einer Veranda zu lagern. Mit 13 weiteren Flüchtlingen, die im Kloster Schutz gesucht und willkürlich erschossen worden waren, fanden sie später in einem Massengrab auf dem alten Friedhof ihre letzte Ruhe. In ähnlicher Weise starben zehn weitere Katharinenschwestern, die den Kranken und Verwundeten beistehen wollten und daher nicht die Gelegenheit zu einer rechtzeitigen Flucht nutzten. *Hinrich E. Bues*

Nach „Zeugen für Christus – Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts", herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz, 4., vermehrte und aktualisierte Auflage, Paderborn 2006.

Die Gründerin und die Namensgeberin des Ordens

Die Gründerin des Katharinenordens, die 1999 von Papst Johannes Paul II. selig gesprochene Regina Protmann, verließ 1571 als 19-jährige Bürgerstochter ihr wohlhabendes Elternhaus in Braunsberg. Das galt in ihrer Umgebung als „neu und unerhört", wie ihr Biograph vermerkte. Doch nicht jugendliche Selbstverwirklichung oder eigene Freiheitsbedürfnisse standen der jungen Frau vor Augen, sondern die von 1571 bis 1577 in Ostpreußen wütende Pest. Regina wollte den Kranken in christlicher Nächstenliebe helfen.

Als leuchtendes Vorbild galt der jungen Regina die Heilige Katharina von Alexandrien, eine junge und intelligente Schönheit, die sich als geweihte Jungfrau Christus versprochen hatte. Der christlichen Überlieferung nach war Katharina eine Königstochter aus Zypern, die um 300 n. Chr. im ägyptischen Alexandrien lebte und von einem Eremiten zum Glauben geführt wurde. Sie erlitt wohl Anfang des 4. Jahrhunderts unter Kaiser Maximian oder dessen Sohn Maxentius das Martyrium. Als Patronin der Braunsberger Stadtkirche und eine der sogenannten Vierzehn Nothelfer (Gruppe von 14 Christen aus dem zweiten bis vierten Jahrhundert, die nach der sogenannten „Regensburger Normalreihe" aus drei weiblichen und elf männlichen Personen besteht, wobei bis auf eine alle als Märtyrer starben) wurde und wird sie verehrt.

Auch das berühmte Katharinenkloster auf dem Berg Sinai, wo ihre Gebeine begraben sind, ist nach ihr benannt. Wie die Gründerin und Patronin des Ordens gelobten auch die Katharinenschwestern ein Leben nach den drei Evangelischen Räten (Keuschheit, Armut und Gehorsam). Ihre beruflichen Aufgaben fanden die Schwestern in der Krankenpflege und im Unterricht junger Mädchen. *H.J.B.*

Bartoszewski: Steinbach war noch moderat

Zu: „Schuss vor den Bug“ (Nr. 37)

Denkunwillig, wie sie nun einmal sind, dreschen die „politisch korrekten“ Gutmenschen wieder einmal auf Frau Steinbach ein. Dabei hat sie sich, nach dem was sich Herr Bartoszewski im Streit um den Sitz im Stiftungsrat des Zentrums gegen Vertreibungen geleistet hat, noch sehr moderat geäußert. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie Herr Bartoszewski in einem Fernsehinterview mit ekelverzerrtem Gesicht über Frau Steinbach sprach und sich schüttelte, als wolle er gleich kotzen. Dass es einem solchen Charakter um Versöhnung geht, nehme ich ihm nicht ab. Diese Szene hat unser gleichgeschaltetes „politisch korrektes“ Fernsehen natürlich nicht eingeblendet, wohl aber den aus dem Zusammenhang gerissenen Satz der Frau Steinbach. Von einer Entschuldigung für diese Entgleisung war nie etwas zu hören. Ich erinnere mich auch an eine Rede des Herrn Bartoszewski, in der er mit erhobenem Zeigefinger mahnte, man müsse die Wahrheit suchen. Ein Politiker seines Alters und seiner Stellung kennt die Wahrheit um die Vorgänge, die zum Ausbruch des Krieges führten, gewiss, die braucht er nicht lange zu suchen. Aber warum spricht er sie dann nicht aus? Aus gutem (bösem!) Grund bleiben viele Archive der Alliierten der Geschichtsforschung verschlossen. **Wolfgang Hoffmann, Buchholz**

So lange wir noch die Mehrheit stellen ...

Zu: Charta der Heimatvertriebenen

Die Verkündung der Charta war eine vorbildliche Tat. Im Nachhinein betrachtet erwies sie sich jedoch als Fehler. Die Unterzeichner konnten damals nicht ahnen, dass unser Volk in so kurzer Zeit dermaßen entwurzelt. Entwurzelt nenne ich ein Volk, das sich durch sein Verhalten selber die Zukunft raubt. Wir hätten allen Grund, auf die in Jahrhunderten erbrachten Leistungen stolz zu sein, die dem Wohl der ganzen Menschheit dienten. Stattdessen erniedrigen wir uns, sind dabei, die übernommene Kultur des Christlichen Abendlandes zu zerstören und leugnen die geschichtliche Wahrheit, eine Grundlage der dauerhaften Freundschaft.

Es ist an der Zeit, unseren heutigen, undemokratischen Parteienstaat in eine wahre Demokratie zu wandeln und damit auch der Verschärfung einer ansonsten eines Tages nicht mehr beherrschbaren Radikalisierung vorzubeugen. Das setzt unter anderem in der Parteienlandschaft neben einem vorhandenen linken auch einen rechten Flügel voraus. Die CDU hat lange genug unter Beweis gestellt, dass sie dazu nicht in der Lage ist.

Um von deutscher Substanz noch etwas zu retten, bedarf es schnellstens einer demokratisch-konservativen Partei im Bundestag. Es gibt genügend Ansätze. Ein Zusammenschluss ist der Pflicht.

Dr. Horst Hüttenbach, Bonn

Fauler Kuhhandel

Zu: „Böse Kratzer“ (Nr. 37)

Womit ist Thilo Sarrazin unter Druck gesetzt worden, sich auf diesen Kuhhandel mit dem Bundespräsidialamt einzulassen? Die höhere Rente dürfte kaum den Ausschlag gegeben haben.

Es ist etwas faul im Staate Deutschland ... Die CDU kann sich dank Frau Merkel und Herrn Wulff darauf einstellen, vom Wähler bei der nächsten Bundestagswahl die Quittung zu bekommen. **Margrit Ruppenstein, Norderstedt**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Von der Partei enttäuscht: Erika Steinbach war kurz davor, die CDU zu verlassen. Bild: pa

Verhöhnung der Opfer

Zu: „Schuss vor den Bug“ (Nr. 37)

Aus aktuellem Anlass kann man mit Schopenhauer sagen „die Geschichte ist infiziert mit Lügen wie eine Straßendirne mit der Syphilis“ oder, wie Dàvila richtig feststellt: Die Moderne ist die Kloake unter freiem Himmel. Der Schlüssel zur Glückseligkeit ist, wenn man den Unrat der Parallelgesellschaft aus Politik und Medien nicht an sich heranlässt.

Das Zentrum gegen Vertreibungen ist eine einzige Ohrfeige für die Vertriebenen und eine Verhöhnung der Opfer. Frau Steinbach als (preußische?) Offizierstochter wie auch der Bund der Vertriebenen (BdV) sollten den Spruch auf dem Grabmal von von der Marwitz beherzigen: Er wählte Ungehorsam, wo Gehorsam nicht zur Ehre gereichte.

Es hat keinen Zweck, sich mit Schmuddelkindern einzulassen. Das Ressentiment sitzt bei diesen Leuten tief.

Es waren der preußische Adel und die Großgrundbesitzer, die früher im Reichstag saßen. Da hätte die Masse der heutigen Parlamentsmitglieder keine Chance gehabt! Aber die Zeiten ändern sich auch einmal.

Irgendwann wacht das Deutsche Volk auf und wird der an ihm begangenen Verbrechen würdevoll gedenken. Vertreibungen finden ja nach wie vor statt: Auf Betreiben der USA und der EU werden in Europa gerade die „kleinen Leute“ heimatlos gemacht, da sie durch forcierten Zuzug fremder, nicht integrierbarer Völker und Kulturen aus ihren Dörfern und Stadtvierteln vertrieben werden. Ein lohnendes Thema für das Zentrum gegen Vertreibungen.

Karin Khemlyani-Albrecht, Bendestorf

Mein Ökostrom ist günstiger als Atomstrom

Zu: „Die absurde Atomsteuer zahlt der Stromkunde“ (Nr. 34)

Zu dem Gastbeitrag von Dr. Karl Peter Krause habe ich das unbedingte Bedürfnis, mich kritisch zu äußern. Herr Krause schrieb in der Ausgabe vom billigen Atom- und teuren Ökostrom. Meine private Stromrechnung sagt genau das Gegenteil aus. Am 1. Mai diesen Jahres wechselte ich von meinem Grundversorger Eon-Avacon zu Greenpeace Energy, weil der angeblich billige Atomstrom eben teurer ist als der „Preistreiber Ökostrom“ von Greenpeace. Hier die Zahlen, die jeder nachprüfen kann: Eon-Avacon in Sachsen-Anhalt lässt sich eine Kilowattstunde zurzeit mit 25 Cent bezahlen und Greenpeace Energy mit 23,6 Cent. Außerdem sehr aufschlussreich ist, dass Greenpeace Energy seit deren Gründung vor zehn Jahren die Preise von netto 15,4 Cent auf aktuell 19,83 Cent (+29 Prozent) erhöht hat und Eon-Avacon im selben Zeitraum von netto 13,29 Cent auf 21 Cent (+58 Prozent). Laut meiner letzten Eon-Rechnung besteht deren Strom aus 32,8 Prozent Kernkraft, 46 Prozent fossile Energieträger und 21,2 Prozent erneuerbare Energie. Wenn Ökostrom in den letzten zehn Jahren um 29 Prozent teurer wurde, dieser Anteil bei Eon gerade mal 21,2 Prozent beträgt und fast ein Drittel des Stroms mit „billiger“ Kernkraft erzeugt wird, warum haben die den Preis dann um satte 58 Prozent erhöht? Entweder weil Atom- und/oder fossile Energie mittlerweile teuer geworden sind als erneuerbare Energien, oder weil die „vier Großen“ ihre Kunden unter dem Deckmantel des angeblich preistreibenden Ökostroms abzocken. Beides ist nicht akzeptabel.

Andreas Gospodarek, Hohengrieben/Altmark

Gen-Tests in Israel bereits seit 1998 bekannt

Zu: „Front gegen das Volk“ (Nr. 35)

Als freiheitlich gesinnter Mensch, der das Grundgesetz, besonders Artikel 5, 9 und 10 (Freiheit der Meinung in Wort und Schrift) beachtet, fand ich es sehr gut, dass sowohl die SPD-Oberen als auch die CDU-Kontrahenten sich als Maulkorb-Apostel in der Bundesrepublik outen, indem sie einem Bundesbürger den Paragraphen 5 nicht zuerkennen wollen (Sarrazin).

Das honoriert natürlich der das Grundgesetz achtende Bürger und wird zumindest diese beiden Parteien mit weiter anhaltendem Wählerstimmenverlust belohnen. Der Herr Sarrazin hätte also nach Meinung dieser Herren und Damen nicht sagen dürfen, dass einige Volksgruppen ein Gen besitzen, das sie von anderen Gruppen unterscheidet; abgesehen davon, dass es seine Meinung war, hat er sogar recht (auch wenn jetzt die Wölfe aufheulen)!

Er kriegt die Richtigkeit seiner Aussage bestätigt von einer Seite, die er am wenigsten vermutet hätte: In Israel wird von Gerichten bei Einwanderung von jüdischen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion gefordert, dass sie durch einen Gen-Test nachweisen, dass sie der jüdischen Rasse angehören um als Israelis anerkannt zu werden. Das glauben Sie nicht? Dann fragen Sie mal im israelischen Innenministerium in dieser Sache nach. Die Nachrichtenagentur „Associated Press“ hat das nämlich schon am 2. Juli 1998 getan und es bestätigt bekommen. **Bert Jordan, Landstuhl**

***Anmerk. d. Redaktion:** Da die von Leser Jordan erwähnte AP-Meldung nur in bestimmten Internetforen zitiert wird, hat die PAZ bei der Presseagentur AP nachgefragt. Sie bestätigte die Echtheit der Meldung vom 2. Juli 1998.*

Ablehnung der christlichen Welt

Zu: „Von Muslimen kein Wort“ (Nr. 37)

Der sogenannte Integrationsbericht belegt dankenswerterweise die Verblendung und Unbelehrbarkeit der politischen Klasse. Ums Verrecken wird nicht zugegeben, dass viele Muslime die christlich geprägte Welt mit ihren „Schweinefleischfressern“ und „Christenhuren“ wegen ihrer aggressiven Polit-Religion ablehnen.

Johannes von Bieberstein, Bramsche

Kaum einer schützte die Meinungsfreiheit

Zu: „Schuss vor den Bug“ (Nr. 37)

Ich selbst bin zwar kein Vertriebener, aber es ist mehr als beschämend, wie man mit Frau Steinbach umgeht, die lediglich die Interessen der Vertriebenen mit den entsprechenden Folgerungen vertritt. Ob vorgenannte oder Herr Sarrazin: Beide werden von einzelnen Politikern niedergemacht in einer Art und Weise, die mehr als menschenunwürdig ist. Unberücksichtigt aber bleibt, dass diejenigen selbst in einem Glashaus sitzen und schon einiges auf dem „Kerbholz“ haben, was nach Möglichkeit gar nicht an die Öffentlichkeit kommen soll. Keiner hat Zivilcourage genug, sich nur annähernd schützend für die im Grundgesetz festgelegten Prinzipien der Meinungsfreiheit einzusetzen.

Für die Zukunft ist davon auszugehen, dass das Grundgesetz ignoriert wird und im Ersatz dann festgelegt wird, „stimmst du nicht ein oder willst du nicht mein Bruder sein, dann schlage ich dir den ... ein“. **Karlheinz Mayer, Landstuhl**

Unsere Politiker merken doch nichts mehr – Sarrazin nur »Sahnehäubchen«

Zu: „Die Staatsaffäre“ (Nr. 36)

Nicht, dass man in den letzten Monaten und Jahren Grund gehabt hätte, die politische Kaste (nicht „Klasse“, weil das Wort „Klasse“ eine gewisse Wertschätzung beinhaltet) zu bewundern, nein, das Gegenteil war der Fall. Aber jetzt sind wir an einem „point of no return“ angelangt, weil keines der Probleme einer Lösung auch nur nahegebracht wird, aber jetzt auch noch die Meinungsfreiheit zertreten wird. Den Problemen ist die bundesdeutsche Politik schon immer nur hinterhergerannt. Weder hat Helmut Kohl die Wiedervereinigung voraussehend vorbereiten können, noch haben die Politiker den Finanzcrash auch nur geahnt. Schwarz-Gelb hatte eine riesenhafte Chance, die sie riesenhaft vertan hat. Für die nötigen längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke gab es monatelang eine Mehrheit im Bundesrat und Bundestag, aber nein, man verschlief die Chance, bis NRW als Stimmgeber ausfiel. Jetzt wird „repariert“, soweit dies möglich ist. Das Sahnehäubchen an Dusseligkeit, die man durch brutale Repression kaschieren möchte, ist aber der Umgang sowohl mit der Richterin Kirsten Heisig wie mit Thilo Sarrazin, der, weil er von den Politikern einschließlich Frau Merkel „verraten“ wird, Personenschutz braucht. Professor Kirchhof wurde „nur“ fallen gelassen. Frau Heisig hatte unter der Tatenlosigkeit der Polit-Kaste gelitten und hat sich das Leben genommen. Ihr Buch war auch „Bestseller“. An Eva Herrmann muss auch erinnert werden.

Herr Sarrazin, weil er sich eben doch Gehör verschafft hat, wird nun quasi geschlachtet, und mit ihm die Meinungsfreiheit. Es ist doch doppelt blödsinnig, sein Buch zu verdammen, wenn man es noch gar nicht gelesen hat, und dann auch noch zu posaunen, dass man, wenn man ein öffentliches Amt hat, auf Wahrheiten nicht aufmerksam machen darf. Ja, wenn man sich erst in den Pfuhl der Bedeutungslosigkeit begeben muss, um seine Meinung frei äußern zu dürfen, dann haben wir DDR-Verhältnisse. Leserbriefe zu Tausenden, die Herrn Sarrazin positiv beurteilen, werden nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen treten Leute, denen dies aufgrund ihrer Vorgeschichte gar nicht zusteht, als Groß-Inquisitoren auf.

Man sollte beim Thema „Migranten“ auch mal darauf aufmerksam machen, dass sich in Ländern wie Pakistan die Bevölkerung seit 1950 vervierfacht hat. Kein Land hält das aus, mit und ohne Katastrophen nicht. (Ich habe Geld gespendet, aber da löst das Problem der Überbevölkerung nicht, auch nicht das der Korruption.) Migranten sind per primam bedauernswerte Leute, aber das, was die Politiker an Schulschwänzerei, an kriminellen Karrieren über mehrere Generationen durchgehen lassen, ist katastrophal. Dass schon lange Zeit seitens des Staates gelangweilt zugeguckt wird, wenn ein Teil unserer Jugend in der Gosse verkommt, dass man Kirgisistan um Hilfe bittet, wenn man mit nötigen Erziehungsmaßnahmen scheitert, ist schon schlimm genug. Wir haben früher den erzieherischen Faktor der Arbeit fast spielend kennen gelernt, als wir nach dem Krieg „Kartoffelferien“ hatten, also mit auf die Felder mussten, um Ernte mangels Gerät mit körperlicher Arbeit einzubringen. Das würde heute als inakzeptabel bis rechtsradikal eingeordnet. Arbeitseinsatz in vernünftigem Rahmen wäre kriminellen Karrieren aber durchaus abträglich. Nichts dergleichen wird bei Jugendstrafkammern auch nur überlegt. Dass ich neulich auf einem Polizei-Auto in Esslingen gesehen habe, dass 800 Ausbildungsstellen bei der Polizei angeboten werden, lässt tief blicken.

Über die populistische SPD, die inkonsequent aufbrausenden Grünen, die entgleiste FDP will ich nicht schreiben. Nur so viel: Die sogenannten etablierten Parteien haben ausgedient. Die total verfahrene Situation zum Bahnhof Stuttgart als super-ungeschickte Maßnahme, die Entsendung des unsäglichen Herrn Oettinger, der nie hätte Ministerpräsident von Baden-Württemberg werden dürfen, nach Brüssel und viele andere Beispiele dieser Art, zeigen, dass die Krankheit der Parteien überall anzutreffen ist. Meine Stimme, unwichtig genug, weil man mit 20 Prozent Wahlbeteiligung oder weniger, auch zufrieden wäre, bekommen die sogenannten etablierten Parteien bei Wahlen ganz sicher nicht mehr. Das war einmal, und da müsste viel Positives passieren, bis ich meine Meinung ändere. **Dr. Hans-Wolfgang Pollack, Schramberg**

Schade Steinbach!

Zu: „Schuss vor den Bug“ (Nr. 37)

Wenn Frau Steinbach ein Fünkchen Ehre hätte, würde sie sich parteiunabhängig machen. Zu oft wurde sie schon getreten. Und wird es wieder werden. Letztlich ist sie eben auch nur ein Parteinik.

Andreas Walter, Dittelsdorf

Kein Vorbild

Zu: „Von Muslimen kein Wort“ (Nr. 37)

Es ist nicht Schuld der Muslime, dass sie sich in unserem Lande fordernd breit machen können, es ist die Schuld der „BRD“-Politiker und des verblödeten, unerzogenen und umerzogenen deutschen Volkes, das Ausländern kein Vorbild bieten kann. Die Deutschen bilden kein intellektuelles, geistiges, kulturelles, christliches Bollwerk, somit „schaffen sie sich selbst ab“.

Barbara Berger, Dortmund

Das Ostpreußenblatt

Nr. 39 – 2. Oktober 2010

MELDUNGEN

Ausbau von Wasserstraßen

Tilsit – Der Bau des Atomkraftwerkes Baltiski ist für das Verkehrsnetz im Königsberger Gebiet eine Herausforderung. Dabei kommt den Wasserstraßen eine besondere Bedeutung zu, weil für die riesigen Mengen an Baustoffen und Ausrüstungen der Schiffstransport am wirtschaftlichsten ist. Dieses Thema war Gegenstand eines Forums, zu welchem der Chef der Königsberger Transportverwaltung Wladimir Grenz eingeladen hatte. Ein Schwerpunkt war die Frage, wie die Route Königsberg–Tilsit über den Pregel, die Deime und den Großen Friedrichsgraben bis zur Memel für Schwerlasttransporte schiffbar gemacht werden kann. Vorrang haben dabei die Erweiterung des Schleusensystems im unteren Pregel, die Anpassung der Deimebrücken und der Ausbau des Tilsiter Hafens als Umschlagplatz. *H. Dz.*

BMW X 1 aus Königsberg

Königsberg – Das Königsberger Automobilwerk Avtotor startet diesen Monat mit der Produktion des BMW X 1. Bis Ende des Monats soll die kleinste Geländelimousine (SUV) der Bayerischen Motorenwerke dann bei den autorisierten Verkäufern der Gesellschaft BMW Group Russia erhältlich sein. *PAZ*

Weltspitze beim Verfall

Laut einer US-Zeitschrift ist Schloss Brandenburg das am meisten vom Verfall bedrohte Bauwerk Russlands

Die Aufnahme des ehemaligen Ordensschlosses Brandenburg in Russlands staatliche Liste der zu erhaltenden Architekturdenkmäler hat der Anlage bislang wenig genutzt. Nachdem auch die bekannte US-amerikanische Wirtschaftszeitschrift „Forbes Magazine“ auf den Verfall des Schlosses hingewiesen hat, sind neue Hoffnungen aufgekeimt.

Das ehemalige Ordensschloss Brandenburg befindet sich unweit des Dorfes Brandenburg (Uschakowo) auf dem Weg von Königsberg nach Heiligenbeil. Kürzlich erschien es auf einer Liste der am meisten vom Verfall

Viele Ordensschlösser sind bedroht

bedrohten Architekturdenkmäler der Russischen Föderation, die das „Forbes“-Magazin veröffentlicht hatte. Schloss Brandenburg steht sogar an erster Stelle neben sechs weiteren Objekten von kulturhistorischem Wert. Außer Brandenburg gelangten Gut Samojlow im Smolensker Gebiet, eine hölzerne Stadt in Tomsk, Gut Winogradow bei Moskau und die Fresken des berühmten mittelalterlichen Malers Andrej Rubljow in Wladimir und Zwenigorod sowie eine Küchenfabrik namens Maslennikowa in Samara auf diese Liste.

Schloss Brandenburg wurde unter der Leitung des Markgrafen Otto III. von Brandenburg in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts während des Kreuzzugs der Ritter des Deutschen Ordens als Bollwerk gegen die Prußen erbaut. Während der gesamten Geschichte des Ordens galt Schloss Brandenburg mit seiner beeindruckenden Größe als eine der wichtigsten Komtureien. Es hatte die Form eines großen Rechtecks von 65 auf 52 Metern. Ab 1322 wurde im Schloss eine wichtige Reliquie aufbewahrt: ein Fragment des Kreuzes Jesu.



Auf US-amerikanischen wie russischen Listen: Das ehemalige Ordensschloss Brandenburg Bild: Tschernyschew

Um das Schloss herum entstand bald ein Handwerker- und Fischerdorf. Im 16. und 17. Jahrhundert wurde daraus dank seiner Lage in der Nähe des Haffs und am Fluss eine größere Siedlung, an der belebte Wege vorbeiführten. Bald gab es in Brandenburg Jahrmärkte, aber das Dorf erhielt damit noch keinen Stadtstatus. Das Schloss wurde noch vor den Kriegshandlungen des 15. und 16. Jahrhunderts mehrfach zerstört. Danach begann sein Verfall. Während der heftigen Kämpfe im Zweiten Weltkrieg wurde das Ordensschloss stark beschädigt, und bis heute wurde es nicht restauriert. Nach dem Krieg lebten für einige Zeit russische Übersiedler in den noch erhaltenen Gebäuden, doch als sie ausgesiedelt wurden, wurden die Überreste des Schlosses und der Kirche aus dem 14. Jahrhundert am gegenüberliegenden Ufer des Flusses Frischung nach und nach geplündert, weil die Bewohner der umliegenden Dörfer die Steine der Ruinen als Baumaterial verwendeten. Heute befindet sich das Ordensschloss Brandenburg wie auch viele ähnliche Ruinen auf der staatlichen Liste der zu erhaltenden Architektur- und historischen Kulturdenkmäler, doch das allein sagt wenig über deren Zustand aus.

Viele ehemalige Ordensschlösser auf ostpreußischem Boden hätten es ebenfalls verdient, in die „Forbes“-Liste aufgenommen zu werden, zumal viele noch stärker zerstört sind als Schloss Brandenburg, beispielsweise Schloss Balga, Gerdauen, Fischhausen, Ragnit und viele andere. Doch nur Schloss Brandenburg fand Eingang auf die Liste der zu erhaltenden „russischen Kulturdenkmäler“. Bleibt zu hoffen, dass durch diese Veröffentlichung die Aufmerksamkeit von Regierung und Öffentlichkeit wieder einmal auf das Schicksal der Ordensschlösser gelenkt wird und dass die Verantwortlichen positiv über die Erhaltung dieser Zeugnisse der Geschichte entscheiden. *Jurij Tschernyschew*

Unlösbare Rätsel

Positive und negative demographische Daten aus Königsberg

Königsberg gibt unlösbare demographische Rätsel auf. Zum einen meldete es 2009 den „Rekord“ von 10 885 Neugeborenen, den höchsten Wert seit 18 Jahren. Zum anderen kommen aus Ostpreußens Hauptstadt „alarmierende Daten“ über einen Anstieg der Säuglingssterblichkeit von 6,1 Prozent (2008) auf 8,3 Prozent (2009). 2010 wird sie weiter steigen, zumal bereits jedes zehnte Neugeborene direkt aus dem Kreißsaal ins Krankenhaus muss.

Ins Krankenhaus kann, hieße es besser: Denn Königsberg gehört – im Verein mit Irkutsk, Twer und Sankt Petersburg – zu den vier Glücksstädten, in denen eine von 22 geplanten „regionalen Geburtskliniken“ arbeitet. Geplant sind weiterhin 17 „föderative Kliniken“. Aber das alles wecke nur „nutzlose Illusionen über wachsende Geburten- und fallende Sterblichkeitsraten“, so die harsche Kritik von Anatolij Wischnewskij, Chef des Moskauer demographischen Instituts. Ähnlich klingt es in demographischen Fachorganen: Kaum jemand glaubt den Projekten und Versprechungen, die Premier Wladimir Putin und Gesundheitsministerin Tatjana Golikowa verbreiten. Besonders ungläubig sind die Königsberger, wie jüngste Umfragen verraten. Jelena Kljujkowa, Gesundheitsministerin der Region Königsberg, und Dr. Iwan Martschuk von der regionalen Geburtenklinik kennen das Grundproblem: Erst eine relativ bessere Versorgung wie die von Königsberg offenbart die absolute Misere im ganzen Gesundheitswesen der Russischen Föderation.

Auch in Königsberg sprechen Laien und Fachleute vom „russischen Kreuz“, wenn sie die demographischen Abwärtstrends des Landes meinen. Der US-Ökonom

Moskau peilt für 2025 mexikanische Lebenserwartung an

Nicholas Eberstadt erforscht sie seit 40 Jahren und rechnete sie im September 2010 erneut vor: In den letzten 16 „Sowjetjahren“ gab es 36 Millionen Geburten und 24,6 Millionen Todesfälle. In den ersten 16 postsowjetischen Jahren waren es nur 22,3 Millionen Geburten, aber 34,7 Millionen Tote, das heißt, die Geburten gingen um 40 Prozent zurück, die Todesfälle stiegen um 40 Prozent! Die Russen sterben aus – von den gegenwärtig 142 Millionen werden, wenn es so weitergeht, 2025 noch 133 Millionen, 2050 117 Millionen verbleiben.

Königsberger haben eine für Russen hohe Lebenserwartung von 66,5 (2008) beziehungsweise 67,2 Jahren (2009). 2025 sollen es in ganz Russland 75 Jahre sein, ein Wert, wie er gegenwärtig in Mexiko besteht, von den USA und Westeuropa nicht zu reden. Für Russland ist dieser Wert fiktiv, da das Land erst ab 2012 die international gültigen demographischen Kriterien einführen will und bis dahin dem Selbstbetrug falscher Daten unterliegt. Sicher ist nur, dass die Russische Föderation alljährlich eineinhalb Millionen Menschen durch Trunksucht, Gewalt, Unfälle und so weiter verliert und dass Armut, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, zerrüttete Familien, eine hohe Zahl an Schwangerschaftsabbrüchen und so weiter die sonst noch passablen Geburtenziffern abstürzen lassen.

In der ganzen Russischen Föderation ist die Säuglingssterblichkeit zwei- bis dreimal höher als im übrigen Europa, mit 10,6 Todesfällen pro 1000 Geburten (nach eigenen Rechnungen 6,7) nimmt die Russische Föderation weltweit den 73. Platz ein. Eine gut geführte Geburtenklinik, wie die 2009 in Königsberg eröffnete, könnte Abhilfe schaffen und pro Jahr 650 bis 1700 Kinder retten. *Wolf Oschlies*

»Wiedersehen mit Tilsit«

Ausstellung mit Malerei, Graphik und Skulpturen Sebastian Holzners

Die engen Kontakte der Stadtgemeinschaft Tilsit mit dem Museum ihrer Heimatstadt tragen Früchte. Ein gemeinsames Anliegen besteht darin, das künstlerische Schaffen gebürtiger Tilsiter den heutigen Bewohnern der Stadt am Memelstrom nahezubringen. Nachdem bereits im Frühjahr eine Ausstellung von Graphiken des Tilsiters Armin Müller-Stahl auf großes Interesse des russischen Publikums stieß, wurde kürzlich zum diesjährigen Stadtfest eine neue Ausstellung eröffnet. Sie zeigt Werke aus dem Schaffen von Sebastian Holzner und steht unter dem Motto „Das langersehnte Wiedersehen mit Tilsit“.

Sebastian Holzner wurde 1940 in Tilsit geboren. Der Name Holzner war in Tilsit ein Begriff. Sein Vater betrieb eine renommierte Buchhandlung, bekannt als „Bücherstube am Hohen Tor“. Holzner, der heute in Eibelstedt bei Würzburg lebt, studierte an der Münchner Akademie für bildende Künste und kann auf ein reiches Schaffen zurückblicken. Nun, zu seinem 70. Geburtstag, bestand sein sehnlichster Wunsch darin, die Ergebnisse seines Wirkens in seiner Geburtsstadt zu präsentieren. Die Stadtgemeinschaft Tilsit und auch die Landsmannschaft Ostpreußen unterstützten sein Projekt ideell und finanziell.

An die 80 Arbeiten der Malerei und Graphik sowie vor allem Skulpturen stellt der Künstler nun im Tilsiter Stadtgeschichtlichen Museum vor. In seinen Plastiken spürt man, wie Holzner die Bewegung und die Balance zwischen der Form und ihrer Auflösung in die Körperlosigkeit sucht. So lässt in der Plastik „Der Gedanke“ eine vor Augen und Stirn

80 Arbeiten im Stadtgeschichtlichen Museum

gelegte Hand Gedanken entstehen, die in einem flüggen Vogel versinnbildlicht werden. Die Skulptur „Thingplatz“ bringt eine kindliche Erinnerung an die Tilsiter Kulturstätte zum Ausdruck, wo er seine Mutter bei gymnastischen Vorführungen beobachten konnte. Die Arbeit „Danzig–Königsberg–Tilsit“ ist dem Andenken an die einstigen Bewohner dieser Städte gewidmet.

Bei der Vernissage hieß die Direktorin des Tilsiter Stadtgeschichtlichen Museums, Angelika Spiljowa, den Künstler herzlich in seiner Heimat willkommen und würdigte die Besonderheit der Ausstellung. Sebastian Holzner überbrachte freundschaftliche Grüße der Stadtgemeinschaft Tilsit und sagte den Besuchern: „Ich wohne im Westen Deutschlands. Doch Tilsit und dieses Land an der Ostsee ist meine Heimat. Nach vielen Jahren sah ich sie wieder. Jetzt weiß ich: Dieses Land ist ein Pfeiler für die Brücke zwischen Osten und Westen.“

Mit großem Interesse betrachteten die Besucher, unter ihnen auch alte Tilsiter, die Kunstwerke. Holzner gab hilfreiche Erläuterungen zu Form und Gestaltungsweisen des bildhauerischen Schaffens zwischen Gegenständlichkeit und Abstraktion.

Aufschlussreich waren auch die vielen persönlichen Gespräche. Seine Lebensgeschichte sei typisch für alle seine ostpreußischen Landsleute – so machte Holzner es deutlich: ein Leben voller Sehnsucht nach der verlorenen Heimat und dem Schmerz über die gekappten Wurzeln. Deshalb sei er immer ein Suchender gewesen und habe versucht, dies in seinen Werken zum Ausdruck zu bringen. Dass ihm das gelungen ist, bewies der dankbare Applaus. *Hans Dzieran*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wie Ihr festgestellt habt, sind wir als Ostpreußische Familie „höcher roppgerutscht“, diese Seite trägt nun unseren Namen, und somit sind wir auch für neue Leser leicht zu finden. Ich freue mich darüber, denn das erleichtert die Arbeit doch sehr. Nun brauche ich nicht mehr von „Kolumne“ zu sprechen, das gefiel mir sowieso nicht, klang viel zu nüchtern und steif für unser buntes Familienmosaik, das sich aus lauter Puzzleteilchen zusammensetzt und wartet, dass sich die leeren Stellen füllen. Das ist auch wieder geschehen, denn zu dem Foto in Folge 37 – es zeigt vermutlich den verstorbenen Schwiegervater des Einsenders in einer unbekannten Uniform – kamen prompt die Erklärungen. Die hätte ich sogar früher bekommen können, sozusagen aus erster Hand, nämlich von unserem für diese Seite zuständigen Redakteur – aber mein lieber Kollege Dr. Manuel Ruoff war in Urlaub gewesen und hatte somit das Originalfoto nicht zu Gesicht bekommen. Der Historiker sagte sofort, als er die Seite aufschlug: „Das ist eine polnische Uniform“ und legte viele Beweise in Form von ähnlichen Abbildungen vor. Darunter auch eine Aufnahme des Marschalls Josef Pilsudski und – ganz aktuell – des polnischen Generalstabchefs Mieczyslaw Cieniuch. An deren Uniformen sind die „Zacken“ allerdings so voluminös, dass sie fast den ganzen Kragen beziehungsweise das Mützenband bedecken. Diese kann Herr **Peter Perrey** aus Neustadt erklären: „Es handelt sich bei der abgebildeten Uniform um die eines Mannschaftsdienstgrades der polnischen Armee, wohl aufgenommen zwischen den Weltkriegen, als der Uniformträger im ‚Korridor‘ wohnte und dort wehrpflichtig geworden war. Der Kragen zeigt die typische polnische Zick-Zack-Verzierung, die in unterschiedlichen Ausführungen von allen Dienstgraden getragen wurde. Sie geht auf die Kragenverzierungen der polnischen Einheiten in der napoleonischen Armee zurück. Einen weiteren Hinweis auf die Herkunft der Uniform geben die Abzeichen des polnischen Adlers auf der Mütze und der rechten Brustseite der Litewka. Dienstgrade vom Unteroffizier aufwärts waren auch an den Rangabzeichen auf dem Mützenband sichtbar“. Die sind bei dem abgebildeten **Erich Deutschmann** nicht erkennbar, deshalb meint auch Pastor **Fryderik Tegler** aus Adendorf, dass es sich um die Uniform eines einfachen polnischen Soldaten handeln müsse. Auf die Frage des Fotoeinsenders **Max Hamsch**, wann die Aufnahme wohl gemacht worden sei, meint Herr Pastor Tegler, dass diese ohne Angabe des Geburtsdatums von Herrn Deutschmann schwer zu beantworten ginge. Könnte er schon vor 1939 in der polnischen Armee gedient haben, oder wurde er nach 1945 dazu gezwungen? Diese Uniform wurde bis in die 50er Jahre in Polen getragen, so Pastor Tegler, der erst 1976 in die Bundesrepublik Deutschland kam und heute Ehrenbürger von Sensburg ist. Das bestätigte auch unser Landsmann **Horst Domnik**, der aus Kanada anrief: „Ich habe sie selber getragen, als ich 1956 Soldat in der polnischen Wehrmacht werden musste. Zwar wollte ich den Dienst verweigern, aber ein kluger Westpreuße riet mir, dies nicht zu tun, sonst käme ich ins Bergwerk, und da wäre ich nicht mehr heil herausgekommen.“ Dem im Kreis Neidenburg Geborenen gelang es, 1962 in die Bundesrepublik zu kommen, er studierte Ökonomie und Betriebswirtschaft und ging 1975 nach Kanada, wo der heutige Mittsiebziger noch immer erfolgreich tätig ist. Das alles und noch mehr erfuhr ich in einem langen Gespräch, das ich gerne in voller Länge wiedergegeben hätte! Vielen Dank allen Lesern, die sich zu dem Foto geäußert haben. Ich sprach von Puzzlesteinchen – wie viele kleine Teilchen haben wir allein in diesem kurzen Bericht zusammensetzen können!



Installation von Dorothea Bjelfvenstam und Hanna Sjöberg in der Stadtbibliothek Oelsnitz/Erzgebirge Bild: privat

Beim nächsten Thema sind sie schon gewichtiger, da geht es um den in Folge 33 veröffentlichten Suchwunsch nach ehemaligen Königsberger Kindern, die nach den Bombenangriffen im August 1944 im Zuge der Kinderlandverschickung in das Erzgebirge gebracht wurden. Herr **Ludwig Börner** aus Pockau vermittelte uns den Wunsch einer heute in Schweden lebenden Königsbergerin, die damals in das Lager Oelsnitz kam, mit ehemaligen Schicksalsgefährten Kontakt zu bekommen. Herr Börner sieht sich allerdings nicht nur als Mittler, sondern ist selber als Heimatforscher sehr an diesem Thema interessiert, er arbeitet an einer Dokumentation über dieses heute kaum bekannte Kapitel deutscher Geschichte und hält darüber Vorträge. Auf unsere Veröffentlichung hin meldeten sich bei ihm drei ehemalige KLV-Kinder, mit denen er nun in Verbindung steht. Mit einem Anrufer, der sich lange und sehr engagiert mit ihm unterhalten hat, kann er leider keinen Kontakt pflegen, ihm ist weder dessen Name noch die Anschrift bekannt oder sie sind bei dem sehr intensiven Gespräch untergegangen. Wie auch immer: Dieser Anrufer möchte sich doch noch einmal bei ihm melden oder ihm schriftlich die nötigen Angaben machen. Hier noch einmal die Anschrift: Ludwig Börner, Dorfstraße 48 in 09509 Pockau, Telefon (01733) 942066.

Einige Tage nach der Veröffentlichung nun meldete sich selber die Frau aus Schweden, die Herr Börner „Dorothea“ nannte, in unserer Redaktion, unabhängig von der von ihm erwünschten Leserumfrage und zu der Zeit noch unwissend über die von ihm angestrebte Aktion. Und nun nimmt die Angelegenheit ganz andere Dimensionen an, denn Frau **Dorothea Bjelfvenstam** aus Stockholm will nicht nur diesen Abschnitt ihrer Kindheit für sich aufarbeiten, sondern in Form von Ausstellungen und Buchveröffentlichungen eine breite Öffentlichkeit darüber informieren – in der Bundesrepublik Deutschland, in Schweden, in ihrer Heimatstadt Königsberg, wo sie vor fünf Jahren den ersten Anstoß für ihre dokumentarische Arbeit bekam. Sie hat bereits gute Erfolge zu verzeichnen, über die Dorothea nun selber berichtet: „2005 wurde ich vom Baltic Writers Council zu einem dreitägigen Symposium nach Kaliningrad eingeladen, als Übersetzerin, aber auch als Königsbergerin. Ich hatte mich bis dahin nicht um meine ersten elf Jahre in Königsberg, von 1933 bis 1944, gekümmert. Bei diesem Besuch entdeckte ich, dass das Haus noch stand – sogar Großvaters Apfelbaum hatte alles überlebt. Wie wohl bei vielen meiner Generation wuchs plötzlich das Bedürfnis, darüber nachzudenken, etwas aufzuschreiben. So kam es zu einer Ausstellung 2007 in der Kaliningrader Kunsthalle zusammen mit der schwedischen Künstlerin **Hanna Sjöberg** mit meinen Texten und Photographien: ‚Europäische Odyssee Königsberg–Oelsnitz–Potsdam–Stokkholm–Kaliningrad‘. Ich kam nach den Bombenangriffen auf Königsberg im August 1944 mit einem der NS-Transporte nach Sachsen. Die Monate in diesem KLV-Lager blieben lange eine Art Leerstelle: keine Photos, wenig Erinnerungen! Aber jetzt nach 60 Jahren Gespräche mit wieder gefundenen Lagerschwestern? Eine Liste aus dem Stollberger Archiv war das einzige Hilfsmittel, sie zu finden. Die Ausstellung brachte in Oelsnitz einiges in Bewegung. Dazu die Begegnung mit einem Königsberger Lagerkind, das nie von seinen Eltern abgeholt worden war, weil seine Eltern umgekommen waren. Diese Ausstellung wurde im März dieses Jahres im Brandenburgisch-Preußischen Museum in Potsdam gezeigt und wird für die Kunsthalle in Tensta/Stockholm vorbereitet“.

Aber Frau Dorothea möchte noch mehr tun: Sie will ein kleines Buch über „Königsberger Kinder in Sachsen“ erarbeiten. Und da fragt sie nun, wo und wie sie diese finden kann. Wie kommt sie an Material über die anderen Transporte heran? Was wurde aus den nicht abgeholten Kindern? Die meisten Unterlagen wurden beim Einzug der Sowjets zerstört. Frau Dorothea hat Namen von Mädchen, die größtenteils aus den Listen „ihres“ Lagers stammen, aber diese haben sich ja zumeist durch Heirat geändert, wie auch in ihrem Fall. Nun, wir haben ja schon durch die Vermittlung von Herrn Börner einiges in die Wege geleitet, und Frau Bjelfvenstam wird darüber inzwischen informiert sein. Da sie sich nun direkt an uns gewandt hat und wir ihr Schreiben veröffentlicht haben, dürfte sich das Echo verstärken. Ich bitte also noch einmal die ehemaligen KLV-Kinder oder alle, die Auskunft über ihren Verbleib geben können, sich zu melden. Entweder bei Herrn Börner oder bei Frau Dorohea direkt. Wir bleiben weiter am Ball. (Dorothea Bjelfvenstam, Vigingagatan 25 in 11342 Stockholm, Schweden, Telefon 0046/8/324284, E-Mail: dorothe-abjelfvenstam@gmail.com)

Der September bringt die großen Heimattreffen und von dem des Kreises Heiligenbeil ist Frau **Charlotte Gassert** gerade an ihren Wohnort Boizenburg zurückgekehrt. Mit einer Handvoll Fragen im Gepäck, die sie gleich an uns weiterreichen will. Da geht es um zwei Bücher, die das in ihrem Heimatkreis gelegene Kirchdorf Bladiau betreffen. Verfasser der gesuchten Bücher „Die Bladiauer Kirche“ und „Die Chronik von Bladiau“ ist **Ernst Böhm**. Beide sind vergriffen und auch antiquarisch nicht zu finden. Vielleicht – so hofft Frau Gassert – befinden sie sich noch in Privatbesitz, und sollte dies zutreffen, wäre sie für eine Abgabe dankbar. Und dann hat sie noch eine sehr schwierige Frage, die sie für Frau **Irene Manig** geborene **Müller** stellt, aber die – wie ich feststellen musste – wir schon in Folge 20 in unserer Ostpreußischen Familie behandelt haben. Wohl ohne Erfolg, denn Frau Manig brachte sie auf dem Treffen vor, aber selbst die Kreiskartei konnte nicht weiterhelfen. Deshalb noch einmal in Kurzform: Irene Manig, *13. Januar 1945 in Königsberg, sucht ihren Vater, der 1945 Offizier bei der Luftwaffe gewesen sein soll und dem ihre Mutter, ihre beiden Schwestern und sie selbst die Flucht mit einem Militärflugzeug aus dem Heiligenbeiler Kessel verdanken. Den Namen ihres Vaters weiß Frau Manig nicht, auch nicht die der weiteren Helfer. In frühen Gesprächen mit ihrer Mutter fiel oft der Name „**Lothar**“, als Nachnamen wurden „**Krause**“ und „**Reinitz**“ erwähnt, aber das sind alles Vermutungen und nur mit Vorbehalt weiter zu geben. Gibt es noch Angehörige der Wehrmacht, die auf dem Flugplatz Heiligenbeil im Einsatz waren und die hierzu etwas sagen könnten? (Charlotte Gassert, Fritz-Reuter-Straße 36 in 19258 Boitzenburg, Telefon 038847/55420.)

Und noch schwieriger dürfte die Suchfrage von Frau **Ulrike Neumann** aus Saarbrücken zu erfüllen sein, aber sie ist auch nicht so gravierend, weil keine Schicksalsklärung der Grund ist. Sie reiht sich in die lange Liste der fragenden oder gesuchten „Neumänner“ ein, „die ganz bestimmt Ihre Zeitung lesen“, wie Frau Ulrike meint. Sie selber – keine Ostpreußin – liest gern unsere Familienseite, denn „kein Krimi ist spannender als diese Beiträge“. Gespannt kann man ja wirklich sein, was sich aus dieser von Frau Ulrike Neumann gestellten Frage ergibt: „Ich bin Geburtsjahrgang 1945, Vater aus Berlin, Mutter aus Saarbrücken. Die Ehe zerbrach, meinen Vater lernte ich nie kennen, er starb 1957. Von seiner noch lange lebenden Mutter hatte ich die vage Information der Herkunft aus Ostpreußen. Habe damals leider nicht nachgefragt, heute ist es zu spät. Meine Nachforschungen beim ‚Neumann‘-Zweig haben ergeben: Großvater **Friedrich Wilhelm** Neumann, *19. November 1886 in Garrenchen/Niederlausitz, Ehefrau **Martha** geborene **Horn** / Urgroßvater **Gustav Adolf Neumann**, *1854 in Luckau/Niederlausitz, Ehefrau **Wilhelmine** geborene **Noack** / Ururgroßvater **Adolf Neumann**, Ehefrau **Karoline** geborene **Schmidt**, beide aus Luckau – Garrenchen“. Soweit die Angaben von Frau Ulrike – ja, aber wo bleibt Ostpreußen? Hatte sich ihre Mutter womöglich geirrt und verwechselte die Ostgebiete? Stammte vielleicht Großmutter Martha Horn aus Ostpreußen? Hatte diese „Neumann“-Linie irgendwie Bezug zu einer der vielen „Neumänner“ aus unserer Heimat. „Ich bin ja erst ganz am Anfang meiner Forschungsarbeit. Es wäre wunderschön, wenn ich durch die Ostpreußische Familie ein Ende des roten Fadens in die Finger bekäme“, so Frau Ulrike. Suchen wir aber zuerst einmal den richtigen Anfang! (Ulrike Neumann, Kettelerring 10 in 66133 Saarbrücken, Telefon 0681/817589.)

Die ostpreußische Familie


Ruth Geede Bild: Pawlik

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Absurdes aus Prag

Ein Bericht in der »NZZ«: Unfreiwillig wahrer als beabsichtigt

Mindestens seit dem 10., vermutlich aber bereits seit dem 9. Jahrhundert leben in Prag neben Tschechen auch Deutsche und Juden. Über die Jahrhunderte hinweg haben diese drei Gruppen Prag zu dem gemacht, was es bis 1939 war. Danach hat die NS-Herrschaft zunächst den jüdischen, anschließend 1945 die Vertreibung den deutschen Bevölkerungsanteil gewaltsam ausgelöscht. Prag, ein uraltes Zentrum Mitteleuropas, wurde verschlavt und – zumal nach dem Prager Frühling von 1968 – kulturell öde.

Die Revolution vom November 1989 hat der Stadt die Freiheit wiedergegeben und auch eine neue Internationalität – zu Zehntausenden Geschäftsleuten und Investoren kamen Touristenströme, die in die Millionen gehen. Doch das alte Prag war untergegangen, obwohl die Stadt weder im Zweiten Weltkrieg noch durch Bausünden der sozialistischen Zeit ihr architektonisches Gesicht verloren hatte. Im Gegenteil, die „goldene Stadt“ blieb eine der schönsten in ganz Europa.

Ein langer Bericht in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom Montag dieser Woche aus der Feder von Alena Wagnerová deutet überdeutlich etwas an, was dennoch ungesagt bleibt. Nur an einer Stelle wird erwähnt, dass einem Sanierungsplan des Jahres 1885 „das ehemalige Ghetto zum Opfer“ gefallen sei – damals natürlich nur rein baulich. Sonst wird die verschwundene jüdische Gemeinschaft so wenig erwähnt wie die deutsche, obwohl diese beiden die Altstadt und die Kleinseite prägten, die bis ins 20. Jahrhundert hinein deutschsprachig blieben.

»Ohne Menschen sind Denkmäler tot«

Fast kafkaesk lautet der – offenbar ungewollt zutiefst wahre – Untertitel des Artikels: „Die Einheimischen haben das historische Stadtzentrum geräumt – was bleibt ist Kulisse“. Gemeint sind tatsächlich nicht Deutsche oder Juden, sondern die vor allem seit 1945 in deren verlassenen Wohnungen nachgezogenen Tschechen, die nun von Geschäftemachern aus aller Welt wieder verdrängt werden. Weitere Zitate: „Die Stadt erzählt nichts mehr, sie wurde stumm. ‚Prag hat man das Herz herausgerissen‘, formuliert es drastisch der Ulmer Dichter Walter Gröner.“ – „Die Liste der Sünden wieder den Geist der Stadt ist lang.“ – Und der Schlusssatz: „Denn ohne die Menschen sind auch die Denkmäler tot.“ *K.B.*

Denkmal geschändet

Häufung antideutscher Delikte in der Woiwodschaft Oppeln

In der oberschlesischen Landgemeinde Groß Döbern ist in Rutenau (Chroszcütz) ein Denkmal für die Opfer des Ersten und des Zweiten Weltkrieges geschändet worden. Auf ihm stehen die Namen von insgesamt 427 Dorfbewohnern, die während der beiden Kriege in deutscher Uniform gefallen sind. Der 1935 eingeführte Ortsname „Rutenau“ ist auf dem Denkmal ebenso wenig zu finden wie das Eiserne Kreuz der deutschen Streitkräfte. Die Tat geschah in der Nacht, Zeugen haben sich bislang nicht gemeldet und die Täter sind noch nicht ermittelt geschweige denn gefasst. Es wird jedoch vermutet, dass der Frevel von einer kleinen Gruppe Jugendlicher begangen wurde, die auf dem Rückweg von einer örtlichen Feier waren. Gegen einen geschmacklosen Dummejungenstreich spricht das hohe Maß an krimineller Energie, das aus der Tat spricht. Das Umstürzen der im Boden verankerten Denkmaltafeln erforderte größeren Aufwand. So sind statt jugendlichen Übermuts eher handfeste politische Motive zu befürchten.

Die Tat scheint sich einzureihen in die Beschädigung von Ortsschildern, die neben dem polnischen auch den deutschen Ortsnamen angeben. Erst jüngst wurden in der ebenfalls zur Woiwodschaft Oppeln gehörenden Gemeinde Gumpertsdorf (Comprachtschütz) die zweisprachigen Ortsschilder mit schwarzer Farbe übersprüht. Diesmal wurden sogar Verdächtige gefasst. Auf eine Verfolgung der Schmiererei als Verstoß gegen die Artikel 256 und 257 des Strafgesetzbuches verzichtete die Staatsmacht. Artikel 256 besagt: „Wer ... zu Hass vor einem nationalen, ethnischen ... Hintergrund aufruft, unterliegt einer Geldbuße beziehungsweise einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren.“ Und in Artikel 257 wird sogar mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe belegt, wer öffentlich eine Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft verunglimpft oder aus diesen Gründen die körperliche Unantastbarkeit eines anderen verletzt. Teilweise werden derartige antideutsche Delikte sogar in der Öffentlichkeit mit dem Hinweis verteidigt, dass es Ortsschilder in Polnisch und Deutsch in der Bundesrepublik ja auch nicht gäbe. Dabei wird dann einmal mehr der Unterschied zwischen Migranten mit Alteingesessenen ignoriert. *M.R.*

Mit hoher krimineller Energie

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Kalinat, Marta, geb. **Hopp**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Erbhaistraße 2A, 37441 Bad Sachsa, am 10. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Baufeld, Frieda, geb. **Nickel**, aus Rastenburg, jetzt Dorfstraße 22, 24327 Flehm, am 10. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bodsch, Elfriede, geb. **Kiehl**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Lindenplan 33, 39120 Magdeburg, am 6. Oktober

Kawatzki, Johannes, aus Ebenrode, jetzt Otto-Garber-Weg 3, 23879 Mölln, am 6. Oktober

Pilch, Elfriede, geb. **Manko**, aus Talken, Kreis Lyck, jetzt Lemberger Straße 68, 66955 Pirmasens, am 5. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Niewierra, Gustav, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Staufenstraße 2, 73240 Wendlingen, am 9. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fahlke, Lieselotte, geb. **Schergaut**, aus Roddau, Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Mulmshorner Weg 13, 27356 Rotenburg, am 10. Oktober

Soldanski, Erna, geb. **Zech**, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, jetzt Görtzhof 53, 45891 Gelsenkirchen, am 9. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Romeni, Gertrud, geb. **Schulz**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Gärtnerstraße 20, 42369 Wuppertal, am 7. Oktober

Sanio, Erich, aus Seliggen, Kreis Lyck, jetzt Zipstraße 11, 44339 Dortmund, am 9. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Neumann, Gertrude, geb. **Nelz**, aus Groß Windkeim, jetzt Dorfstraße 2, 24631 Langwedel, am 5. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bittlingmayer, Klara, geb. **Jonseck**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Eichhagener Straße 19, 57462 Olpe, am 10. Oktober

Gallmeister, Willi, aus Erlental, Kreis Treuburg, jetzt Clausewitzstraße 6, 24105 Kiel, am 4. Oktober

Hass, Hildegard, geb. **Nitschkowski**, aus Lyck, jetzt Berliner Straße 13a, 61348 Bad Homburg, am 10. Oktober

Jucknischke, Gertrud, geb. **Makowka**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf der Schlenke 10, 51709 Marienheide, am 10. Oktober

Kühl, Friedrich, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Heidebad 9, 21614 Buxtehude, am 10. Oktober

Lembke, Charlotte, geb. **Felker**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Saarstraße 2, Seniorenheim, 21029 Hamburg, am 4. Oktober

Miertsch, Frieda, geb. **Schirrmacher**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bermannssiedlung 4, 06791 Möhlau, am 3. Oktober

Schneider, Marie, geb. **Brozio**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Am Ziegenkopf 45, 58515 Lüdenscheid, am 7. Oktober

Ulrich, Hildegard, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Taunusstraße 50, 65183 Wiesbaden, am 9. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Braunhauser, Ilse, geb. **Loyda**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Gorch-Fock-Straße 3a, 27576 Bremerhaven, am 6. Oktober

Dombrowski, Lotte, geb. **Wysotzki**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, jetzt Parrisiusstraße 4, 12555 Berlin, am 7. Oktober

Mrusek, Hedwig, geb. **Rielat**, aus Tapiau, Schloßstraße, Kreis Wehlau, jetzt Hochstraße 84, 28717 Bremen, am 29. September

Müller, Waltraut, geb. **Lasarzik**, aus Treuburg, Mühlenstraße 3, jetzt Märkische Straße 6, 49163 Bohmte, am 6. Oktober

Reinhardt, Anni, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Kacheltor 10, 06268 Lodersleben, am 9. Oktober

Skierlo, Hildegard, geb. **Kayma**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Muschelkalkweg 13, 12349 Berlin, am 9. Oktober

Wagner, Ursula, aus Königsberg, jetzt Crüsemannallee 20A, 28213 Bremen, am 6. Oktober

Willamowski, Gerda, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 2, 21379 Boltersen, am 4. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ankermann, Georg, aus Königsberg, jetzt Johanniterstraße 39, jetzt Im Heidlande 8, 29227 Celle, am 8. Oktober

Grabosch, Liebgard, aus Ortelsburg, jetzt Mecklenbergstraße 97, 19053 Schwerin, am 10. Oktober

Guse, Edith, geb. **Moysiszyk**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Yorckstraße 2a, 44536 Lünen, am 6. Oktober

Hannig, Günter, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Zu den Eichen 31, 14772 Brandenburg, am 4. Oktober

Heise, Heinz, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Mainstraße 5, 68167 Mannheim, am 4. Oktober

Hübner, Rudolf, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Speckener Weg 20, 26160 Bad Zwischenahn, am 5. Oktober

Klemp, Ursula, geb. **Kussin**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Blenkenweg 24, 44265 Dortmund, am 4. Oktober

Kramer, Hanna, geb. **Teschner**, aus Ebenrode, jetzt Große Straße 29, 39365 Drackenstedt, am 4. Oktober

Martens, Irmgard, geb. **Danowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Rümkerstraße 21, 22307 Hamburg, am 4. Oktober

Marzinowski, Erna, geb. **Plotzitzka**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Danziger Straße 16, 21481 Lauenburg, am 10. Oktober

Müller, Käthe, geb. **Rama**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Lortzingstraße 39, 44145 Dortmund, am 4. Oktober

Niklowitz, Hedwig, geb. **Rosowski**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, jetzt Lesebergweg 23, 22549 Hamburg, am 5. Oktober

Philippzik, Ruth, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Ruheleben 3, 23564 Lübeck, am 6. Oktober

Pieper, Elfriede, geb. **Bechtel**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Hopfenteich 24B, 38690 Vierenburg, am 4. Oktober

Polixa, Oskar, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Alt Winnhorst 30, 30419 Hannover, am 4. Oktober



Rakowski, Gerhard, aus Königsberg-Land, jetzt Marktler Straße 3, 84489 Burghausen, am 5. Oktober

Roggen, Erika, geb. **Leber**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Ziegelhof 3a, 23730 Neustadt am 6. Oktober

Schellkes, Lisa, aus Kumehnen, Kreis Samland, jetzt Auf der Heide 23a, 28355 Bremen, am 10. Oktober

Skulimma, Heinz, aus Gauleden, Kapheim, Kreis Wehlau, jetzt Sachsenstraße 50, 45770 Marl, am 8. Oktober

Westerhausen, Hans, aus Königsberg, Clausewitzstraße 15, jetzt Rimbertweg 10a, 22529 Hamburg, 10. Oktober

Wichert, Elfriede, geb. **Willig**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt 719 7720 Street 108 / T6E 5El / Edmonton, Alberta, Kanada, am 9. Oktober

Winnat, Liesbeth, geb. **Reusch**, aus Schanzendorf, Kreis Ebenrode, jetzt Bischof-Ketteler-Straße 7, 58739 Wickede, am 4. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Backe, Herta, geb. **Mertins**, aus Wehlau, Gartenstraße, jetzt Reuschbacher Straße 17, 66879 Steinwendern, am 10. Oktober

Engler, Hedwig, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Bismarkstraße 66, 63065 Offenbach, am 4. Oktober

Funke, Helga, geb. **Suhrau**, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Sudetenlandstraße 6, 24537 Neumünster, am 6. Oktober

Gerwien, Rudi, aus Leißienen, Rockelkeim Dorf, Kreis Wehlau, jetzt Hambachstraße 16, 65624 Altendiez, am 7. Oktober

Gugg, Erika, geb. **Koslowski**, aus Lyck, jetzt Bayerstraße 4, 83471 Berchtesgaden, am 8. Oktober

Härtel, Elvira, geb. **Paukat**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Lenbachstraße 30, 30655 Hannover, am 6. Oktober

Harwardt, Irmgard, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Solmstraße 13, 44359 Dortmund, am 10. Oktober

Knafla, Alfred, aus Winrichsrode, Kreis Neidenburg, jetzt Kapellenbrink 10A, 30880 Laatzen, am 6. Oktober

Krupke, Hermann, aus Roddau Perkuiken, Adamswalde, Kreis Wehlau, jetzt HOV, Guldsmedsgarden 2, 52495 Ljung, Schweden, am 9. Oktober

Kuhlendahl, Marlene, geb. **Bacher**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Kuhlendahlerstraße 10, 42553 Velbert, am 6. Oktober

Kupczyk, Ewald, aus Dorschen, Kreis Lyck, jetzt Schloerstraße 12, 33790 Hallen, am 5. Oktober

Meya, Helmut, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Rundstraße 50, 47475 Kamp-Lintfort, am 7. Oktober

Murach, Gotthold, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiesenstraße 44, 45659 Recklinghausen, am 10. Oktober

Neiß, Renate, geb. **Pfennig**, aus Wehlau, jetzt Schießstattstraße 36, 85253 Kleinberghofen, am 6. Oktober

Neumann, Georg, aus Bartenhof, Rauschnicken, Kreis Wehlau, jetzt Pfeffinger Straße 15, 72461 Albstadt, am 4. Oktober

Papke, Günther, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, jetzt Schwalbenweg 10, 24635 Rickling, am 6. Oktober

Petersen, Lotte, geb. **Stenzel**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Johannes-Meyer-Straße 40, 25554 Wilster, am 4. Oktober

Rydzewski, Gerhard, aus Lyck, jetzt Wiesenstraße 20, 52531 Übach-Palenberg, am 10. Oktober

Schulz, Waltraud, geb. **Kotowski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Seebrooksberg 7, 24147 Klausdorf, am 6. Oktober

Schuster, Christel, geb. **Hinz**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, jetzt Egerstraße 3, 71111 Waldenbuch, am 2. Oktober

Stephan, Hildegard, geb. **Krupinski**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Pletschbachstraße 30, 41540 Dormagen, am 9. Oktober

Wierczoch, Helmut, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Ludwig-Erhard-Straße 19, 59065 Hamm, am 5. Oktober

Zinnall, Eckhard, aus Allenburg, Eiserwager Straße, Kreis Wehlau, jetzt Schlesienstraße 12, 41462 Neuss, am 4. Oktober

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ein Mann, ein Wort

Gerd Bandilla ist seit 25 Jahren Kreisvertreter

Völlig unerwartet musste am 1. Oktober 1985 Gerd Bandilla, nach dem Rücktritt von Walter Mrotzek, als Stellvertretender Kreisvertreter die Leitung der Kreisgemeinschaft Lyck übernehmen. In den Jahren 1988, 1993, 1998, 2003 und 2008 wurde er zum Kreisvertreter gewählt beziehungsweise wiedergewählt.

25 Jahre Kreisvertreter, was bedeutet das? Das bedeutet: 25-mal das Lycker Kreistreffen in Hagen zu organisieren, es bedeutet 25-mal für den „Hagen-Lycker Brief“ verantwortlich zu zeichnen. In diesem Zeitraum schon mit fünf Oberbürgermeistern der Stadt Hagen zusammenzuarbeiten: Rudolf Loskand (†), Dietmar Thieser, Wilfried Horn, Peter Demnitz und Jörg Dehm. Mindestens 50 Kreisausschuss-Sitzungen zu leiten, unzählige Briefe zu beantworten sowie viele Artikel für die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* zu schreiben.

Im Jahre 1998 wurde er für seinen Einsatz mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Seit 1971 99-mal nach Ostpreußen gereist. Seit 1992 39 Omnibusse nach Ostpreußen geleitet. Zehn ökumenische Gottesdienste im Kreis Lyck organisiert. Den Verein der Deutschen Minderheit in Lyck unterstützt. Für die Finanzierung,der Renovierung des Wasserturms in Lyck und verschiedener Umbauarbeiten gesorgt. Vier polnische Landräte kennengelernt: Janusz Nowakowski, Adam Puza, Tomasz Andrukiewicz und Krzysztof Pilat. Am 2. April 2002 mit dem polnischen Landkreis Elk (Lyck) einen Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen. Nach vierjährigem Bemühen wurde im April 2003 in Lyck die Lazarus-Sozialstation eröffnet. Am 5. Dezember 2008 von der polnischen Stadt Elk (Lyck) mit dem Preis der „Weißen Lilie“ als bester Botshafter der Stadt Elk (Lyck) ausgezeichnet.

Gerd Bandilla hat darüber hinaus von 1992 bis 1995 ein Amt im Geschäftsführenden Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) inne gehabt. Auch war er etliche Jahre Vorsitzender des Verbandsinternen Prüfungsausschusses. Der Bundesvorstand dankt Gerd Bandilla für sein langjährigen hervorragenden Einsatz für Ostpreußen und die Ostpreußen.

Der Bundesvorstand der LO, Wilhelm v. Gottberg

***Gerd Bandilla** wurde am 3. Oktober 1934 in Mostolten, Kreis Lyck, geboren. Seit 1950 im kommunalen Dienst, war er zuletzt von 1972 bis 1992 Gemeindedirektor von Nörvenich, Kreis Düren.*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNTAG, 3. Oktober, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 3. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Honeckers „Air Force One“.

SONNTAG, 3. Oktober, 21 Uhr, Phoenix: Mein Mauerfall.

SONNTAG, 3. Oktober, 21.45 Uhr, ARD: Das Leben der Anderen.

SONNTAG, 3. Oktober, 23.05 Uhr, N24: Adolf Hitler – Wahn und Wahnsinn.

SONNTAG, 3. Oktober, 23.20 Uhr, RTL: Der Verrat – Wie die Stasi Kinder und Jugendliche als Spitzel missbrauchte.

SONNTAG, 3. Oktober, 23.30 Uhr, ZDF: Das Fall Rohwedder.

MONTAG, 4. Oktober, 21 Uhr, Phoenix: Kalter Krieg am Nordpol – Wettlauf um Öl in der Arktis.

DIENSTAG, 5. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers geheime Waffe – Die tödliche Fracht der Hydro.

DIENSTAG, 5. Oktober, 21 Uhr, Phoenix: Hitlers letzte Waffe – Die Raketen von Peenemünde.

DIENSTAG, 5. Oktober, 22.15 Uhr, ZDF: 37 Grad – Fass mich nicht an! Kontaktverbot zu Kindern.

MITTWOCH, 6. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Schlaflos im Krieg – Die pharmazeutische Waffe.

MITTWOCH, 6. Oktober, 21.05 Uhr, Arte: Die Unbeugsamen – Flucht aus Hitlers Elitegefängnis.

MITTWOCH, 6. Oktober, 22.45 Uhr, ZDF: Küche, Kommerz, Kartelle.

DONNERSTAG, 7. Oktober, 20.05 Uhr, N24: Die Schlacht um Stalingrad.

DONNERSTAG, 7. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Sophie Scholl – Die letzten Tage.

DONNERSTAG, 7. Oktober, 22.05 Uhr, N24: Vorchristliche Schlachten – Moses' Auszug aus Ägypten.

Heimatgottesdienst

Lüneburg – Ein feierlicher Ostpreußischer Heimatgottesdienst der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen findet am Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, in der Johanniskirche Lüneburg, statt. „Danken und Dankbarkeit“ sind das zentrale Thema der Predigt von Pfarrer Pawel aus Rastenburg. Es wirken mit: Irina Kaguermanova (Orgel), Matthias Stelling (Sologesang), die Posaunenchöre aus Scharnbeck, Bleckede und Thomasburg unter der Leitung von Horst Hempel sowie der Chor der Spätaussiedler aus Kaltenmoor. Im Anschluss an den Gottesdienst sind die Besucher in das Ostpreußische Landesmuseum zur Besichtigung der Ausstellung „Königin Luise von Preußen“ und zu Kaffee und Kuchen eingeladen.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Heimatkreistreffen in Nienburg am 4. und 5. September 2010 – Der Anregung so mancher Heimatfreunde folgend waren in diesem Jahr dem Treffen zwei Tage mit reichem Programm gewidmet. Im Hotel zur Krone in Nienburg-Holtorf trafen am Sonnabendvormittag die ersten Besucher ein, herzlich begrüßt von den Mitgliedern des Vorstandes. Die einen blieben und ließen sich zum ersten Plausch nieder, andere besuchten die Heimatstube in der Villa Holscher, die durch fleißige Helfer unter der Anleitung von Manfred Eckert noch einladender, zugänglicher und übersichtlicher geworden ist. Es könnte, wie der Vorsitzende am Nachmittag mitteilte, der letzte Besuch an diesem Ort gewesen sein, denn wie das Nienburger Stadtarchiv, das sie betreut, wird die Heimatstube in naher Zukunft umziehen müssen. Wir sind zuversichtlich, dass mit dem Umzug eine weitere Verbesserung verbunden ist. Ein reichliches warmes und kaltes Büffet stärkte die Versammelten für das gedrängte Programm des Nachmittags.

Christian von der Groeben, der Kreisvertreter, begrüßte die Heimatfreunde, die Vertreter der Deutschen Minderheit, Frau Górecka, die Bürgermeisterin von Schippenbeil und die Mitarbeiterin des Bartensteiner Bürgermeisters. Dann berichtete er über die Aktivitäten des verflossenen Jahres, stellte Pläne für das kommende Jahr vor und gab Auskunft über unsere Heimatkreisgemeinschaft mit ihren Bemühungen, Sorgen und Nöten: Eine altersbedingt kleiner werdende Gruppe macht es schwer, eine Kreisgemeinschaft lebendig und tätig zu erhalten. Ein ganz und gar auf Spenden angewiesener Verein lebt nur von der regen Beteiligung seiner Mitglieder. Im erweiterten Vorstand hat es einige Veränderungen gegeben: Aus schwierigen privaten und gesundheitlichen Gründen haben sich Karola Sielmann und Heinz Zwickis aus dem Gremium verabschiedet. Der Vorsitzende dankte den Scheidenden für viele Jahre treuer Mitarbeit. Als ihre Nachfolger hatte der Vorstand auf seiner Sitzung am Vorabend bereits die Nachrücker Ilse Markert und Manfred Eckert gewählt. Beide haben sich durch ihre Arbeit für die Heimatkreisgemeinschaft schon eindrucksvoll bewährt. Erneut erging die dringende Bitte an die Anwesenden, sich neben den Spenden auch mit Beiträgen einzubringen. Erfreulich ist, dass die Friedländer wirklich den Weg in die Kreisgemeinschaft gefunden haben. Nur die Schönbrucher bleiben leider – noch – fern und halten an separaten Treffen fest. Sie bleiben aber in der Kreisgemeinschaft und bei den nächsten Treffen stets willkommen.

Die mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete Ursula Kluge nahm die Glückwünsche der Kreisgemeinschaft entgegen. Eine Bilddokumentation über die Rettung der Kirche St. Georg in Friedland unterstützte ihren Bericht über dieses überaus schwierige und nun glücklich vollendete Werk. Eine Zusammenfassung von Frau Kluges Ausführungen findet sich in der nächsten Ausgabe von „Unser Bartenstein“. Gern hätten die Zuhörer noch Näheres darüber vernommen, mit welchen Schwierigkeiten sie und ihre Helfer zu kämpfen hatten, wie sie die Hindernisse meisterten, welche Hilfen ihnen in Friedland und an anderen Orten zuteil wurden. Herzlich begrüßt wurden die Nienburger Ehrengäste: Landrat Helmut Eggers und seine Frau hoben ihre enge Verbundenheit mit dem Kreis Bartenstein hervor, den sie auf mehreren Reisen kennenlernten, die sie zu begeisterten Bartensteinern, Schippenbeilern und Friedländern machten. Besonders herzlich war deshalb die Begrüßung der Schippenbeiler Bürgermeisterin, Frau Górecka, und mit Jadwiga Piluk, in deren Garten das Ehepaar Eggers damals seinen Wohnwagen geparkt hatte. Erinnerungen an eine schöne Allefahrt wurden wach. Bürgermeister Henning Onkes unterstrich die spürbar enge Verbindung der Stadt Nienburg mit dem Kreis Bartenstein und trug den Mitgliedern der deutschen Volksgruppe und der Vertreterin der Stadtverwaltung Grüße an Bürgermeister Nałęcz auf. Die Bürgermeisterin von Schippenbeil erfreute er mit einem Blumenstrauß. Bürgermeister Onkes bekannte sich zur Verpflichtung der Stadt Nienburg gegenüber ihrer ostpreußischen Patenstadt und sicherte zu, dass die Stadt Nienburg dieser Verpflichtung auch bei der Unterbringung der Heimatstube im möglicherweise neuen Archiv der Stadt und des Kreises nachkommen werde. Als der Vertreter des Nienburger „Freundeskreises Bartenstein“ stellte Dr. Ralf Weghöft die zahlreichen Aktivitäten dieser Gemeinschaft während der vergangenen zwölf Monate vor. Die Partnerschaft mit Bartenstein nannte er die intensivste aller städtischen Patenschaften. Er erwähnte die Teilnahme am Symposium über den Stadtpatron „Heiliger Bruno“ und dem Symposium über die Einrichtung eines Museums, das die Stadt Bartenstein plant. Besonders wichtig sei dem Freundeskreis die Begegnung der Menschen. Dem Ziel diene auch das Treffen der Sportjugend des Gymnasiums Nr. 2 in Bartenstein und einer Nienburger Volleyball-Mannschaft.

Darauf regte der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft an, man möge darauf hin arbeiten, dass jede Ausgabe von „Unser Bartenstein“ über diese Nienburger Aktivitäten und auch über die Arbeit der deutschen Volksgruppe berichten könne. Wir bitten also um Beiträge! Sowohl der Landrat als auch der Bürgermeister gratulierten Frau Kluge zu ihrer Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz. Unterstützt von Ewa Pyszniak als Dolmetscherin überbrachte Frau Bożena Martul die Grüße der Barteinsteiner Stadtverwaltung, den Dank für die Einladung nach Nienburg und für vielfältige Hilfe. Besonders dankte sie dem Lions Club aus Glückstadt für alle großzügigen Spenden. Helmut Breuer als der Vertreter dieses Clubs erhielt Urkunde und Präsent von der Stadt Bartenstein und versprach, weiterhin zu helfen. Dorota Górecka, die Bürgermeisterin von Schippenbeil, überbrachte Grüße aus ihrer Stadt, auch von ihrem Stellvertreter Bogdan Suchostawski, den viele Besucher inzwischen als einen freundlichen Helfer mit exzellenten Deutschkenntnissen zu schätzen gelernt haben. Sie zeigte sich begeistert von allem, was sie in der Heimatstube über Schippenbeil gesehen hatte. Mit der Hoffnung auf eine gedeihliche Zusammenarbeit überreichte sie für die Heimatstube ein Bild der Stadt. Ihr Dank ging auch an den Lions Club Glückstadt sowie Landrat Eggers und seine Frau. Die Vorsitzende der deutschen Volksgruppe, Ewa Pyszniak, berichtete über die Arbeit, die Ziele und auch die Schwierigkeiten ihres Vereins in der Zukunft.

Noch einen Höhepunkt gab es an diesem Nachmittag: Manfred Eckert zeigte seinen Film „Alle Stationen der Fahrt nach Bartenstein und in das südliche Ostpreußen“. Jene, die im Mai dieses Jahres dabei gewesen waren, feierten in den Bildern ein fröhliches Wiedersehen, die anderen bekamen wohl etwas Appetit darauf, eine solche Reise das nächste Mal mitzumachen. Manfred Eckert wurde schon mal als professioneller Filmer dieser nächsten Reise engagiert. Für das Jahr 2011 wird die HKG – bei entsprechendem Interesse – noch einmal eine Fahrt, diesmal mit Schwerpunkt russischen Teil des Kreises Bartenstein anbieten. (Näheres dazu in der Weihnachtsausgabe von „Unser Bartenstein“)

Bei der Fülle des Programms, das auch den erhofften und ersehnten Begegnungen unter dem Bekannten Raum bot, wurde es so spät, dass Wolfgang Schützeck seine Geschichten und Anekdoten aus Ostpreußen erst nach dem Abendessen in einem kleiner gewordenen Kreis zum Besten geben konnte. Der Sonntag begann mit der Kranzniederlegung an den Gedenksteinen bei den Berufsbildenden Schulen. Christian v. d. Groeben hielt die Ansprache, und nach der Kranzniederlegung rezitierte Rosemarie Krieger aus dem „Ackermann aus Böhmen“. Um 10 Uhr begann die angebotene Weserfahrt. Vier Stunden lang trug uns das gut besetzte Schiffchen bei Sonnenschein dem verschlungenen Lauf der Weser folgend bis nach Hoya und wieder zurück, durch eine geruhsame, ländliche Gegend, in der auf den Weiden Kühe grasten und Wildgänse ruhten. Am Ufer schaukelten Schwäne, Reiher flogen auf. So mancher der Ostpreußen dachte sich wohl: „Ach, wenn wir doch jetzt auf der Alle fahren könnten!“ Die Fahrt bot noch eine gute Gelegenheit, die Gespräche mit den vertrauten Freunden fortzusetzen und sich bei einem kräftigen Mittagessen für die Heimreise zu stärken. Am Bootsanleger nahmen wir Abschied von einander, zufrieden mit den Tagen und erfreut über den Austausch so vieler lieber Erinnerungen. Auf Wiedersehen im nächsten Jahr in Nienburg!



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Familienausflug in die ostpreußische Heimat *(Fortsetzung aus Folge 38)* – Dritter Tag: Für den nächsten Tag bekamen wir mit Mühe Fahrkarten für die Fahrt auf dem Oberlandkanal („schiefe Ebene“) von Elbing nach Buchwalde. Auf einem kleinen Schiff wurden in fünf Etappen 100 Höhenmeter bewältigt. Für Groß und Klein war das sehr beeindruckend, denn nirgends sonst auf der Welt werden Schiffe übers Land gezogen – und das schon seit über 150 Jahren mit unveränderter Technik. Es ging durch völlig unberührte Natur, die uns Ostpreußen von seiner schönsten Seite zeigte. In Buchwalde holte uns Busfahrer Ulli – nach einem kleinen Imbiss – wieder ab. Anschließend besichtigten noch einige von uns in Frauenburg den Dom mit dem Focault'schen Pendel, während ich mit Papa und Klaus noch einmal nach Braunsberg fuhr – die beiden wollten so gerne noch mal auf ihren alten Spuren wandeln. Die Abende verbrachten wir immer alle auf der Terrasse des Hotels bei Bier und Wein. Dort wurde dann in einem quirligen Durcheinander das Tagesgeschehen besprochen und alte Geschichten erzählt. Glücklicherweise machte die Bar um 23 Uhr zu – schließlich mussten wir immer früh aufstehen. Die sogar 16-stündige Rückreise wurde am Freitag angetreten, auch die wurde wieder von allen problemlos bewältigt – vorher mit Wasser getränkte kalte Waschlappen und kleine Handtücher und viele Getränke jeglicher Art brachten Erleichterung bei der Hitze – erst nach Mitternacht waren wir wieder am Ausgangsort Lübeck.

Die Polen, mit denen wir zusammentrafen, waren alle sehr freundlich und hilfsbereit. Meistens konnten wir uns mit Deutsch oder Englisch verständigen, unsere große Schwester Marita kann inzwischen sogar schon etwas Polnisch, was oft hilfreich war. Unterkunft und Essen waren für unsere Verhältnisse sehr kostengünstig. Zum Frühstück gab es immer Brot und Brötchen, Wurst und Würstchen, Käse, Rührei, Marmelade, Honig, Frühstücksflocken, Milch, Tee und Kaffee. Am Abend gab es immer Fleisch, meistens mit Kartoffeln – aber immer ohne Soße, wie es in Polen üblich zu sein scheint. Geplant ist jetzt ein Erinnerungstreffen, auf dem die vielen Fotos, die von Jung und Alt gemacht wurden, gemeinsam betrachtet werden sollen und es auch endlich den ersehnten Pflaumenkuchen gibt – das hatte sich zum allgemeinen Witz auf der Fahrt entwickelt: „Gibt es hier Pflaumenkuchen?“ – so wie sich Cousin Martin das typisch ostpreußische Landleben vorgestellt hatte. Aber der beste Witz der Reise war: „Mir ist kalt!“ Der erfahrene Busfahrer Ulli sagte, er habe noch nie eine so große Familiengruppe in die Heimat gefahren. Das fand er großartig – und schließlich war die Reise das ja auch! Und er auch – denn er zeigte stets viel Geduld mit unseren kleinen Kindern, die ihn ganz schön oft da vorne „belagerten“. Papa musste nach nur gut vier Stunden Schlaf wieder auf Achse, denn als früherer „Ironman“ wollte er die 23. Ironman-Veranstaltung in Roth (südlich Nürnberg) nicht verpassen. Es war auch seine 23. Fahrt dorthin, die 20. Fahrt nach Hawaii zum „Ironman“, diesmal mit mir und meiner Schwester Karina, ist bereits gebucht.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen 2010 in Burgdorf – Wie in jedem Jahr fand unser Hauptkreistreffen am 11. und 12. September 2010 wiederum im Veranstaltungszentrum in der Sorgenser Straße in Burgdorf statt. Am Vorabend des Treffens kamen wir zum traditionellen Matjesabend zusammen. Gäste dieser Veranstaltung waren die Mitarbeiter der Kreisgemeinschaft, und darüber hinaus waren auch Vertreter der örtlichen Ratsfraktionen der CDU und FDP und des Bundes der Vertriebenen geladen. Nach der Begrüßung der anwesenden Gäste durch Kreisvertreterin Elke Ruhnke verbrachten wir ein paar gemeinsame gesellige Stunden bei bester Verpflegung. Während dieser Veranstaltung erhielt das Ehepaar Eleonore und Gerhard Kath aus Schwengels für seine langjährige Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft die Silberne Ehrennadel. Darüber hinaus wurde dem Ehrenmitglied der Kreisgemeinschaft und Ehrenbürger der Stadt Burgdorf Horst Bindseil und seiner Ehefrau Helga nachträglich zu ihrer Diamantenen Hochzeit (18. August 2010) gratuliert und ein Präsent überreicht. Am Sonnabend, dem 11. September 2010, öffnete das Veranstaltungszentrum um 9 Uhr. Es war wie immer sehr bewegend zu sehen, wie sich Verwandte, ehemalige Nachbarn oder Schulkameraden freudig begrüßten, und das Schabbern und Plachandern konnte beginnen. Um 11 Uhr fanden wie immer die Rede und die Niederlegung von Blumen am Gedenkstein mit der Inschrift „Kreis Heiligenbeil Ostpreußen unvergessen“ im Park hinter dem Rathaus statt. Wie schon in den Jahren zuvor sprach Siegfried Dreher Worte der Erinnerung, die den Verlust der verloren gegangenen gemeinsamen Heimat im Kreis Heiligenbeil und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Betroffenen zum Inhalt hatten. Die öffentliche Mitgliederversammlung schloss sich ab 12 Uhr im Haus der Jugend an. Kreisvertreterin Elke Ruhnke trug ihren Jahresbericht 2009/2010 vor. Unter den auf der Tagesordnung stehenden Punkten war auch die Totenehrung durch Christian Perbandt. Es erfolgten Mitgliederehrungen sowie Nachwahlen zum Kreistag. Die Auszeichnungen wurden an

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

folgende Mitglieder verliehen: Goldene Ehrennadel der KG für Herbert Schemmerling aus Denver/USA (Stadt Heiligenbeil-Mitte), ebenfalls Goldene Ehrennadel der KG für Günter Neumann-Holbeck (Balga) sowie das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen für Ursula Kunkel (Stadt Heiligenbeil-Nord). Ab 14 Uhr wurden interessierte Besucher in der Heimatstube in der Wilhelmstraße von der soeben gewählten stellvertretenden Kirchspielvertreterin von Hermsdorf-Pellen Karin Haupt begrüßt. Ab 16.00 Uhr gab es im Veranstaltungszentrum einen sehr amüsanten Vortrag des aus Rundfunk und Fernsehen bekannten Humoristen Thorsten Hamer alias Heinz Erhardt. Der erste Tag schloss mit einem „Bunten Abend", bei dem dann kräftig getanzt werden konnte.

Der zweite Tag des Kreistreffens startete musikalisch mit dem Platzkonzert des Schützenkorps „Gehrden". Der Ablauf der folgenden Feierstunde lief traditionell wie folgt ab: Begrüßung durch die Kreisvertreterin, Ostpreußenlied, Totenehrung (Christian Perbandt); es folgte der Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott). Dieter Lüddecke, Fraktionsvorsitzender der FDP, Region Hannover, sprach ein Grußwort. Der Festvortrag „Heimat" wurde gehalten von Helge Kahnert, stellvertretende Landesvorsitzende des BdV Niedersachsen. Nach diesem Vortrag spielte die Schützenkapelle Gehrden den „Fliegermarsch". Das Schlusswort sprach Elke Ruhnke und die Feierstunde endete mit der dritten Strophe des Deutschlandliedes. Ab 13.30 Uhr war dann die Heimatstube noch einmal für zwei Stunden geöffnet. Am ersten Tag wurden 32 Besucher gezählt, und am zweiten Tag waren immerhin noch 20 Besucher zu verzeichnen. Ab 14 Uhr gab es ein Sondertreffen der Familie Schemmerling im Veranstaltungszentrum, zu dem einige Schemmerlings extra aus den USA angereist waren. Das Kreistreffen endete um 16.30 Uhr.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Siegfried Beckerat, Schulstr. 4 b, 21465 Reinbeck, Tel.: (040) 7278228, Fax: (040) 71001752, E-Mail: rus.beckerat@t-online.de. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Dank an meine Mitfahrer nach Insterburg *(Fortsetzung aus Folge 38)* – Voller Spannung war die Enkelin von Fleischermeister Freitag aus Norkitten. Mit Hilfe unseres russischen Reiseleiters konnte sie die früheren Wohnräume besichtigen. Offensichtlich stand Omas früherer Küchenschrank noch an derselben Stelle. Die Schlachträume waren nur mit viel Phantasie auszumachen, waren aber noch, wenn auch in völlig desolatem Zustand, vorhanden. Mit einem Landsmann und seiner Frau ging ich nach Lehwald, wo wir die Stelle seines Elternhauses fanden; hier wurde er 1942 geboren. Andere Norkitter gingen zum früheren Gut Paradeninken und nach Woynothen. Aber auch die Schwalbentaler Mitreisenden kamen nicht zu kurz. Mit der Enkelin von Bauer Preugschat ging ich durch hüfthohes Gras schnurstraks auf das Gelände zu, wo der frühere großelterliche Hof in Ruhendorf stand. Eine größere Gruppe ging mit Roland nach Gravenort, wo er 1938 geboren wurde. Else fuhr zum wiederholten Male mit mir nach Insterburg, um den Tag ihres Geburtstages in Berszienen zu erleben. Mit vier Personen leerten wir eine Flasche Sekt und hatten bewegende Momente auf dem Gelände des früheren großelterlichen Hofes. Von Bokellen aus gingen einige Landsleute mit mir nach Klein Potauern, wo das Geburtshaus meiner Oma noch steht und sich in einem recht ordentlichen Zustand zeigt. Die wieder erstandene Ziegelei in Lugowen ist immer noch in Betrieb. Zweimal konnte ich bisher diese Ziegelei mit meiner Reisegruppe sogar besichtigen, dieses Mal durfte ich noch nicht einmal Fotos machen. Offenbar gelang es dem Direktor nicht, das alte Gutshaus zu erwerben. Nun verfällt es immer mehr. Auch in Schwalbental gibt es keine sichtbaren positiven Veränderungen. Das Dach des großen alten massiven Apothekengebäudes ist marode. Dagegen scheint Jänichen in neuem Glanz zu erstrahlen. Vor Jahren wurde eine neue Schule gebaut und in den letzten beiden Jahren entstand eine neue orthodoxe Kirche. Das frühere Gasthaus Behrendt wurde zumindest von außen restauriert, auf der gegenüberliegenden Seite an der Auxinne gelegen, entstand ein neuer Kinderspielplatz mit modernsten Geräten. In Amwalde wurde das frühere Schulgebäude verkauft und wird jetzt, ein wenig kleiner, zum Wohnhaus renoviert. Das Wohnhaus des früheren Bürgermeisters Habeck zeigte sich in einem sehr ordentlichen Zustand. Auch in Insterburg scheint die Zeit nicht mehr stillzustehen. Wir haben viele restaurierte Gebäude gesehen, aber auch viele Neubauten. Straßen werden neu asphaltiert und an einigen Stellen entstehen auch neu gestaltete Bürgersteige. Ich versuche, Insterburg immer von der positiven Seite zu erleben. Eine erst kürzlich in Insterburg stattgefundene Architektentagung lässt berechtigte Hoffnung aufkommen. Auch das Museum im alten Schloss nimmt immer bessere Gestalt an. Und das ehemalige Gestüt Georgenburg lässt in eine gute Zukunft schauen. Kurzum, ich bin zufrieden mit dem Erlebten in Insterburg. Nach meiner Meinung sollte man wieder nach dort fahren. Ich bin gerne in Insterburg, fühle mich dort fast heimisch. Ganz sicher trägt die Atmosphäre im Hotel Zum Bären dazu bei, dass alle meine diesjährigen Mitreisenden mit meiner Organisation zufrieden waren. Unser gemeinsamer Abschlussabend im Innenhof des Hotels ließ eine schöne Reise ausklingen. (*Fortsetzung in Folge 40*)

KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Jahrestreffen der ehemaligen Sackheimer Mittelschüler – Zum Auftakt des Jahrestreffen konnte die Vorsitzende Margot Pulst 23 Teilnehmer begrüßen. Dabei wurden den Gästen Grüße von vielen Daheimgebliebenen und erkrankten Mitgliedern vorgelesen. Besonders erfreut hat alle besonders das Wiedersehen mit Egon Hömpler. Anschließend sang man gemeinsam das Lied der ehemaligen Sackheimer Mittelschüler „Schule der Heimat" von der Schülerin Antonie Hill. Erstmals aufgeführt wurde dieses Lied vor dem ehemaligen Rektor Willy Zeil im März 1957. Am nächsten Tag wurden die Teilnehmer von einem Bus zu einer Stadtrundfahrt abgeholt. Essen/Ruhr ist die zweitgrößte Stadt Nordrhein-Westfalens. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Altstadt durch Bomben zerstört, so dass so gut wie gar nichts mehr davon geblieben ist. Die Stadtrundfahrt durch die „Krupp-Metropole" offenbarte erhebliche Schäden durch den Kohleabbau. Im Laufe der Jahre ergaben sich dadurch in einigen Stadtteilen erhebliche Erdabsenkungen, wodurch ganze Häuserzeilen beschädigt wurden. Hauptziel der Rundfahrt war die Besichtigung der „Zeche Zollverein" mit der Kokerei. Beides ist inzwischen zu einem Ort der Gegenwartskunst geworden. 2001 ist das gut erhaltene Bauwerk zum Weltkulturerbe erklärt worden. Für den Nachmittag hatte Margot eine Schiffsfahrt auf dem Baldeneysee gebucht, einem Stausee der Ruhr. Die umliegenden Laubwälder mit den belebten Ufern ließen eindeutig ein Erholungsgebiet erkennen. Am nördlichen Ufer des Stausees liegt mitten in einem Park die „Krupp-Villa Hügel", die heute ein Museum ist und viele Kunstschätze beherbergt. Die Jahreshauptversammlung war vor dem Abendessen angesetzt. Nach der Begrüßung durch Margot Pulst übernahm Schriftführer Günter Walleit die Totenehrung. Kassierer Heinz Gegner versicherte erneut, dass die Beiträge ausschließlich auf das Firmenkonto der VeSM eingingen. Aufgrund der ständig abnehmenden Mitgliederzahl wird der Kassenbestand geringer ausfallen. Am Schluss der Versammlung stellte die Vorsitzende die Frage an die Mitglieder, ob man in diesem Rahmen weitermachen soll? Die anwesenden Mitglieder sprachen sich eindeutig für eine Weiterführung der Jahrestreffen aus. Nun sollen alle Mitglieder befragt werden, wer weiterhin bereit ist, an einem Treffen teilzunehmen. Auch sollte der Treffpunkt beziehungsweise die Stadt leicht mit der Bahn zu erreichen sein. Wegen der zu erwartenden geringen Beteiligung kann im nächsten Jahr aber kein Jahrestreffen in Dresden stattfinden. Im Anschluss erwartete die Gruppe ein Spezialitätenbüffet. In der sich anschließenden gemütlichen Runde sorgten besonders Margot und Heinz Gegner für gute Stimmung. Nach einem ausgiebigem Frühstück startete man in den nächsten Tag. Fast jeder hatte sich ein besonderes Ziel gesetzt, wie zum Beispiel das ehemalige Altstadt-Viertels mit dem Dom. Vom Gruga Park über die Villa Hügel bis hin zum Folkwang Museum reicht der Reigen, der von den MItgliedern besuchten Städten. Am Ende des Tages kamen alle beim Abendessen zu einem festlichen Abend zusammen. Zu Beginn sang man gemeinsam ein Lied. Anschließend wurden für eine 25-jährige Mitgliedschaft mit einem „Bärenfangorden" geehrt: Heinz Schirmacher, Manfred Rattay und Günter Walleit. Für einen guten Schluck ostpreußischen Bärenfangs hatte Siegfried Dorn gesorgt. Ilona Timm, die unfallbedingt nicht am Jahrestreffen teilnehmen konnte, hatte für den festlichen Abend des Treffens telegrafisch eine frische Marzipantorte bestellt, die der Konditor des Hotels Arosa frisch angefertigt hatte. Trotz der fortgeschrittenen Stunde fand dieser Gaumenschaus reichlich Abnehmer. Zu Unterhaltung und Tanz spielte das uns aus Köln bekannte Musikerehepaar viele Schlager aus Film und Operette der 30er und 40er Jahre. Die kleine Tanzfläche reichte zeitweilig bei den vielen Tanzbegeisterten gerade so aus. Vorträge von Mitschülern fehlten auch dieses Mal nicht. Daran beteiligt waren Dorothea Blankenagel, Margot Pulst und Heinz Gegner. Adolf Pulst glänzte mit einem auf der Mundharmonika vorgetragenem temporeichen Musikstück und Marlene Schlepper tanzte dazu. Günter sang, begleitet vom Musiker am Keyboard, das in der Heimat gern gesungene Lied: „Wo de Haffes Wellen trecken an den Strand". Um Mitternacht reichte man sich die Hand und sang zusammen. Am nächsten Morgen hieß es dann nach dem Frühstück Abschied nehmen und auf ein gesundes Wiedersehen im Jahr 2011.





PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

62. Heimatkreistreffen: Grußwort und Rede vom Stellvertretenden Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Wolfgang Thüne – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Landsleute! Zu ihrem 62. Heimatkreistreffen überbringe ich Ihnen die besten Grüße der Landsmannschaft Ostpreußen, insbesondere die des Sprechers Wilhelm v. Gottberg. Möge das Heimattreffen Ihnen Ansporn und Kraft geben, weiter für Frieden und Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit zum Wohle unserer Heimat Ostpreußen zu arbeiten. Wer wie wir Ostpreußen das Ziel „nie wieder Krieg" verfolgt, für den ist der Dienst am Frieden der höchste Dienst überhaupt. Sie alle kennen sicher den Satz des griechischen Philosophen Hereaklit von Ephesos: „Alles fließt!" Auch die Landsmannschaft Ostpreußen „fließt" mit dem Strom der Zeit. Ihre Aufgaben unterliegen einem ständigen Wandel und verfolgen ein konkretes Ziel, ohne sich vom „Zeitgeist" leiten und lenken zu lassen. Seit den Umbrüchen im „Ostblock" 1989 wie der Erweiterung der Europäischen Union 2004 ergeben sich völlig neue Perspektiven und Ansatzmöglichkeiten für unsere humanitäre Arbeit. Die Landsmannschaft Ostpreußen versteht sich als eine gegen Gewalt und Unrecht kämpfende Menschenrechtsorganisation. Doch selbst bei dieser ehrenwerten und moralisch anerkennenswerten Aufgabe weht einem manchmal der politische Wind heftig um die Ohren.



Das Bild „Ostpreußen heute" erleichtert es gewaltig, ein optimistisches Bild von „Ostpreußen morgen" zu entwerfen. Wir Ostpreußen sind realistisch denkende Menschen, die keinen Illusionen oder utopischen Wunschträumen anhängen, sondern erst gründlich den Boden untersuchen, um zu sehen, ob der Untergrund die Standfestigkeit garantiert, um darauf ein gemeinsames „Haus der Zukunft" zu errichten. Der Untergrund ist die historische Vergangenheit, die ich als bekannt voraussetze. Ostpreußen wurde ab 1231 in das christliche Abendland hineingezwungen durch die gewaltsame Bekehrung der heidnischen Pruzzen. Durch den Deutschen Orden wurde Ostpreußen ein blühendes Gemeinwesen, das später ab 1525 als Herzogtum ein Eigenleben führte und erst 1871 als Provinz in das Deutsche Reich integriert wurde. Kaum 75 Jahre später wurde Ostpreußen dreigeteilt. Heute gehören das Memelland zu Litauen, das Königsberger Gebiet zu Russland und der südliche Teil zu Polen. Durch Flucht, Vertreibung und Deportation sind die verbliebenen Deutschen in ihrer angestammten Heimat zur absoluten Minderheit geworden.

Wie kann aufgrund dieser Situation die Zukunft aussehen? Bis auf das Königsberger Gebiet gehört Ostpreußen zur Europäischen Union. Deutsche, Litauer und Polen sind Bürger der Europäischen Union. Sie genießen bald volle Freizügigkeit und können arbeiten und siedeln, wo sie wollen. Damit sind wir praktisch historisch in eine Epoche zurückgekehrt, wo Freizügigkeit üblich war, wo es keine strengen nationalstaatlichen Revierabgrenzungen gab. Die Fürstenhäuser Europas, von Spanien bis Russland und von England bis Griechenland, waren untereinander verwandt und verschwägert. Fast mit jeder Hochzeit wechselte die Herrschaft, ohne dass die Bürger davon behelligt und in ihren Rechten auf Eigentum und Erbe beeinträchtigt wurden. Man konnte mit der Kutsche von St. Petersburg zur Kur nach Baden-Baden, von Königsberg nach Rom fahren.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



Und meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande,
als flöge sie nach Haus.
v. Eichendorff

Am 12. 7. 2010 ist unsere liebe Mutter in großem Gottvertrauen und fern ihrer unvergessenen Heimat erlöst worden.

Käthe Hintz

geb. Matthée

* 31. 7. 1913 Trakinnen/Ostpreußen — † 12. 7. 2010 Verden

Mütter halten die Hände ihrer Kinder eine Weile
aber ihre Herzen für immer.

Dorle, Ulrich, Hartmut, Christian
Schwiegerkinder, Enkel und alle Anverwandten

Eckernförde, 22. 9. 2010



Ein Lebenskreis hat sich geschlossen.

Werner Schwenzfeger

* 2. 8. 1923 Königsberg — † 9. 9. 2010 Rottweil a. N.

In stiller Trauer
Margarethe Schwenzfeger mit Familie



Als Gott sah,
dass der Weg zu lang,
der Hügel zu steil
und das Atmen zu schwer wurde,
legte er den Arm um ihn und sprach:
komm heim.

In liebevollem Gedenken nahmen wir Abschied von meinem Vater, Schwiegervater und Opi

Kurt Becker

* 17. 11. 1910 Petershausen/Ostpr. — † 21. 9. 2010 Bielefeld

Hans-Georg Becker
Christine Mohaupt-Becker
Timo Becker

33647 Bielefeld, Leo-Fall-Straße 11

Die Beerdigung war am Freitag, dem 24. September 2010, in Sennestadt auf dem Waldfriedhof am Senner Hellweg. Die Trauerfeier begann um 12 Uhr in der Kapelle.

Anstelle zugedachter Blumen oder Kränze bitten wir um eine Spende für den „Diakonie Verband Brackwede, Hospizarbeit im Bielefelder Süden". Sonderkonto Bestattungen Wißmann, Sparkasse Bielefeld, Konto Nr. 23 187 206, BLZ 480 501 61, Kennwort: Kurt Becker.

Deiner Tüchtigkeit und Fleiß,
sei auch heute wieder Lob und Preis.
Erika Jahr

Erika Jahr

* 21. August 1920 Kl. Falkenau/Westpr. — † 5. September 2010 Frankfurt/Main

Die Worte von Erika Jahr gelten heute ihr.
Unsere bekannte und beliebte Verwalterin der Heimatkartei
verstarb mitten in der Arbeit.

Gut Drenken im Kreis Mohrungen/Ostpreußen war
und blieb ihre Heimat.

In liebevollem Gedenken
Die Kreisgemeinschaft Mohrungen e. V.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Buchen – Montag, 4. bis Donnerstag, 7. Oktober, Fahrt an den Bodensee. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Frau Winkler.

Göppingen – Mittwoch, 6. Oktober, Treffen der Kreis-Frauengruppe im Restaurant Mythos, Hauptstraße 65, Eislingen. Unter anderem geht man der Frage nach: „Wie entsteht ein Jostenband?“ Außerdem gibt es Lieder und Gedichte in Mundart sowie Stuhlgymnastik. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen unter Telefon (07162) 5870.

Lahr – Donnerstag, 7. Oktober, 18 Uhr, Stammtisch der Gruppe im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3.

Reutlingen – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr (Einlass 13.30 Uhr), Großveranstaltung: „60 Jahre der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Reutlingen“ in der Julius-Kemmler-Halle, Hoffmannstraße 8, 72770 Reutlingen-Betzingen. Mehrere Ehrengäste haben ihr Erscheinen zugesagt, so unter anderem die Oberbürgermeisterin von Reutlingen, Barbara Bosch. Die Landesvorsitzende, Uta Lüttich, wird die Festansprache halten. Weitere Persönlichkeiten aus Politik und den Landsmannschaften werden zugegen sein. Im Anschluss an den offiziellen Teil soll die Feier bei einem gemeinsamen Abendessen und Musik in fröhlicher Runde ausklingen. Anmeldungen bitte bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541.

Stuttgart – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Herbst- und 62. Stiftungsfest mit unterhaltsamem ostpreußischen Programm im Ratskeller Stuttgart, Marktplatz 1, Stuttgart.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 14. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben“.

Weiden – Sonntag, 3. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest im „Weingarten“.

Weinheim – Mittwoch, 13. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Thema: „Der Elch – und die Elchschaufel. Symbole Ostpreußens“.

Ansbach – Sonntag, 3. Oktober, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im Onoldia-Saal, Ansbach. Die Festreferentin des BdV und Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Westpreußen, Sybille Dreher, hält den Festvortrag. – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Treffen in der „Orangerie“. Thema: „Erntedank in der Heimat“, anschließend gemütlicher Teil mit einem Tilsiter-Käse-Essen (geplant).

Erlangen – Sonntag, 12. Oktober, 11 Uhr, ökumenischer Gottesdienst in der Altstädter Kirche zum „Tag der Heimat“. 15 Uhr, Festveranstaltung im Redoutensaal. Die Festansprache hält der bayerische Innenminister Dr. Joachim Herrmann. Umrahmt wird die Veranstaltung durch die „Speeldeel Ihna“ aus Erlangen sowie die polnische „Speeldeel Ina“ aus Kolberg. – Dienstag, 12. Oktober, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 1. Oktober, 14.30 Uhr, Erntedankfest mit Musik im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfeier der Gruppe im Restaurant am Hofbogen, Hof. Gäste sind herzlich willkommen.

Ingolstadt – Sonntag, 17. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Sonnabend, 2. Oktober, Erntedank-Ausflug mit Privatautos nach St. Englmar, Bayerischer Wald, Baumwipfelweg.

München Nord/Süd – Sonnabend, 2. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel, anschließend wird der Videofilm: „Das neue Bernsteinzimmer“ gezeigt.

Nürnberg – Freitag, 8. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest im Tucherbräu am Opernhaus.

Rosenheim – Mittwoch, 13. Oktober, Diavortrag: „Bilder aus Nordostpreußen und Masuren“ von Reinhard August.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 22. Oktober, 19 Uhr, gemeinsames Abendessen: Schlesische Bratwürste im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Dazu gibt es „Neue Bilder und Berichte aus der Heimat – Aktuelle Berichte des Ausfluges nach Danzig, Westpreußen und Pommern“



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Herrmann Trilus Telefon (03303) 403881.



Wehlau – Sonntag, 3. Oktober, 15 Uhr, Restaurant „Linden-Garten“, 12149 Berlin. Anfragen: Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Mohrungen – Donnerstag, 7. Oktober, 15 Uhr, Erntefest“ im Restaurant Sternstunde, Kreuznacherstraße 29, 14197 Berlin. Anfragen: Ursula Dronsek, Telefon (030) 2164338.



Bartenstein – Sonnabend, 9. Oktober, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße1-3, 14153 Berlin, Erntedank mit Tombola. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Heilsberg – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, „Gemütliches-Beisammensein“ im Restaurant Novi Sad, Schönefelder Straße 2, 12357 Berlin, U-Bahnstation Rudow. Anfragen: Benno Boese, Telefon (030) 7215570, oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.



Rößel – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, „Gemütliches-Beisammensein“ im Restaurant Novi Sad, Schönefelder Straße 2, 12357 Berlin, U-Bahnstation Rudow. Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600, oder über Berlin.



Rastenburg – Sonntag, 10. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin, Erntedank. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 2101.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 13. Oktober, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115 10963 Berlin, „Erntedank mit Tombola“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



Lötzen – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Johannisburg – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen:



Sensburg – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



Pillkallen – Dienstag, 19. Oktober, 13 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42, 12063 Berlin, „Erntedankfest“. Anfragen: Helga Rieck, Telefon (030) 6596822.



Stallupönen – Dienstag, 19. Oktober, 13 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42, 12063 Berlin, „Erntedankfest“. Anfragen: Günter Kropp, Telefon (030) 3312590.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonnabend, 2. Oktober, 14 Uhr, feiert die Gruppe ihr Herbstfest im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen. Bei Kaffee, Kuchen und einen Filmvortrag (Romantisches Masuren – Land der tausend Seen) sollen ein paar gesellige und besinnliche Stunden miteinander verbracht und gemeinsam in Erinnerungen geschwelgt werden. In dem Film erlebt man die romantische Landschaft Masurens mit seinen unberührten Flussläufen, verschwiegenen Wäldern, goldgelben Kornfeldern, verträumten Städtchen und einer intakten Tier- und Pflanzenwelt. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldung bei K. Wien, bis zum 1. Oktober. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag: 5 Euro.



Insterburg – Mittwoch, 6. Oktober, 13 Uhr, Erntedankfest mit Vorträgen und Liedern im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Osterode – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, unmittelbar am Bahnhof Ohlsdorf. Nach einer gemeinsamen Kaffeetafel will man unter der Erntekrone bei Gesang gemütlich beieinander sein. Spenden für den Erntetisch nimmt die Gruppe dankend entgegen. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.



Sensburg – Sonntag, 10. Oktober, 15 Uhr, das Erntedankfest im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg, fällt leider aus! Sonntag, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es gibt einen Diavortrag: „Reise ins Frankenland“.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 5. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. Oktober, jeweils ab 10 Uhr, findet die Landeskulturtagung in der Kongresshalle Gießen, Kerkrader Zimmer, statt. Untergebracht ist man im Hotel am Ludwigsplatz, Am Ludwigsplatz 8, 35390 Gießen/Lahn. Die Teilnehmerkosten betragen 100 Euro pro Person (inklusive Ü/VP), Tagesgäste 30 Euro pro Person (inklusive Mittag- und Abendessen). Information und Anmeldungen bis zum 31. August an Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg. Programm: Sonnabend: 10.15 Uhr, Sieghard Drews über „Preußisch Stargard in der Zeit des Deutschen Ordens“; 11 Uhr, Manfrid Baaske über „Eichendorff in Ost- und Westpreußen“; 12 Uhr, Mittagspause; 13.30 Uhr, Treffen der Leiterinnen der Frauengruppen unter der Leitung von Karla Weyland; 14.45 Uhr, Prof. Dr. Joachim Buhrow über „Friedrich-Wilhelm Bessel – Astronom und Mathematiker, Königsberg“; 16 Uhr, Kaffeepause; 17 Uhr, Renate Holznagel (Vize-Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern) über „20 Jahre Mauerfall aus östlicher Sicht“; 18 Uhr, Abendbrot; 19.30 Uhr, Waltraud von Schieden-Scheffler zeigt die Kurzfilme: „Marienburg zur Zeit des Deutschen Ordens“ und „Das alte Ostpreußen“. Sonntag: 9 Uhr, Karla Weyland über „Die ‚Schucke‘ – eine tolle Knolle“; 9.45 Uhr, Dieter Leitner über „Jugendjahre von Königin Luise“; 10.45 Uhr, Gerhard Schröder über die „Abstimmung in Ostpreußen“; 11.45 Uhr, „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung“ durch den Landesvorsitzenden Dieter Strauß; 12.20 Uhr, Mittagessen und anschließend Abreise.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Erntedankfest-Feier im Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. – Donnerstag, 14. Oktober, 12 Uhr, Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird Dämpferkarbonade. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Für die Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden (bis 8. Oktober) bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Mittwoch, dem 6. Oktober, um 19.30 Uhr, Diavortrag: „Ostpreußen – Im Paradies der Störche“ mit dem Vogelkundler Gert Dahms im Buxtehuder Kulturforum am Hafen. Ostpreußen gilt seit jeher als ein Dorado der Weißstörche. Einst gab es hier die höchsten Bestände dieser Vögel auf der Welt. Noch heute finden sie in der ehemaligen deutschen Provinz bessere Lebensbedingungen vor als anderswo. Im Jahre 1934 fand die erste internationale Zählung des Weißstorch-Bestandes statt. Sie ergab für Ostpreußen die weltweit höchsten Bestände. Allein im Kreis Gerdauen wurden 436 Horstpaare gezählt. Heute leben in diesem Gebiet immerhin noch 378 Paare. Das fand Gert Dahms gemeinsam mit anderen Vogelschützern bei Zählungen heraus, die seit 2004 dort laufen. Gert Dahms, ehemaliger Polizeibeamter, ist seit mehr als 40 Jahren ehrenamtlicher Weißstorch-Betreuer im Landkreis Stade und Mitglied im Verein Jordsand zum Schutz der Seevögel. Der Eintritt beträgt 5 Euro (Schüler frei). – Sonnabend, 16. Oktober, 14.30 Uhr, heimatlicher Kulturnachmittag im Inselrestaurant, Stade. Es werden unter anderem Küchenlieder aus Herrschaftszeiten von Gerda Heykena gesungen. Der Kostenbeitrag einschließlich Kaffeegedeck beträgt 10 Euro. Anmeldung bis zum 10. Oktober.

Göttingen – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, traditionelles Haxenessen bei „Eisenacher“, Robert-Bosch-Breite 5. Anmeldung bis zum 6. Oktober. – Dienstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“ Barfüßerstraße 5. – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Hannover – Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ in Burgdorf. – Sonnabend, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Herbstfest zusammen mit der Pommerngruppe im „Ihmeblick“.

Helmstedt – Donnerstag, 14. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. Nähere Auskünfte erteil Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Erntedanknachmittag der Frauengruppe im Stadthotel Eversten, Oldenburg. Dieser soll selbst gestaltet werden mit Beiträgen rund um das Thema. Zu einem Basar mit Früchten und Produkten der diesjährigen Ernte aus Feld und Garten mögen alle Mitglieder, Freunde und Bekannte etwas mitbringen.

Osnabrück – Sonnabend, 2. Oktober, 15.30 Uhr, Erntedanknachmittag in der Osnabrück Hal-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Historisch scheint die Epoche der Nationalstaaten, die sich mit den Kriegen Napoleons wie ein Virus über Europa ausbreiteten, überwunden zu sein. Diese hatten zwar Mehrheitsbevölkerungen, aber überall in Europa gab es Minderheiten, von den Basken und Bretonen bis zu den Banater Schwaben wie Siebenbürger Sachsen. Sie hatten es vielfach schwer, es gab hässliche Exzesse bis hin zu den „ethnischen Säuberungen“ zuletzt auf dem Balkan. Nun ist die historisch günstige Chance gegeben, dass in Europa über die Europäische Union hinaus wieder ein Geist Fuß fassen kann, der Preußen auszeichnete. Preußen war kein Nationalstaat, sondern ein Rechtsstaat, der die Toleranz zum Prinzip erhoben hatte und im Rahmen der Gesetze Jedem die Freiheit ließ, nach seiner Façon selig zu werden. Religionsflüchtlinge aus ganz Europa fanden in Preußen Aufnahme, schlugen Wurzeln und fanden hier Heimat!

Wer sich Gedanken über die Zukunft Ostpreußens in Europa macht, muss zuerst ehrlich und wahrhaftig bemüht sein, die Geschichte mit all ihren Höhen und Tiefen aufzuarbeiten, um daraus vernünftige Lehren für ein zukünftiges gemeinsames Zusammenleben zu ziehen. Werfen wir zuerst alle einengenden Ideologien über Bord und werden freie Menschen. So wie es keine Übermenschen und Untermenschen gibt, so auch keine besseren und schlechteren Völker. Alle sind an die allgemeinen Menschenrechte gebunden und haben sich dem Völkerrecht unterzuordnen. Wir alle, ob als Individuum oder als Sozialwesen, sind Sünder und keine Engel. Vor allem sollten wir den diesseitigen Neidideologien entsagen und uns wieder bewusst werden, dass wir alle „Kinder Gottes“ und damit Brüder sind. Das ist noch keine Garantie für Friedfertigkeit, denn auch Kain und Abel waren Brüder, aber ein zwingend notwendiger Anfang!

Wenn wir das christliche Gebot der Nächstenliebe beachten und uns um Toleranz bemühen, dann müsste ein friedfertiges Zusammenleben zwischen Deutschen, Litauern, Polen und Russen in einem vereinten Ostpreußen möglich sein. Dann dürften Freiheit und Frieden dauerhaft gewährleistet sein. Nur so hat das „Haus Europa“, für das insbesondere die Vertriebenen seit 1950 so hartnäckig gekämpft haben, Bestand. Werfen wir all die antiquierten und ewig-gestrigen Feindbilder über Bord, lassen wir uns nicht mehr gegenseitig von Demagogen aufhetzen, und gestalten wir als Glieder der Menschheitsfamilie gemeinsam unsere Zukunft.

Erinnern wir uns an das Wort von Immanuel Kant: „Freiheit ist das Dasein der Wahrheit.“ Lassen wir Demagogen keinen Platz mehr, mit Lügen, Feindschaft und Zwietracht unter den Menschen und Völkern zu säen und Hass zu schüren. Wenn wir alle das „liebe deinen Nächsten“ beherrschen, können wir optimistisch in die Zukunft schauen.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

le. Anmeldungen bis zum 20. September bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646. – Freitag, 15. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Donnerstag, 14. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im großen Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42 in Rinteln. Dr. Hans-Walter Butschke, Lemgo, wird seine Ausführungen über die „Geschichte der Seeschifffahrt“ mit dem zweiten Teil fortsetzen. Neben den Mitgliedern sind auch Freunde und interessierte Gäste herzlich willkommen. – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 4. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 7. Oktober, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest in der Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld. – Donnerstag, 14. Oktober, 15 Uhr, „ostpreußisch Platt“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düsseldorf – Dienstag, 5. Oktober, 18 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Udo Arnold „Tannenberg/Grundwald als politisches Symbol im 19./20. Jahrhundert“ im Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74.

Ennepetal – Sonnabend, 9. Oktober, 16 Uhr, Erntedankfest in der „Rosine“.

Gevelsberg – Freitag, 15. Oktober, 16.15 Uhr, Erntedankfeier mit gemütlichem Beisammensein und Musik im Vereinslokal Keglerheim, Hagener Straße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 4. Oktober, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 11. Oktober, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütesloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9.

Köln – Dienstag, 5. Oktober, Heimatnachmittag der Gruppe im Kolpinghaus, Hotel International St. Apern, Helenenstraße 32, Köln. Die Zusammenkunft steht unter dem Motto: Herbststimmung mit Erntetisch und Rezitationen eines ostpreußischen Marjellchen mit Überraschungen. Mit dabei ist auch der Danziger Bonke Strehlau.

Leverkusen – Sonnabend, 9. Oktober, 13 Uhr, findet das traditionelle, heimatbezogenes Erntefest im Bergischen Land statt. Unter dem Motto: „wie damals zu Hause“ gestaltet es die Kulturgruppe. Das Bauernpaar mit Gemeinde ist auch dabei, und es werden schöne Erntekörbe ausgelost. Abfahrt der Busse um 13 Uhr ab Ottostraße. Einzelne Haltestellen – wie im Heftchen aufgeführt – werden angefahren. 14 Uhr erfolgt die Abfahrt vom Busbahnhof Wiesdorf. Anmeldung bei Pelka, Telefon (0214) 95763.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Handelshof“. Thema des Referats wird „Königin Luise – 200. Todestag in diesem Jahr“ sein. Den Abschluss bildet das traditionelle Königsberger-Klopse-Essen.

Neuss – Sonntag, 3. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. Es gibt Gedichte, Lieder und Tanz unter der Erntekrone.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur diesjährigen Erntedankveranstaltung im „Dülkener Hof“, Lange Straße 54. Auch in diesem Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden bewährter Art gesorgt. Der Kostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos 5 Euro pro Person. Spenden für die Erntedankverlosung werden bis zum 1. Oktober erbeten (An der Hees 15). Bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Bei uns ist jeder Gast herzlich willkommen! Im Mittelpunkt der Erntedankfeier steht eine Lesung von Irmgard Powierski unter dem Motto: „Erntedank in Ostpreußen“.

Wesel – Sonnabend, 2. Oktober, 17 Uhr, Erntedankfest der Gruppe in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel (Datumsänderung!). Verschiedene Darbietungen und die beliebte Tombola mit vielen schönen Preisen stehen auf dem Programm. Für das leibliche Wohl wird ebenfalls wie immer gesorgt sein. Anmeldungen bis zum 25. September bei Kurt Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 2. Oktober, 14.30 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Freitag, 8. Oktober, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Arbeiter-Wohlfahrt, Forsterstraße. Die Gruppe begrüßt den Oktober mit Neuem Wein und Zwiebelkuchen.

Mainz – Freitag, 8. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 15. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Donnerstag, 14. Oktober, 13.30 Uhr, Treffen am Hauptbahnhof Mainz, Bahnhofsplatz. Von dort geht es zu einem Spaziergang in den Biebricher Schlosspark.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Thema der Zusammenkunft: Frauenschicksale – „Die Frauen von Nidden“ von Agnes Miegel.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dresden – Mittwoch, 13. Oktober, 14 Uhr, Festveranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Dresden.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 14. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im „Bestehornhaus“, Aschersleben.

Dessau – Montag, 11. Oktober, 14 Uhr, Erntedank der Gruppe im „Krötenhof“.

Halle – Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54. Alle Besucher sind herzlich gebeten zur Ausgestaltung der Erntedanktafel beizutragen.

Magdeburg – Dienstag, 5. Oktober, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße. Themenschwerpunkt: Vorbereitung 2011. – Freitag, 8. Oktober, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 10. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedank in der Sportgaststätte Spielhagenstraße.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Sonntag, 3. Oktober Erntedankfest der Gruppe in der Flensburger Kirche St. Nikolai am Südermarkt. Anschließend findet anlässlich des Tages der Deutschen Einheit ein Gedenken an den wichtigen Tag und ein gemeinsames Mittagessen (Königsberger Klopse) in einem nahen Restaurant statt. – Freitag, 22. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen im Torhaus zu Schloss Glücksburg, anlässlich des Geburtstages – 22. Oktober 1858 – von Kaiserin Auguste Viktoria. Nach einem Spaziergang durch den Schlosspark trifft sich die Gruppe bei Kaffee und Kuchen im Rosencafe in Glücksburg. Das Gesprächsthema ist natürlich die letzte deutsche Kaiserin aus dem Herzoglichen Hause Schloss Glücksburg. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

Malente – Sonntag, 3. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier in der Maria-Magdalenen-Kirche, Malente. Pastorin Grunert wird zum Erntedank sprechen. Die Anmeldung muss umgehend im Blumenhaus Franck in der Bahnhofstraße vorgenommen werden. Gäste sind herzlich willkommen. Im Anschluss findet im Haus der Kirche, Janusallee 5, Malente, ein gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen statt, wobei jeder durch persönliche Beiträge zum Gelingen des Nachmittages beitragen kann.

Neumünster – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Die Gruppe feiert Erntedank mit Beiträgen und herbstlichen Liedern an reich geschmückten Tischen mit Gaben zum Erntedank. Gäste sind herzlich willkommen. – Auf der letzten Veranstaltung hielt die Erste Vorsitzende, Brigitte Profé, nach der Begrüßung eine Rückschau auf den 61. landesweiten „Tag der Heimat“. Den kulturellen Teil hatten die Ostpreußen übernommen. Anschließend wurden die Geburtstage verlesen – darunter wieder ein 90. Geburtstag (Marga Neumann) und der 100. Geburtstag von Anni Rhetz. Nach der gemütlichen Kaffeepause unterhielt Gerd Höpfner in ostpreußischer Mundart mit lustigen Gedichten und Geschichten von Otto Höpfner, Heinz Erhardt, Loriot und Wilhelm Busch. Danke Gerd Höpfner für die unterhaltsamen Vorträge.

Pinneberg – Sonnabend, 16. Oktober, 11 Uhr, Preußische Tafelrunde mit einem Diavortrag: „Bernstein – Schmuck oder Fenster in die Vorzeit“ von H.J. Kämpfert. Teilnehmer bringen bitte ihren Bernstein-Schmuck mit. Informationen und Anmeldungen bei R. Schmidt, Telefon (04101) 62667, oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Herbstfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 27. September bis 7. Oktober 2010 bietet das Ostheim wieder eine Herbstfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen über Seniorengymnastik, Dia- und Videoabende, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergänge, Museumsbesuche und einen Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der herbstlich gefärbte Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie. Diese zehntägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 478 Euro und im Doppelzimmer pro Person 413 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Für den christlichen Glauben

Seit über 900 Jahren dient der Johanniterorden den Mitmenschen

Nach der Befreiung Jerusalems von den Moslems gründeten im Jahre 1099 Ritter des Kreuzfahrerheeres und Brüder eines Spitals in Jerusalem einen Orden zur Verteidigung des christlichen Glaubens und zum Dienst an kranken Mitmenschen. Man wählte Johannes den Täufer zum Schutzheiligen und übernahm als Symbol das achtspitzige Kreuz als Sinnbild für die acht Seligpreisungen der Bergpredigt (Text aus der Bibel). So entstand der Johanniterorden.

Er fand schnell Anerkennung und Unterstützung in ganz Europa. Es entstanden regionale Einheiten, Priorate, Balleien und Kommenden, die die personelle und materielle Basis für die Arbeit im Heiligen Land zu stellen hatten.

200 Jahre nach ihrer Gründung mussten auch die Johanniter vor einer vielfachen islamischen Übermacht weichen und die heiligen Stätten verlassen. Sie setzten ihre Arbeit auf der Insel Rhodos fort, bis sie, auch hier 1522 von den Türken vertrieben, nach Malta auswichen. Überall unterhielten sie vorbildliche Hospitäler.

Damals wie auch noch heute lautet der Ordensauftrag: Einsatz für den christlichen Glauben und Verantwortung für den Mitmenschen in tätiger Nächstenliebe, insbesondere den Schwachen und Kranken zu helfen und im Glauben treu zu sein.

Nach der Reformation traten die Johanniterritter der Ordensballey Brandenburg zum evangelischen Glauben über. Die katholischen Ordensgliederungen schlossen sich zum „Souveränen Malteser Orden“ mit heutigem Sitz in Rom zusammen, der mit dem Johanniterorden stets in freundschaftlicher Verbundenheit zusammen gearbeitet hat. 2004 wurde eine weitgehende Kooperation in Rom vereinbart.

Der Johanniterorden ist einer der ältesten heute noch aktiven Orden.

Dem Johanniterorden gehören heute weltweit rund 4000 Mitglieder an. An seiner Spitze steht der Herrenmeister Dr. Oskar Prinz v. Preußen.

Der Johanniterorden, organisatorisch zusammengefasst in der Balley Brandenburg, gliedert sich in 23 regionale Genossenschaften beziehungsweise Kommenden, die im wesentlichen den deutschen Bundesländern und ehemaligen Provinzen entsprechen, sowie in die nichtdeutschen Genossenschaften in Finnland, Frankreich, Österreich, der Schweiz und Ungarn. In Großbritannien, den Niederlanden und Schweden arbeiten eigenständige Johanniterorden, die sich in der Allianz mit der Balley Brandenburg zusammengeschlossen haben, um ihre internationalen Tätigkeiten zu koordinieren.

Der Johanniterorden und seine Werke betreiben mehr als 70 stationäre Einrichtungen, unter anderem 15 Krankenhäuser mit rund 3600 Betten und 95 Altenpflegeeinrichtungen mit etwa 9600 Betreuungsplätzen; in den Einrichtungen arbeiten rund 11400 Mitarbeiter.



Bringt Hilfe in alle Teile der Welt: Die Johanniter-Unfall-Hilfe ist ein Ordenswerk des Johanniterordens. Bild: ddp

Die karitativen Aufgaben des Ordens sind in den Ordenswerken zusammengefasst. Die hier arbeitenden Ordensritter und Mitglieder der Ordenswerke leisten ihre Arbeit in der großen Mehrheit ehrenamtlich, das heißt ohne Bezahlung. Die Ordenswerke werden überwiegend durch freiwillige Beiträge und Spenden getragen.

Es gibt folgende Ordenswerke: die Johanniter-Unfall-Hilfe, die Johanniter-Schwesterschaft e.V., die Johanniter-Hilfsgemeinschaft, Die Johanniter-UnfaIl-Hilfe ist das größte Ordenswerk.

Etwa 29000 ehrenamtliche Helfer sowie 13000 hauptamtliche Mitarbeiter leisten ihren Dienst in über 300 Kreis- und Ortsverbänden in Deutschland. Sie werden von rund 1500000 fördernden Mitgliedern unterstützt. Auch in den Ländern Österreich, Italien, Lettland, Namibia und Südafrika unterhält die Johanniter-Unfall-Hilfe eigene Einrichtungen.

Die Hauptaufgaben der Johanniter-Unfall-Hilfe sind der Rettungsdienst, der Kranken- und Behindertentransport, die Laienausbildung in Erster Hilfe, die Schwesterhelferinnen-Ausbildung, sowie die Katastrophenhilfe im In- und Ausland. Darüber hinaus gewinnt eine Vielzahl von sozialen Diensten, wie der Betrieb von über 50 Sozialstationen, 100 Kindertagesstätten, von mobilen sozialen Diensten, wie zum Beispiel „Essen auf Rädern“, eine ständig wachsende Bedeutung.

Seit vielen Jahren leistet nun die Preußische Genossenschaft des Johanniterordens, auch aufgrund ihrer traditionellen Bindung an das Land (sie unterhielt bis 1945 insgesamt neun Krankenhäuser), humanitäre Hilfe im gesamten Gebiet des Ostpreußens, das heißt der Woiwodschaft Ermland-Masuren (Warmia-Mazurska) und im Königsberger Gebiet (Oblast Kaliningrad). Sie möchte durch ihre weitere Arbeit in dieser Region zur Verständigung zwischen den Völkern beitragen. *EB*

Der Adonis

Konkurrenz kann das Geschäft beleben

Karl Beckmann hat nichts gegen Büromenschen. Im Gegenteil. Einige der jungen Leutchen, die nach Dienstschluss noch schnell in seinen Laden stürmen, um ein Viertel Aufschnitt fürs Abendbrot zu holen, kennt er schon seit ihrer Lehrzeit. Und er kommt gut mit ihnen aus.

Seit ein paar Wochen gibt es unter ihnen jedoch einen, dem Karl am liebsten Hausverbot erteilen möchte. Er scheint in Karls Alter zu sein, also Anfang 30. Aber das ist auch schon alles, was die beiden Männer miteinander gemein haben. Während unzählige Bierchen und deftige Hausmannskost Karls Bauch stark gerundet haben und sein Gang immer mehr dem eines gutgemästeten Erpels ähnelt, schreitet der andere wie Jung-Siegfried einher. Seine Stimme verrät Charme und Nonchalance. Ihr Klang lässt die Adern auf Karls Stirn regelmässig anschwellen. Trina Beckmann aber wiegt dem neuen Kunden errötend Tomaten und Zucchini ab. Ach Trina, möchte Karl dann aufschreien. Was musstest du dich bloß in diesen Kerl vernarren!

> **Liebe geht halt doch durch den Magen**

Er kann es kaum mitansehen, wie seine Trina diesen Schönling mit ihren Blicken verschlingt. Wenn er da ist, wiegt sie sich kokett in den Hüften, und sein Lächeln entfacht in ihren Augen eine solche Glut, dass es Karl die Kehle zuschnürt.

Seitdem Jung-Siegfried jeden Abend sein Corned-Beef bei ihnen einzukaufen pflegt, pinselt Trina noch ein wenig mehr Rouge auf ihre Wangen und zwängt ihr dralles Figürchen in enge Jeans und knappe Lederröcke. Das Schlimmste aber ist, dass es zum Abendbrot nicht mehr Eisbein oder Kartoffelsalat mit Würstchen gibt, sondern nur noch winzige Fleisch- und Gemüseportionen, die Karl auf seinem Teller mit der Lupe suchen muss. Das ist gesund und hält schlank, behauptet Trina giftig, wenn er voller Abscheu im Essen stochert. Ihr selber scheint es auch nicht so recht zu schmecken, im Gegensatz zu ihrem Gatten hat sie aber wenigstens einen triftigen Grund, bei der Stange zu bleiben ...

Karl verliert an Gewicht und Lebensfreude. Sobald der Stundenzeiger der Ladenuhr sich der Fünf nähert, bricht Karl in Schweiss aus.

Auch heute steht er wie ein rotglühender Vulkan kurz vorm Ausbruch an der Wurstschneidemaschine und starrt zur Tür, durch die gleich sein Nebenbuhler hereinmarschieren wird.

Trina, die Oma Mischke gerade Schonkaffee vom Regal herunterreicht, blickt ebenfalls erwartungsvoll zur Tür. Aber als der so sehnsüchtig Erwartete dann wirklich den Laden betritt, ist es ein Schock für sie. Jung-Siegfried ist nämlich nicht allein gekommen: ein schlankes Wesen mit schwarzer Lockenmähne hängt an seinem Arm. Die beiden lassen sich von Karl französischen Käse und Salami schneiden und schlendern unter den gleichen verliebten Tändeleien aus dem Laden, wie sie ihn betreten haben. Vorsichtig äugt Karl zu Trina hinüber. Doch nichts deutet darauf hin, dass ihr das Herz gebrochen ist. Sie reckt die Stupsnase hoch, streicht resolut die Bluse über ihren runden Hüften glatt und begleitet Oma Mischke sogar noch nach draußen auf die Strasse. Dort bleibt sie einen Moment stehen, schaut versonnen auf die Obstkisten und kehrt dann mit festen, sicheren Schritten ins Geschäft zurück.

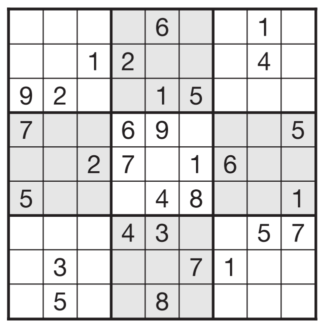
„Ich setz schon mal das Essen auf“, verkündet sie. Karl muss sich erstmal räuspern, um seine Kehle freizubekommen: „Was gibt's denn?“

Ein wunderhübsches, schalkhaftes Lächeln erhellt ihre Augen: „Kartoffelsalat mit Würstchen“. *Renate Dopatka*

Sudoku

				6			1	
		1	2				4	
9	2			1	5			
7			6	9				5
		2	7		1	6		
5				4	8			1
			4	3			5	7
	3				7	1		
	5			8				

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

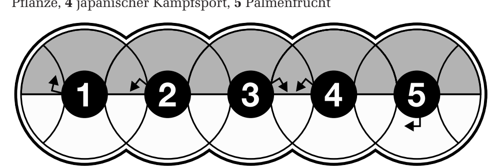
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Personen, die man sich in Notlagen wünscht.

1 gleitende Bewegung
2 Zustand der Lufthülle
3 hilflos
4 stark, gewaltig
5 Sprossenstiege
6 adliger Krieger im Mittelalter

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Hilfsmittel für Kraftfahrer im Winter.

1 das Abfeuern einer Waffe, **2** Erkältungserscheinung, **3** fleischige, stachelige Pflanze, **4** japanischer Kampfsport, **5** Palmenfrucht



PAZ10_39

Noch heute eine geachtete Tradition

Auch wenn Städter das Erntefest kaum noch feiern, wird es auf dem Land noch begangen

Seit Jahrtausenden feiern Menschen am Ende der Erntezeit ein Fest. Unsere Vorfahren in Mittel- und Nordeuropa kamen am 23. September, der Tagundnachtgleiche, zusammen, um mit einem Dankopfer die erfolgreiche Ernte zu feiern. Ähnliche Riten gab es im Judentum, aber auch bei den Griechen, Römern und Ägyptern.

Da der Mensch stets den Unbilden des Wetters ausgesetzt war, hatte er das Bedürfnis, Gott (oder den Göttern) zu danken für den notwendigen Vorrat an Nahrung, der zum Überleben im Winter notwendig war.

Das scheint heute anders zu sein. Wer in den Städten lebt, bekommt von dem Wachsen und Gedeihen auf den Feldern kaum noch etwas mit. Wofür also danken? In diesem Jahr haben wahrscheinlich viele die Nachricht des Bauernverbandes überlesen, dass wegen des heißen Juli und des nassen August die Ernte um 16 Prozent niedriger ausfiel. Noch Ende August waren im Norden Deutschlands viele Kornfelder nicht abgeerntet, weil die Feuchtigkeit dies nicht zuließ. Doch in den Supermärkten merkt der Kunde von diesen Schwankungen kaum etwas. Die Preise erhöhen sich allenfalls geringfügig, sonst scheint alles gesichert.

Dabei gab es in unserem Land durchaus andere Zeiten. Die Generation, die den Zweiten Weltkrieg miterleben musste, berichtet von schlimmen Hungerszeiten nach dem Krieg. Und Dankbarkeit hängt seltsamer Weise oft mit der erfahrenen Not zusammen. Wer einmal – und sei es nur auf einer Wanderung – richtig hungern musste, wessen Lippen zusammenklebten vor Durst, weiß um die Köstlichkeit von kaltem Wasser und einem einfachen Stück Brot.

Not lehrt nicht nur beten, Not lehrt auch danken. Dazu gibt es eine schöne Geschichte aus Nordamerika. Die Amerikaner feiern ihr „Thanks-Giving" am vierten Donnerstag im November. Ähnlich wie bei uns der Heiligabend ist dieses Dank-Fest das große Familienfest in den USA und Kanada. Viele nehmen sich den darauffolgenden Freitag frei und fahren für dieses lange Wochenende oft sehr weite Strecken, um zu Hause mit der ganzen Familie, einschließlich Großeltern, Tanten, Onkeln, Vettern, erwachsenen Kindern und Freunden in großer Runde zu feiern.

Seinen Ursprung hat dieses Thanksgiving-Fest in der Zeit der Pilgerväter im Jahr 1621. Die aus Europa ausgewanderten – und aus religiösen Gründen vertriebenen – Familien strandeten bei Plymouth Rock in Massachusetts. Nach einem harten Winter, wo etwa die Hälfte der Neuankömmlinge an Hunger starb, zeigten ihnen die einheimischen Wampanoag-Indianer, was und wie man in dem neuen Land anbauen kann. Sie brachten den Neuankömmlingen bei, wie man Mais und Kartoffeln anbaut und Truthähne hält. Im Herbst 1622 feierten daher die Neuankömmlinge zusammen mit den Indianern ein dreitägiges Erntedankfest, weil sie ohne deren Hilfe den folgenden Winter wohl kaum überlebt hätten. Damit begann die Tradition des amerikanischen Erntedankfestes.



Lebenswichtiger Ernteschmuck: Gott wird gedankt. Bild: mauritius

Bei diesem Fest gibt es bis heute die traditionellen amerikanischen Lebensmittel, die jede amerikanische Familie zu Thanksgiving auf den Tisch bringt, nämlich gebratenen und gefüllten Truthahn (roasted turkey) mit einer reichhaltigen Auswahl an Beilagen und Nachspeisen wie Moosbeeren-Soße (cranberry-sauce), Süßkartoffeln (sweet potatoes), Apfel- und Kürbiskuchen (pumpkin pie) sowie verschiedenen Gemüsen wie Squash, grüne Erbsen und Mais.

Doch zurück nach Deutschland. Wenn die Felder abgeerntet sind und sich Ende September der Herbst ankündigt, dann wird auch in Deutschland gefeiert. Vor Einzug des Christentums opferte man hierzulande Göttern wie „Freya" oder „Wotan" für eine gute Ernte; seit einem königlichen Erlass in Sachsen im Jahr 813 ehrt die Bevölkerung Gott, den Vater und Schöpfer. Terminlich liegt dieses Fest immer rund um den 29. September, dem Fest des Erzengels Michael, der die Stelle Wotans einnahm. Auch der preußische König bestätigte für die evangelischen Gemeinden in seinem Erlass von 1773 diese Regelung.

Auch wenn sich die Zeiten in vielem geändert haben und heute nicht mehr wie früher 80 Prozent der Menschen auf dem Lande leben, gehört das Erntedankfest weiterhin zu den großen Jahres-Festen. Man feiert vielleicht nicht mehr so ausgelassen wie früher, wenn eine Erntekrone zum Haus des Gutsherrn gebracht wurde und alle Knechte und Mägde bei „Erntebier", einem Festessen und Tanz zusammen waren. Aber in vielen ländlichen Gegenden hat dieses Fest eine gute Tradition. Große Ernteumzüge, etwa in den Hamburger Marsch- und Vierlanden, lassen sich dann auch viele Großstädter nicht entgehen. Die prachtvollen Fachwerkkirchen sind bis auf den letzten Platz gefüllt und der Pastor muss ein Lied singen lassen, will er keinen Ärger bekommen: „Alle gute Gabe kommt her von Gott, dem Herrn, drum dankt ihm, dankt ..."

Hinrich E. Bues

Alle gute Gabe ...

Der Text des vielleicht bekanntesten Erntedankliedes stammt vom norddeutschen Dichter Matthias Claudius (1740–1815), der im Jahr 1783 unter dem Titel „Paul Erdmanns Fest" ein fiktives Erntedankfest auf dem Lande beschrieb. Dem etwas arroganten adeligen Herrschaften stellt Claudius den menschlichen Adel der Landarbeiter gegenüber. Als Höhepunkt des Festes fragt der Sprecher der Bauern den Herrn, ob sie ihr Bauernlied singen dürften. Der Gutsherr gestattet dies schließlich, um die Bauern nicht gegen sich aufzubringen.

Und so beginnt ein Wechselgesang zwischen dem Vorsänger und dem Refrain von allen Bauern. Am Anfang erinnern die Bauern an die Schöpfung der Welt (1 Mos. 1,2), worauf insgesamt 16 vierzeilige Strophen folgen. Die ersten drei lauten:

1. Am Anfang war's auf Erden
noch finster, wüst und leer;
und sollt was sein und werden,
musst es woanders her.
So ist es zugegangen
im Anfang, als Gott sprach;
und wie es angefangen,
so geht's noch diesen Tag

Refrain:
Alle gute Gabe
kommt her von Gott dem Herrn,
drum dankt ihm dankt,
drum dankt ihm dankt
und hofft auf ihn.

2. Wir pflügen und wir streuen
den Samen auf das Land,
doch Wachstum und Gedeihen
steht in des Himmels Hand:
der tut mit leisem Wehen
sich mild und heimlich auf
und träuft, wenn heim wir gehen,
Wuchs und Gedeihen drauf

3. Er sendet Tau und Regen
und Sonn und Mondenschein
und wickelt seinen Segen
gar zart und künstlich ein
und bringt ihn dann behende
in unser Feld und Brot
es geht durch unsre Hände,
kommt aber her von Gott.

Ostpreußen für jeden Geschmack

Königsberger Klopse sind heute Allgemeingut der deutschen Küche und nicht nur bei Ostpreußen bekannt und beliebt. Ähnliches lässt sich wohl auch von der weihnachtlichen Leckerei Königsberger Marzipan sagen. Die Küche des alten Ostpreußens hat jedoch weit mehr zu bieten, was eine Wiederentdeckung lohnt. Schon die Namen der Gerichte wecken Kindheitserinnerungen oder Neugier. Ob Beetenbartsch, Schedderstroh oder Klunkermus, Kakalinski oder Glumskeilchen – verwendet wurde vor allem, was die heimische Landwirtschaft und Vorratshaltung hergab, an Butter, Schmand und Eiern wurde nicht gespart. Süß oder herzhaft, gehaltvoll und sättigend, in dem rauen Klima der nordöstlichsten Provinz Deutschlands brauchte man kräftiges Essen. Mit kleinen Varianten lässt sich das alles aber auch unter heutigen Gesichtspunkten gesunder Ernährung genießen. Wie sehr die ostpreußische Küche auch ein kulturhistorischer Schatz ist, betonte schon die Königsberger Dichterin Agnes Miegel und berichtete immer wieder aus ihrem reichen Erfahrungsschatz seit Ende des 19. Jahrhunderts. Bewährte, überlieferte Familienrezepte, bereichert um mancherlei Zitate und Hintergründe zu den Gerichten und Zutaten, sind in diesem Kochbüchlein zusammengetragen und mit appetitanregenden Bildern von Günter Pump illustriert.

Marianne Kopp, Jahrgang 1958, wuchs dank ihrer ostpreußischen Vorfahren mit Glumsauflauf und Königsberger Klopsen auf und machte sich auf die Suche nach weiteren ostpreußischen Köstlichkeiten. Die Literaturwissenschaftlerin ist derzeit die beste Kennerin von Agnes Miegels Leben und Werk. *E.B.*



Marianne Kopp: „Beetenbartsch und Klunkermus – Ostpreußische Küche", Husum Verlag, 96 Seiten, gebunden, 9,95 Euro

»Dolce far niente« auf dem roten Felsen

Schon Heinrich Heine lernte Helgoland lieben – Mehr als nur »Fuselfelsen«

Irgendwo ins grüne Meer hat ein Gott mit leichtem Pinsel, lächelnd, wie von ungefähr, einen Fleck getupft: Die Insel", schreibt der Schriftsteller James Krüss (1926–1997) über seine Heimat Helgoland. Wer sich Deutschlands 1,7 Quadratkilometer kleinen einzigen Hochseeinsel nähert, hat noch immer diesen Eindruck.

Das landesweit „sicherste Verkehrsmittel", wie die Einheimischen gern sagen, das Börteboot, ist für die gut 5000 täglich eintreffenden Tagestouristen der Erstkontakt mit den Insulanern. Nach der Überfahrt per Seebäderschiff von Büsum, Cuxhaven und Wilhelmshaven helfen sie beherzt in die traditionellen Eichenholzboote. Ein Katamaran sorgt zusätzlich für schnelle Anbindung. Er legt direkt im Südhafen an, einst Flottenstützpunkt und für die Helgoländer „ganz weit draußen". Entfernungen messen sich anders auf der Insel. Gegenüber strahlt selbst bei trübem Wetter der weite Sandstrand der Düne den Ankommenden entgegen. Helgoland, das sind eigentlich zwei Inseln, dazwischen die Binnenreede, wo die Seebäderschiffe sich in der Strömung behäbig um ihre Ankerplätze drehen.

Jeglicher Stress legt sich rasch unter dem weiten Himmel und der sauberen Luft. Die Geräusche des Meeres durchströmen hier alles, auch den besiedelten Teil, das Ober- und das Unterland. Sogar die Kleingärtner haben Blick auf das Meer und den Inselsockel Lange Anna (61,3 Meter), die höchste Erhebung des Kreises Pinneberg, zu dem die Insel gehört.

Eine angesichts von 1300 Bewohnern erstaunliche Zahl an Geschäften verkauft Alkohol und Zigaretten zu günstigen Preisen, nebst Waren, die es auf dem Festland nicht gibt wie seltene Parfüms oder Schokoladensorten. Der rote Fels gehört nicht zum Zollgebiet der EU, Einkaufen ohne Mehrwertsteuer ist selbstverständlich, die Freigrenzen für unverzollte Waren wurden 2008 erhöht. Der Charme des frühen Glücks der Wirtschaftswunderjahre hat sich wohl an kaum einem Ort in Deutschland so erhalten. Die Hummerbuden am Hafen legen davon ein malerisches Zeugnis ab. Heute isst man dort „Knieper" – leckere Krebsscheren, die es so nur auf Helgoland gibt. Kräftiges Orange, Blau oder Grün außen, Kunst und Insel-Erinnerungen innen zeichnen diese Geschäfte aus. Längst ist die Insel über ihre Rolle als „Fuselfelsen" hinausgewachsen.



Hummerbuden und mehr: Hier gibt es Fisch für jeden Geschmack. Bild: ddp

Wer die Insel von dieser Seite entdecken will, ist in guter Gesellschaft. Das Eiland inspiriert Künstler. In den Hummerbuden haben einige ihre Galerien. Von einem anderen Prominenten teilt man auf Helgoland meist knapp mit, er sei hier gewesen: Schon der Schriftsteller Heinrich Heine (1797–1856) lernte als politischer Flüchtling den längeren Aufenthalt schätzen, brauchte dafür aber Zeit. „Dass die Insel Helgoland unter britischer Herrschaft steht, ist mir schon hinlänglich fatal", schreibt er im Juli 1830 – einen Monat später enthüllt er in einem Brief ans Festland seine Begeisterung fürs Inselleben: „Du hast keinen Begriff davon, wie das dolce far niente mir hier behagt." Süßes Nichtstun – vielleicht einen Eiergrog trinken, im Oberland den Wind und das Geschrei der Seevögel an den Steilwänden erleben oder ein paar Stunden am Strand der Düne verbringen, danach Bummeln.

Ein Aquarium, das Salzwasser- und Wellnessbad „Mare Frisicum Spa" mit Meerblick oder das Café Krebs sind nur wenige Schritte voneinander entfernt. Wem das zu weit ist, der nimmt das Inseltaxi, oder lässt es einfach, denn morgen spielt wieder die Musik im Oberland, ist wieder ein Fest, nur einen Steinwurf entfernt. Das Gefühl, etwas zu verpassen, will sich nicht einstellen, auch wenn im Sommer Besuchern viel geboten wird – Yachtregatten, ein Lesefest für Kinder oder (spät-)sommerliche Strand-Feste.

Einblicke in die Arbeit von Biologen und Meeresforschern auf der Insel sind ebenfalls möglich. Gerade als Natur- und Vogelparadies zieht Helgoland Experten aus aller Welt an: Tordalke und Trottellummen teilen sich das kleinste Naturschutzgebiet Deutschlands, den Lummenfelsen im Nordwesten. Dreizehenmöwen, die man lieber nicht füttert, haben eine Vorliebe für den Butterkuchen vom Inselbäcker entwickelt. Am Strand lassen sich unter anderem Heringsmöwen beobachten. Am Nordstrand der Düne lagern Seehunde und Kegelrobben.

Der Nordstrand der Hauptinsel bietet trotz unaufgeräumtem Charme Erholung. Den Robben zuzuschauen, wenn sie bei einsetzender Ebbe ihre liebsten Ruheplätze auf den Felsen im Meer einnehmen, ist ein witziges Schauspiel. Bis zum letzten Moment bleiben sie auf den Erhebungen wenige Meter vorm Strand liegen, selbst bei steigendem Wasser. Sind sie verschwunden, ist die Flut da. Der Rhythmus der Gezeiten bestimmt das Inselleben. Wenn die weiße Flotte der Seebäderschiffe ablegt und zuletzt der Katamaran um 16.30 Uhr nach Hamburg aufbricht, genießen die einen Besucher die Ruhe, andere die Party an der Landungsbrücke.

Die Wissenschaft will vom Mythos, das sagenhafte Atlantis sei bei Helgoland zu suchen, nichts mehr wissen. Doch der aufgehende Mond und die in abendlicher Ebbe freigelegten Seetang-Wälder um die Insel verleihen ihm neue Nahrung. Die überwucherten Relikte unter diesem Algengrün sowie die Geschichten von Sturmfluten, Piraten und Schmuggel sind in solchen Momenten ganz nah.

Sverre Gutschmidt

Qualität sieht anders aus

Kritik an den Medien

Er provoziert so herrlich, spitzt so unterhaltsam zu und trifft so oft den Kern des Problems, dass man Tom Schimmeck, einem freien Autor von „taz“ und „Zeit“, seine doch manchmal sehr linken Ansichten „verzeihen“ möchte.

„Am besten nichts Neues – Medien, Macht und Meinungsmache“ heißt sein neues Buch, in dem er gleich damit beginnt, seine Leser zu beschuldigen. „Ohne Sie, lieber Leser, wäre alles halb so schlimm. Bevor Sie sich genüsslich und hoffentlich gut gepolstert zurücklehnen, um Ihr harsches Urteil über die Journalisten, die Politiker und das Böse schlechthin weiter zu festigen, ein paar Worte über Sie. Auch Sie tragen große Schuld: Sie sind es, der noch den miesesten Textkrempel kauft, der zwanghaft die abstrusesten TV-Kanäle durchzappt. Nein, natürlich nicht Sie ganz persönlich, doch Sie alle, als breite Masse sozusagen, als gottverdammtes Publikum.“

Schimmeck schildert am Beispiel einer Pressekonferenz von Angela Merkel, wie die Medien darüber berichten. So analysiert er unter anderem eine „Tageschau“-Sendung hinsichtlich Bildauswahl, Zitaten, Kommentaren, Schnitten und Einblendungen. Er verweist darauf, das Politikeraussagen 1983 im Fernsehen im Schnitt 30 Sekunden dauern durften, heute seien jedoch nur noch 15 Sekunden üblich. Doch welche Inhalte kann man in 15 Sekunden rüberbringen? So sei es auch kein Wunder, dass sich die Politiker in ihren Aussagen der Art der Berichterstattung anpassten.

„Ein Dieter Bohlen braucht nur einen Furz lassen, um News zu generieren. Burkina Faso muss für eine vergleichbare Menge medialer Zuwendung schon tausend Tote aufbieten. Oder doch wenigstens drei entführte deutsche Touristen“, lästert Schimmeck.

Der Autor schildert auch, dass die Sparprogramme, die nicht nur Zeitungen, sondern auch Fernsehsender und Radiostationen über sich ergehen lassen müssen, weil ihre Inhaber vor allem auf die Rendite starren, immer öfter die Qualität der Berichterstattung senken. Angesichts der Arbeitsabläufe in manchen Redaktionen, sei der Begriff „Journalist“ für manche Tätigkeiten zu hoch gegriffen. „Verfüllungsgehilfe“ oder „Akkordarbeiter“ seien passender. Von „Fertigungsstraße einer Nachrichtenfabrik“ ist gar die Rede. Regelrecht „gefressen“ hat Schimmeck den Bauer-Verlag, über dessen Verlagsprogramm er sich aufregt.

In dem Buch wird auch der Frage nachgegangen, wieso Altkanzler Helmut Schmidt trotz seiner mauen Regierungsbilanz, so Schimmeck, zum Medienliebling werden konnte: „Weil er Positionen zu beziehen weiß – was rar geworden ist in der grassierenden Geschmeidigkeit. Mehr noch, weil mit einer diffusen, um sich greifenden Verachtung für Politik die Sehnsucht nach einfacher Herrschaft in dieser überkomplexen Welt wächst.“

Auch macht sich der Träger des Deutschen Sozialpreises 2009 darüber lustig, wie Medien sich bestimmte Schlagwörter wählen, ohne deren genaue Definition zu klären. So missfällt Schimmeck natürlich das Wort „Gutmensch“. Aufs Korn wird auch die Wirtschaftsberichterstattung genommen, denn vieles sei hier Show und Hurra-Journalismus. *Bel*

***Tom Schimmeck: „Am besten nichts Neues – Medien, Macht und Meinungsmache“**, Westend, Frankfurt am Main 2010, kartoniert, 303 Seiten, 17,95 Euro*



Eine äußerst späte Liebe

Günter Grass entdeckt seine Passion für die Brüder Grimm und für Deutschland

Was für eine Idee! Eine Liebeserklärung an die Brüder Grimm, an ihre Märchensammlung, an ihr Wörterbuch, an die deutsche Sprache, an das ganze 19. Jahrhundert. Diese Epoche ist in letzter Zeit immer mehr Gegenstand von Romanen und Einzeldarstellungen über hervorragende Personen wie Carl Friedrich Gaus und Alexander v. Humboldt und große Frauengestalten wie Bettina von Arnim, Caroline Schlegel und, gerade erschienen, über Rachel Varnhagen von Ense. Alle sind fasziniert von diesem Jahrhundert. Nicht ohne jeweils ihren eigenen Senf dazuzugeben, aber voll unverkennbarer Bewunderung für die endlos lange friedliche und produktive Zeit. Es war ein sehr deutsches Jahrhundert. Und das treibt nun, einigermaßen überraschend, auch Grass um, und das bekennt er in seinem von ihm selbst mit Vignetten versehenen und aufwendig schön gedruckten Buch „Grimms Wörter – Eine Liebeserklärung“.

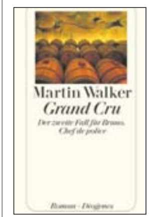
Erst nur eine Liebeserklärung an die Brüder Grimm wird das Buch immer deutlicher zu einer Liebeserklärung an die deutsche Sprache – und – die Deutschen. Und Grass ist mächtig stolz, dazuzugehören. Natürlich zum „besseren Deutschland“. Dem Deutschland der berühmten „Göttinger Sieben“, den Professoren, die gegen den hannoverschen König protestierten – auch die Brüder Grimm gehörten zu ihnen und dem Deutschland der Paulskirche, dem Deutschland von Schwarz-Rot-Gold, den Farben der deutschen Burschenschaften, die im Kampf um Freiheit und Einheit des Vaterlands an der Spitze standen.

Die umfassende Belesenheit des 82-jährigen Grass hatte der Dichter der „Blechtrommel“ gewiss noch nicht gehabt, und sie war auch nicht in der Kindheit des Danziger Schülers und Jungvolkjungen angelegt, aber Grimms Märchen haben ihn sicher geprägt wie uns alle: Und die reiche, aus tausend Quellen sprudelnde Sprache, die die Brüder Grimm zusammen mit Hunderten von Zuträgern sammelten, sie aus dem Indogermanischen über Gotisch und Althochdeutsch ableiteten, um sie besser verstehen zu können. Wer das alles nicht in der Schule gelernt hat, und es wird fast in keiner Schule mehr gelehrt, könnte es bei Grass nachlesen.

> Buch könnte auch »Die Brüder Grimm und ich« heißen

Für einen großen Wurf ist das Buch zu sehr verspielt, mit allzu viel Selbstgefälligkeit durchsetzt. „Die Brüder Grimm und ich“, könnte fast jeder Abschnitt überschrieben sein. Hielt etwa Jacob Grimm eine Rede vor der Berliner Akademie, wird sogleich die Rede des Autors vor der heutigen Akademie zitiert, der Auftritt Jacob Grimms in der Paulskirche muss der Rede von Grass am selben Ort Platz machen und wenn er die Brüder im Geiste ein Stück ihres Weges begleitet, führt der Weg unweigerlich zu einem Ort, an dem Günter Grass gelebt, geliebt und gelitten hat. Uff, uff, riefen die Rothäute, mich bewundernd, aus. Von solchen dick aufgetragenen Angebereien strotzt das Buch, und obendrein wird ab und zu der Text von einem Gedicht unterbrochen, eins jener ungelenken Grass-Gedichte, wie sie uns bereits in früheren Werken nervten. Der Lyrik galt schon immer die Liebe des großen Romanschriftstellers, aber es war eine unglückliche Liebe. Und dennoch bleibe ich dabei, was ich 1997 im „Deutschen Narrenspiegel“ schrieb, dass selbst sein schlechtestes Buch immer noch zu den besten Texten seiner Generation zählt. Lesen Sie den Grass. Und freuen Sie sich über die späte Liebe des großen Verächters zu seinem Land. *Klaus Rainer Röhl*

***Günter Grass: „Grimms Wörter – Eine Liebeserklärung“**, Steidl, Göttingen 2010, gebunden, 360 Seiten, 29,80 Euro*



Verlockung des Geldes

Mysteriöse Investoren und ein Mord sorgen für Aufregung in der Provinz

Saint-Denis ist ein malerisches kleines Dorf im Périgord, einer Landschaft im Südwesten Frankreichs. In Martin Walkers Roman „Grand Cru“, zu Deutsch „Edler Wein“, darf der Weinkenner und Polizeichef Bruno in seinem verschlafenen Heimatstädtchen seinen zweiten Fall lösen.

Wie auch in Brunos erstem Fall, dem Kriminalroman „Bruno Chef de police“, ist der Ortspolizist wegen seiner Verbundenheit mit dem charmanten Städtchen Saint-Denis und seinen Bewohnern durch ein furchtbares Verbrechen persönlich betroffen und legt all sein Herzblut in die Aufklärung der Ereignisse und die Ermittlung des kaltblütigen Täters.

Dieses Mal konstruiert der schottische Autor seinen Krimi um Themen wie den Anbau von Gengetreide, Umweltaktivismus, mögliche Auswirkungen der Globalisierung und die Skrupellosigkeit gewissenloser Geschäftemacher herum. Doch das Ergebnis ist leidlich spannend.

Als Freund und Berater des Bürgermeisters darf Bruno dabeisein, als der amerikanische Unternehmensberater Bondino dem Bürgermeister ein attraktives Angebot für das ziemlich verschlafene und finanziell relativ klamme Städtchen Saint-Denis macht:

„Dann wäre ich bereit, eine achtstellige Summe in ihren Verwaltungsbezirk zu investieren, genauer gesagt, über zehn Millionen Dollar. Nein, ich muss mich korrigieren, über zehn Millionen Ihrer Euros. Für Saint-Denis hieße das: jede Menge neuer Arbeitsplätze und jede Menge Steuereinnahmen. ‚Und was würden Sie mit dieser großen Summe anstellen?‘ ‚Land kaufen, eine hochmoderne Kellerei samt Besucherzentrum und Hotelbetrieb aufziehen, Wein anbauen, Qualitätsweine erzeugen und in aller Welt vertreiben.‘“

Dass dies eine einmalige Chance für seine Heimat ist, da stimmt Bruno dem Bürgermeister zwar zu, doch kommt dieses Angebot zu einem Zeitpunkt, wo seltsame Dinge im Ort vor sich gehen und die Forderung, die der Amerikaner an sein Angebot knüpft, macht Bruno schon etwas stutzig.

Trotz netter Atmosphäre: Leider beweist „Grand Cru“, dass nicht alle „in Serie“ ermittelnden Polizeiinspektoren ein Garant für wirklich gute Kriminalromane sind. *Vanessa Ney*

***Martin Walker: „Grand Cru – Der zweite Fall für Bruno Chef de police“**, Diogenes Verlag, Zürich 2010, geb., 380 Seiten, 21,90 Euro*

Von der Wehrmacht zur NVA

Deutschlandfunk-Redakteur über Weltkriegsveteranen im Dienste Ulbrichts

In der Führungselite der bewaffneten Organe der DDR bekleideten in den Anfangsjahren zwar Altkommunisten die wichtigsten Positionen, doch gehörten auch zwei vormalige Generalmajore und zwei frühere Majore im Generalstab der Wehrmacht zum Kreis der wichtigsten Offiziere des selbsternannten Arbeiter- und Bauernstaats. Ihnen waren Altkommunisten als Stellvertreter zugeordnet, da man sich ihrer Loyalität nicht sicher war, wie Peter Joachim Lapp in „Die zweite Chance – Wehrmachtsoffiziere im Dienste Ulbrichts“ schreibt. Sie und alle anderen „Ehemaligen“, die sich in den 1950er Jahren in der Mitte Deutschlands für eine Fortsetzung ihrer militärischen Laufbahn unter neuen Vorzeichen entschieden hatten, wurden nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst in den 1960er Jahren ins Abseits gestellt. Über ihre frühere Zugehörigkeit zur Wehrmacht wurde durchgehend geschwiegen. In einem weiteren Anlauf hat sich der frühere Deutschlandfunk-Redakteur Lapp mit der Rolle der vormaligen Offiziere der Wehrmacht in der Kasernierten Volkspolizei (KVP) / Nationale Volksarmee (NVA) beschäftigt und dafür erneut in den Aktenbeständen der Birthler-Behörde recherchiert.

Sein Buch „Die zweite Chance“ ist eine Überarbeitung und Aktualisierung der Erstausgabe von 2000, betitelt „Ulbrichts Helfer – Wehrmachtsoffiziere im Dienste der DDR“. Den Ausführungen sind Ablichtungen von 69 Dokumenten beigefügt. Desweiteren hat der Autor 2006 die Studie „General bei Hitler und Ulbricht: Vincenz Müller – Eine deutsche Karriere“ veröffentlicht.

Mehrere Tausend ehemalige Wehrmachtssoldaten, darunter Offiziere und einige Generale, wurden ab 1948 in der HVA (Hauptverwaltung Ausbildung, ab 1949), KVP (ab 1952) und NVA (ab 1956) eingesetzt. Einige bekleideten in den 1950er Jahren in der SBZ/DDR hochrangige Posten, so die Stabschefs einschließlich leitender Mitarbeiter der Hauptverwaltung Ausbildung, (ab 1949), der HVL (Hauptverwaltung Luftpolizei, mit der Gründung der KVP (im Juli 1952 zur Volkspolizei Luft umbenannt) und der HVS (Hauptverwaltung Seepolizei, ab 1950).

Dem Autor ist daran gelegen, niemanden an den Pranger zu stellen („Not kennt kein Gebot!“). Er ist zur Überzeugung gelangt, dass die meisten offenbar die Fortsetzung ihrer Laufbahn unter veränderten Vorzeichen in der DDR als pragmatische Lösung erschienen sei, da sie keine Veranlassung gesehen hätten, den Parolen der Kommunisten keinen Glauben zu schenken, die vorgaben, ein unabhängiges, demokratisches Gesamtdeutschland anzustreben. Man glaubte, die Wiedervereinigung sei nur eine Frage von Jahren. Innerhalb der Blockpartei NDPD gab es für sie die Gelegenheit, sich zu einem vereinigten Vaterland zu bekennen. Andere, vor allem ehemalige höhere Dienstgrade, hatten in sowjetischer Gefangenschaft, unter Druck oder freiwillig, mit dem Geheimdienst kooperiert, manche sogar eine Verpflichtungserklärung zur verdeckten Mitarbeit unterzeichnet. Von den kriegsgefangenen Offizieren der Wehrmacht hatten sich ab 1943 etwa 4000 dem Nationalkomittee Freies Deutschland (NKFD/BDO) angeschlossen. Diese waren erpressbar und umso leichter zum „Polizeidienst“ in der SBZ/DDR zu verpflichten. Lapp betonte: Die Wiederverwendung der „Ehemaligen“ geschah auf Druck der Russen: „Wenn es nach den deutschen Kommunisten in der SED gegangen wäre, hätte man wahrscheinlich auf diese Leute verzichtet und Kriegserfahrungen und militärische Grundkenntnisse durch ‚Spanienkämpfer‘ und ‚Rote Partisanen‘ vermittelt.“

> Vergangenheit musste verleugnet werden

Die deutschen Kommunisten benutzten diesen Personenkreis skrupellos, so Lapp. Sie grenzten diese Menschen aus und brachen sie seelisch wie körperlich. Nur wer sein Gewissen zum Schweigen brachte, indem er seine Herkunft verleugnete und seine Kameraden aushorchte, konnte sich als „Antifaschist“ bewähren. Diesen „Ehemaligen“ gelang es vereinzelt, durch Beziehungen zu führenden SED-Funktionären ihre Positionen auszubauen.

Lapp blieb es übrigens verwehrt, in den Beständen der „Organisation Gehlen“ beziehungsweise des Bundesnachrichtendienstes (BND) über Aktivitäten dieser Dienste in der DDR im fraglichen Zeitraum zu forschen. *Dagmar Jestrzemski*

***Peter Joachim Lapp: „Die zweite Chance – Wehrmachtsoffiziere im Dienste Ulbrichts“**, Helios Verlag, Aachen 2010, gebunden, 235 Seiten, 19,90 Euro*



Entwurzelt

Danziger Jugenderinnerungen

„Ich überreiche dieses Buch dem auf dieser Welt etwas vernachlässigten Wort Wahrheit“, verkündet der 73-jährige Kurt Paul Pahlke schon auf der ersten Textseite seines Buches „Danzig, der Krieg und ich“. Allerdings versteckt sich der Autor dann hinter seinem zehnjährigen Ich und lässt dieses 1944/45 die schrecklichsten Erlebnisse, tapfersten Heldentaten, unglaublichsten Abenteuer und knappesten Rettungen absolvieren, was dann doch ein wenig an Harry Potter als Danziger Dittchen erinnert. Dabei findet der hosenmatzige Ich-Erzähler immer noch Zeit und Anlässe zu scharfsinnigen Beobachtungen, tiefgreifenden Betrachtungen und reifesten Reflexionen.

Auf der hinteren Umschlagseite des Buchs heißt es: „Heute widmet sich der Autor der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen“, was leider nirgendwo näher erläutert ist. Wobei die Polen der Vergangenheit bei Pahlke nicht gut wegkommen, erheblich schlechter als Russen, die nur anfänglich brutale Vergewaltiger und versoffene „Halbtiere“ sind. Doch am Ende erkennt der Autor, „dass sich Russen und Polen nicht mochten. Im Zustand besoffener Elemente gingen die ursprünglich so engen Freunde aufeinander los, da spielte auch der Tod keine Rolle mehr.“

Deutsche werden von Pahlke vorwiegend als Opfer geschildert, daneben aber auch als charakterlose Kollaborateure, die plötzlich ihre polnischen Vorfahren entdecken, um unbehelligt zu bleiben. Wenn sie nicht gleich für Russen die „Gefängnisaufseher“ spielen und deutsche Mitbürger wie eine „Viehherde“ vor sich hertreiben.

Ein „Platz, der von deutschen Kommunisten verwaltet wurde“, ist der schlimmste Ort, weshalb die Familie danach strebt, „aus dem Stück Deutschland herauszukommen, in dem die Russen ihre Verwaltung aufbauten“. Mit der Ankunft im Lager Friedland gelingt das, und sein Buch beschließt Autor Pahlke mit einem Aufschrei: „Ja, ihr großen Männer in den Uniformen des Deutschen Reiches, das war ein Krieg, den ihr dankenswerterweise nicht gewonnen habt.“ *Wolf Oschlies*

***Kurt Paul Pahlke: „Danzig, der Krieg und ich“**, Books on Demand GmbH, Norderstedt, broschiert, 116 Seiten, 12,90 Euro*

THILO SARRAZIN
DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB
Wie wir unser Land aufs Spiel setzen



Mit seiner profunden Erfahrung aus Politik und Verwaltung beschreibt Thilo Sarrazin die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird. Sarrazin sieht genau hin, seine Analyse schont niemanden. Er zeigt ganz konkret, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstands untergraben und so den sozialen Frieden und eine stabile Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Dass das so ist, weshalb das so ist und was man dagegen tun kann, davon handelt sein Buch.
Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999 € 22,99

„Gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen taten sich hier hervor. Sie waren in derselben Situation wie die Auswanderer des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten, nämlich fremd und mittellos und sie konnten nur mit besonderem Fleiß vorankommen. Und sie waren fleißig, so fleißig, dass sie den Alteingesessenen in der jungen Bundesrepublik bald kräftig Beine machten.“



Kirsten Heisig
Das Ende der Geduld
Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter
Kart., 208 Seiten
Best.-Nr.: 6986, € 14,95

Sommer in Ostpreußen 1942

Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich“, wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

DVD





Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95



Udo Ulfkotte
Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold.
Armut ist für alle da - die verschwiegenen Kosten der Zuwanderung
Gebunden, 372 Seiten
Best.-Nr.: 7003, € 19,95



Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50

Ostpreußen- Fleecejacke

Warme Fleecejacke mit gestickter Elchschaufel auf der linken Brust. Die Elchschaufel ist in Wappenform gestickt und hat die Maße:
Breite 4,5 cm
Höhe: 5 cm
Die Jacke ist wind- und wasserdicht und mit einer atmungsaktiven Membran versehen, modisch geschnitten und läßt sehr angenehm tragen. Sie für Damen und Herren gleichermaßen geeignet und verfügt über zwei Außen- und zwei Innentaschen.

Größe XL, Best.-Nr.: 7007
Größe L, Best.-Nr.: 7008
Größe M, Best.-Nr.: 7009





Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95



Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7000, € 19,95



Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087

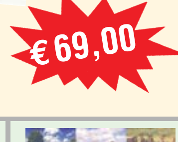
PMD Preußischer Mediendienst



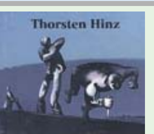
lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Isabella Woldt und Tadeusz J. Zuchowski (Hrsg.)
Im Schatten von Berlin und Warschau
Adelssitze im Herzogtum Preußen und Nordpolen 1650–1850
Ländliche Adelssitze im heutigen Nordosten Polens (Ostpreußen, Oberland, Pomerellen und Nordmasovien) werden wiederentdeckt. Diese Publikation präsentiert die wichtigsten Landsitze, die 1650 bis 1850 entstanden sind, und führt in die nahezu unbekannte Geschichte alter preußischer (Dohna), polnischer (Krasiński) und litauischer (Pac) Adelsfamilien ein. Bis zur Bildung des preußischen Königreiches war das Herzogtum Preußen Lehensgebiet von Polen-Litauen und lange politisch und kulturell mit der Adelsrepublik verbunden. Die Architektur der neuen Landsitze entstand deshalb unter wechselseitigen Einflüssen der Kunstzentren von Warschau, Berlin und Dresden. Autoren aus Polen und Deutschland untersuchen und erklären deren wenig bekannte und zugleich faszinierende Baugeschichte von der Entstehung bis zum aktuellen Zustand. Der Band präsentiert erstmals die gesellschaftlichen, kulturhistorischen und künstlerischen Zusammenhänge der Region. Vielleicht zum letzten Mal werden hier auch Bilder wesentlicher Bauwerke gezeigt, die sich heute teilweise in einem kompletten Verfallsprozess befinden.

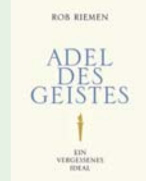
Geb., 400 Seiten mit Farb- u. SW-Abb., Großformat
Best.-Nr.: 7027





Thorsten Hinz
Die Psychologie der Niederlage
Über die deutsche Mentalität
Geb., 208 S., geb.
Best.-Nr.: 7004, € 19,80



Rob Riemen
Adel des Geistes
Ein vergessenes Idea
Gebundenes Buch, Leinen mit Schutzumschlag, 160 Seiten
Best.-Nr.: 7020, € 16,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Der Untergang der Steuben

„Der ganze Schiffskörper erbebte und zitterte, und man hatte das Gefühl, als ob wir in den nächsten Minuten zerbersten sollten. Alles schrie und brüllte in sämtlichen Räumen. Sanitäter und Krankenschwestern standen an den Türen, das Schiff schaukelte mächtig hin und her. Die Verwundeten, die aufstehen konnten, erhoben sich, flogen aber unmittelbar gegen die Wände. Die übrigen Verwundeten rutschten mit ihren Betten auseinander. Wir überschlugen uns und drückten uns gegenseitig und verletzten uns noch mehr, als wir ohnehin schon verletzt waren.“, erzählt Franz Huber, der als verwundeter Soldat an Bord der „Steuben“ war. Am 9. Februar 1945 läuft die „Steuben“ von Pillau in Richtung Kiel aus. An Bord befinden sich 2.800 Verwundete, 300 Ärzte und Schwestern, 150 Mann Besatzung und 900 Flüchtlinge. Abgedunkelt sucht das ehemalige Passagierschiff im Schutz des Torpedobootes T 196 seinen Weg durch die Ostsee. In Höhe Stolpmünde lauert das sowjetische U-Boot S-13. Um 0:55 Uhr wird die „Steuben“ von zwei Torpedos getroffen und sinkt innerhalb von nur 15 Minuten. Der größte Teil der Menschen an Bord kommt ums Leben. Nur etwa 660 Schiffbrüchige werden aus der eiskalten Ostsee gerettet. Im Sommer 2004 entdecken Soldaten der polnischen Marine durch Zufall das Wrack der „Steuben“. Ein deutsches Forschungsschiff begibt sich an die Fundstelle, an Bord Überlebende des Untergangs, die an der Unglücksstelle der Toten gedenken wollen. Die Dokumentation zeigt die ersten Filmaufnahmen vom Wrack und zeichnet die Schicksalsfahrt der „Steuben“ minutiös nach. Eine spannende Reportage über eine der größten Schiffskatastrophen in der Geschichte der Menschheit.
Laufzeit: 45 Minuten,
FSK ab 12 Jahren
Best.-Nr.: 7013

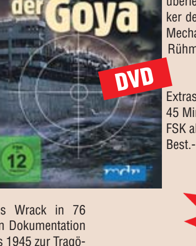


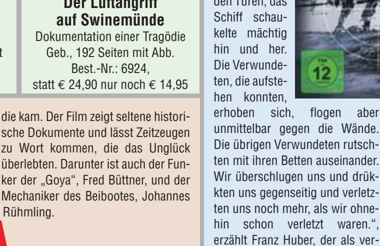


Die Todesfahrt der Goya

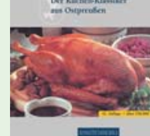
Bei einer Ostsee-Expedition im April 2003 wird das Wrack eines deutschen Frachters gefunden. Mit Hilfe eines 3-D-Sonars und Unterwasseraufnahmen wird das Schiff eindeutig als „Goya“ identifiziert, die am 16. April 1945 von einem sowjetischen U-Boot torpediert wurde und innerhalb von nur sieben Minuten sank. Die „Goya“ riss mehr als 7.000 Menschen mit in die Tiefe. Ein MDR-Team ist an Bord des Expeditionsschiffs und filmt das Wrack in 76 Metern Tiefe. In einer spannenden Dokumentation wird minutiös rekonstruiert, wie es 1945 zur Tragödie kam. Der Film zeigt seltene historische Dokumente und lässt Zeitzeugen zu Wort kommen, die das Unglück überlebten. Darunter ist auch der Funker der „Goya“, Fred Büttner, und der Mechaniker des Beibootes, Johannes Rühmling.

Extras: Programmhinweise, Laufzeit 45 Minuten,
FSK ab 12 Jahren
Best.-Nr.: 7014







Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



Ostpreußische Küche
- Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß - rund 70 Originalrezepte zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99



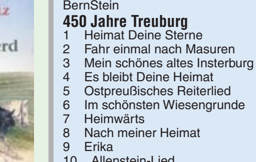
HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

BernStein
450 Jahre Treuburg

1 Heimat Deine Sterne
2 Fahr einmal nach Masuren
3 Mein schönes altes Insterburg
4 Es bleibt Deine Heimat
5 Ostpreußisches Reiterlied
6 Im schönsten Wiesengrunde
7 Heimwärts
8 Nach meiner Heimat
9 Erika
10 Allenstein-Lied
11 Es geht alles vorüber
12 Schön ist die Jugend
13 Sensburg-Lied
14 Hafflied
15 Der Mond von Rauschen
16 Ostpreußenmarsch
17 Treuburg-Oletzko
18 Ostpreußenwind
19 Lore
20 Auf Wiedersehen





Best.-Nr.: 7035

Elchschaufel-Polo-Hemd

Hochwertiges Polohemd
aus deutscher Herstellung, 100% Baumwolle, Knopfleiste mit 3 Knöpfen, Ärmelabschluss mit Bündchen, Farbe: dunkelblau
Größe M, Best.-Nr.: 6996
Größe L, Best.-Nr.: 6970
Größe XL,
Best.-Nr.: 6971



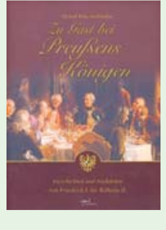
Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969, € 14,95



Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



David Priestland
Weltgeschichte des Kommunismus
Das Standardwerk über den Kommunismus
Gebundenes Buch, Leinen mit Schutzumschlag, 784 Seiten
Best.-Nr.: 7018, € 4,9



Michael Prinz von Preußen
Zu Gast bei Preußens Königen
Geschichten und Anekdoten von Friedrich I. bis Wilhelm II.
Geb., mit Schutzumschlag, 144 Seiten, Format 23 x 29 cm
Best.-Nr.: 7019, € 16,95



PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
39/10
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

MI6 sprengte 1947 Schiffe

London – Hat der britische Geheimdienst MI6 1947 Agenten nach Frankreich und Italien geschickt, um jüdische Auswandererschiffe zu sprengen? Dies jedenfalls will laut „Focus" der Historiker Keith Jeffrey herausgefunden haben. Jeffrey hat Dokumente gesichtet, wonach sogar der britische Premier Clement Attlee informiert gewesen sein soll. Fünf Auswandererschiffe wurden gesprengt. Ziel sei es gewesen, die Emigration überlebender europäischer Juden nach Palästina zu drosseln. Angeblich wollte London die ölreichen arabischen Staaten beruhigen. *Bel*

Streit um Stalin im Lehrbuch

Moskau – Zwei Historiker der Moskauer Staatsuniversität müssen sich vor Gericht verantworten, weil sie in einem Lehrbuch Stalin als „hervorragende Persönlichkeit" bezeichnet hatten, die Russland „vom Ackerpflug zur Atomwaffe geführt" habe. Sie schilderten die „schädliche Rolle von Ausländern" in der russischen Geschichte und rechtfertigten neben Stalins Vertreibungen auch Judenpogrome. *MRK*

ZUR PERSON

Mut zur Wahrheit

Während in seinem Land die Menschen auf die Straße gehen und seine Politik verfluchen, reist der griechische Ministerpräsident **Giorgos Andrea Papandreou** am Wochenende nach Berlin, um geehrt zu werden. In der deutschen Hauptstadt wird seit 2003 immer am Tag der Einheit die „Quadriga" verliehen. Dieser Preis geht an Persönlichkeiten oder Gruppen aus Politik, Wirtschaft und Kultur, die durch ihr Engagement ein Zeichen für Aufbruch, Erneuerung und Pioniergeist gesetzt haben. Aus Sicht der von Regierungsseite unterstützten Preisverleiher, des Berliner Vereins Werkstatt Deutschland, wird in diesem Jahr neben Verteidigungsminister dem Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg und dem ehemaligen DDR-Politiker Lothar de Maizière auch Papandreou geehrt.

Auf den ersten Blick mag es verwundern, dass der Grieche diesen Preis erhält. Wird er doch derzeit nur mit dem noch längst nicht abgewendeten griechischen Staatsbankrott und den diesem vorausgehenden falschen Finanzmeldungen aus Athen an die EU in Verbindung gebracht. Doch genau hier findet sich das Verdienst des 1952 in den USA geborenen Sozialisten. Denn als er im Oktober 2009 gewählt wurde, begann er sofort, das von seinen Vorgängern verursachte und vertuschte Finanzdesaster offenzulegen. Zwar gehört er selbst einem griechischen Politikerclan an, doch ohne Rücksicht auf seine berufliche Zukunft beschaffte der ehemalige Außenminister (1999–2004) seinem Land internationale Hilfe und versucht seitdem, einen massiven Sparkurs und Reformen durchzusetzen. Doch ein Erfolg für seine Mühen ist nicht absehbar und der Dank seiner Landsleute besteht derzeit aus Beschimpfungen. *Bel*





Zeichnung: Mohr

Nur nicht zu nah ran!

Was der Mob mit den »Fremden« macht, warum man aus der Etappe alles besser sieht, und wie wir die Sarrazin-Debatte wegdröhnen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Hatten sie es nicht vorhergesagt? Hatte es etwa an Warnungen gemangelt, die ganze Debatte über Zuwanderer würde letztlich nur dem Mob als Vorwand dienen, es den „Fremden" mal richtig zu zeigen?

Es war mitten in der bunten Millionenstadt, in der die unterschiedlichsten Kulturen friedlich zusammenleben. In der Straße hatte es schon zuvor verbale Entgleisungen von Alteingesessenen gegeben, die ihren irrationalen Überfremdungsängsten freien Lauf ließen, weil sich immer mehr „Ausländer" ansiedelten. Man fühlte sich „provoziert".

Nun die Explosion: In Reaktion auf eine harmlose Kulturvorführung mit viel Kunst gingen 30 junge Alteingesessene auf die Teilnehmer eines multikulturellen Festes los. Die Schläger hatten sich, so die Festveranstalter, im Internet abgesprochen und schon ordentlich gehetzt.

Mit Eisenstangen, Messern, abgebrochenen Flaschen und Pfefferspray jagten sie die Gäste des Festes eine gute halbe Stunde durch den Kiez, bewarfen die Arglosen mit zuvor eingefrorenen Apfelsinen. Die Polizei? Die ließ sich Zeit, ließ den Mob erst mal toben. Erst am nächsten Tag wurden den sieben Verdächtige festgenommen, um sie nach ein paar Stunden nur wieder freizulassen.

Wie konnte das passieren? Und: Warum haben die deutschen Medien kaum etwas davon berichtet? Nun, der Schauplatz war nicht Berlin oder Duisburg, es geschah vergangene Woche in Istanbul. Eine Gruppe von Galeristen hatte sich zusammengetan, um in ihrer Straße die Saison gemeinsam bei Bier und Wein zu eröffnen. Dann geschah, was oben beschrieben ist. Das Fest passte nicht zur türkisch-islamischen Kultur, verteidigten sich die Angreifer.

Istanbul ist in diesem Jahr „Kulturhauptstadt Europas" und die Reportagen über die unzweifelhaft schöne Metropole jagen einander durch unsere Zeitungen und Sender. Istanbul ist dort das Beispiel für die moderne, die weltoffene Türkei, die längst in Europa angekommen sei.

Das so gemalte Bild von Istanbul hat etwas Impressionistisches. Sie kennen sie, die Gemälde aus der Zeit um 1900, die in dieser genialen Tupftechnik entstanden sind: Um sie wirklich schön zu finden, darf man nicht zu nah ran gehen. So ist auch Istanbul vom deutschen Fernsehsessel her viel toleranter und multikultureller als vom Bordstein jener Galeristenstraße aus betrachtet.

Dass man für den korrekten Blick ein wenig Abstand benötigt, daran hat uns vergangenes Wochenende Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit auf dem SPD-Parteitag erinnert. Als höhnischen Hieb auf den anstrengenden Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky, lästerte Wowereit, es sei leicht, vor der Neuköllner Rütlischule zu stehen und sich darüber auszulassen, was in den vergangenen 30 Jahren Integrationspolitik alles schiefgelaufen sei. Soll heißen: Richtig Bescheid wissen nur wir hier in der Etappe. Die Frontschweine in den Problembezirken haben doch gar keine Ahnung, was es bedeutet, 30 Jahre lang neue Parolen, Sprachregelungen und Denkanweisungen zu entwerfen und kämpferisch durchzusetzen, damit das Problem unter einem Teppich aus ideologischem Seemannsgarn unsichtbar bleibt.

> Gabriel schwankt im Integrationsstreit zwischen Rausschmeißen und Ranschmeißen

Der Teppich hat Löcher bekommen, die SPD-Chef Gabriel taumeln lassen. Er schwankt in der langsam auslaufenden Sarrazin-Debatte immer noch zwischen Rausschmeißen und Ranschmeißen.

Erst war erbarmungsloses Rausschmeißen angesagt. Der Sarrazin sollte weg und alle, die seine Thesen für diskussionswürdig hielten, am besten gleich mit. Das waren in der SPD-Basis, erst recht im Volk, aber erschreckend viele. Unverhofft stand Gabriel im Kugelhagel. Das kann den kühlen Taktiker nicht schrecken. Flink machte er kehrt marsch und schmiss sich ran an die Sarrazinisten: „Wer auf Dauer alle Integrationsangebote ablehnt, der kann ebenso wenig in Deutschland bleiben wie vom Ausland bezahlte Hassprediger in Moscheen!" Holla! Wäre dieser Satz einem Roland Koch entfleucht, hätte Gabriel den Kerl wegen seiner „billigen Ausländer-raus-Parolen" saftig durchgeprügelt.

Das war nur die erste Kostprobe von Gabriels Wandlungsfähigkeit. Auf dem SPD-Parteitag ging es flugs wieder in die andere Richtung: Wenn alles Fördern und Fordern nicht helfe, dann brauche man keine neuen Gesetze, sondern nur die Anwendung der bestehenden, so der SPD-Chef dort. Es besteht also ein Gesetz, nachdem ein Ausländer aus dem Land hinausbefördert werden kann, wenn er sich nicht fördern lassen will? Blödsinn. Warum redet Gabriel dann so ein Zeug? Weil er sich in Berlin in eine neue rotgrüne Koalition hineingeträumt hatte, und die Grünen hören das mit dem Rausschmeißen nicht gern.

Der Gabriel ist wirklich ein Mann für jede Gelegenheit. Notfalls schafft er es, zu einer Sache in fünf Tagen drei verschiedene Meinungen zu haben. Merke: Der Politiker mit „Ecken und Kanten" ist aus der Mode, heute geht es um Haken und Ösen, in denen sich diejenigen verfangen sollen, die den Redner beim Wort nehmen: „Welches Wort meinen Sie denn? Ich habe zu allem alles mal gesagt!"

Allerdings sollte man fair sein und die Aussagen in ihrem historischen Zusammenhang sehen. Zwischen Gabriels Auftritt als Ausländer-Sheriff und dem als nimmermüder Förderer liegen Tage, in denen viel passiert ist. Hier glühten erste Hoffnungsstrahlen, dass die leidige Integrationsdebatte endlich verebbt – wie immer auf die gleiche Weise: Indem sie von anderen Debatten übergedröhnt wird.

Politik ist in Deutschland weniger eine Frage der Lösungskompetenz als der Ausdauer. Man muss schlicht durchhalten können, alles geht vorüber, wenn das neue Thema kommt: Mit den AKW-Laufzeiten, den neuesten Rezepten aus der Gesundheitsküche und zuletzt den „fünf Euro" sind gleich drei Themen zur Erlösung angetreten.

Nun, neu sind diese Themen auch nicht, aber schon länger nicht mehr so laut gehört. Außerdem gehören sie zu jenem Themenkarussell, das sich seit Jahrzehnten nahezu unverändert durch die Republik dreht.

Das Karussell führt bei unseren Nachbarn zu bizarren Irritationen. Ein Ausländer, der unser Land öfter besucht, beschwerte sich unlängst: In Deutschland verpasse man gar nichts. Selbst wenn er nach jahrelanger Abwesenheit wieder einmal vorbeischaue, stritten sich die Deutschen immer noch über die gleichen Dinge. Nichts bewege sich wirklich.

Was für ein Trottel. Er hat einfach nicht den richtigen Takt raus! Sonst könnte er jedesmal etwas anderes erleben. Stattdessen tritt er immer dann an unser Karussell, wenn ausgerechnet jenes Pferdchen vorbeikommt, das bei seinem letzten Besuch auch gerade zur Stelle war.

In ein paar Jahren wird auch das Sarrazin-Thema, das dann anders heißen wird, wieder vorbeiklappern. Wie beim letzten Mal fragen sich dann alle ganz erstaunt, warum sich in der Zwischenzeit scheinbar gar nichts bewegt hat. Hat es doch – nur eben im Kreis.

Ja, die Zwischenzeit. Die gehört nicht der öffentlichen Debatte, sondern den Fachleuten, die davon leben, dass die Probleme weiterleben, und zwar möglichst so, wie sie ihrem Berufsbild entsprechen. Beim Integrationsthema sind das Heerscharen von Migrationsforschern und Integrationsbeauftragten, von Islamfunktionären und Migrantenvereinsfunktionären, die nun endlich wieder in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen und neue Mittel beantragen können. Und zwar ohne dass sie von weltanschaulich unpräparierten Bürgern peinlich befragt werden, warum ausgerechnet sie so gar nichts Ehrliches zur Diskussion beizutragen haben.

Sie bestimmen bis zum Ende der nächsten Umdrehung wieder allein den Kurs. Und kommen, was Zuschüsse, Planstellen, öffentliche Preise und reputierliche Auftritte angeht, gar nicht schlecht dabei weg.

ZITATE

Forsa-Chef Manfred Güllner *kritisiert im „Stern" vom 23. September die Atom-Politik der* ***SPD*** *und rät der Partei:*

„Sie muss sich um die wirklichen Probleme ihrer Wähler kümmern: sichere Arbeitsplätze und Renten, vernünftige Bildungspolitik, Abbau der Staatsverschuldung, Bekämpfung der Armut, Angehen der Ausländerproblematik. Das alles ist auch den zehn Millionen Wählern, die seit 1998 von der SPD abgewandert sind, viel wichtiger als Kernenergie."

„Focus"-Redakteur Michael Klonovsky *schwärmt in der Ausgabe vom 20. September von den* ***Vorzügen*** *einer* ***echten konservativen Partei****:*

„Eine konservative Partei würde nach Maximen handeln wie: Rechne mit deinen Beständen! Orientiere Politik nicht an Wünschbarkeiten! Tatsachen sind wichtiger als Diskurse! Und im Zweifelsfalle würde sie erstens die Feststellung des Earl of Balfour zitieren: ‚Es ist besser, wenn unser Schiff still steht, als wenn es auf ein Riff läuft', und zweitens die Bemerkung von Joachim Fest: ‚Die Wirklichkeit ist immer rechts.'"

Hat die ***Sarrazin-Debatte*** *den Blick auf die Integrationsprobleme geschärft? Die in Istanbul geborene deutsche Sozialwissenschaftlerin* ***Necla Kelek*** *glaubt ja: Die* ***Notwendigkeit*** *dieser Debatte sei nun* ***unbestritten****. Doch gibt sie sich in der „Welt" (27. September) keinen Illusionen hin, wie sich* ***Migrations-Establishment und Politik*** *verhalten werden – nämlich genau wie vorher:*

„Ich sehe auch, dass die Mitverursacher der Integrationskrise – die Migrationsforscher, die Islamfunktionäre, die politischen Sozialarbeiter – sich im Moment wegducken und nur darauf warten, dass sich die Aufregung legt, um in ein paar Wochen an die Fleischtöpfe der Integrationsetats zurückzukehren. Auch bei den Politikern herrscht ‚Gedankenfeigheit', das heißt, der Mut fehlt, das Problem des Miteinander und der Zukunft unserer Gesellschaft von Grund auf zu analysieren, zu werten und dann zu beraten, was zu tun ist. Stattdessen müssen ‚Lösungen' her. Und wie die aussehen, ist bekannt."

Von Spitzen und Witzen

Spitzenpolitiker
sind, sagen Kritiker,
alle zum Schmeißen –
eigentlich seltsam dann,
dass sie bei jedermann
trotzdem so heißen!

Klar, wollen Spitze sein,
nehmen oft Sitze ein
in der Regierung –
doch auch ein hoher Sitz
schützt nicht vor Aberwitz,
Angst und Frustrierung.

Selbst wenig witzig nur,
liebt manche Witzfigur
Spitzfindigkeiten,
und über eignen Pfusch
trachtet man, Phrasen-Drusch
drüberzubreiten.

Das ist erst recht suspekt,
und man wird Witzobjekt,
doch ist Gewitzel
besser als, wenn sich gar
rausstellt, was einst wer war –
beispielsweis' Spitzel?

Pannonicus